



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR  
UMWELT, LANDWIRTSCHAFT,  
ERNÄHRUNG, WEINBAU  
UND FORSTEN

# AGRAR- UND ERNÄHRUNGSBERICHT 2014



**Herausgeber**

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung,  
Weinbau und Forsten, Rheinland-Pfalz (MULEWF-RLP)  
Kaiser-Friedrich-Straße 1  
55116 Mainz

**Fotos:**

Deutsches Weininstitut, Europäische Kommission, Dienstleistungszentrum  
Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück, istockphoto





Liebe Leserinnen und Leser,

die Vereinten Nationen haben 2014 zum Jahr der familienbetriebenen Landwirtschaft ausgerufen. Damit tragen sie der besonderen Bedeutung dieses gesellschaftlich wertvollen, wirtschaftlich tragfähigen und ökologisch nachhaltigen Modells der bäuerlichen Landwirtschaft für die großen Themen unserer Zeit Rechnung.

Noch nie wurden weltweit so viele Lebensmittel erzeugt wie heute, gleichzeitig leidet vor allem auf Grund von Verteilungsgerechtigkeit ein Siebtel der Weltbevölkerung an Hunger und Unterernährung. Klimawandel, Umweltverschmutzung und Verlust der biologischen Vielfalt schreiten trotz internationaler Abkommen und nationalen Verpflichtungen nahezu ungebremst voran. An diesen Entwicklungen trägt die Landwirtschaft aufgrund der fortschreitenden Intensivierung ihren Anteil. Sie gefährdet damit nicht nur die Leistungsfähigkeit unserer Ökosysteme, sondern auch ihre eigene Ertragsfähigkeit. Sie ist aber auch der entscheidende Schlüssel, um diese globalen Herausforderungen zu bewältigen.

Die Erwartungen an die Landwirtschaft sind vielfältig. Sie soll gute, bezahlbare Lebensmittel erzeugen, Umwelt und Natur schonen, Tiere artgerecht halten, ihren Beitrag zum Erhalt der ländlichen Regionen und der Kulturlandschaften sowie zur Energiewende leisten und den Bäuerinnen und Bauern ein adäquates Auskommen sichern. Nachhaltig wirtschaftende, mittelständisch-bäuerliche Betriebe können all diese Ziele erreichen, wenn sie durch die richtigen politischen Rahmenbedingungen gestärkt und gefördert werden. Für Rheinland-Pfalz, dessen Landwirtschaft durch bäuerliche Strukturen und von den Mittelgebirgen geprägt ist, ist dies von besonderer Bedeutung.

Als Landwirtschafts- und Umweltministerin setze ich mich auf europäischer, Bundes- und Landesebene für eben solche Rahmenbedingungen ein. Doch leider gibt es auch viele gegenläufige Tendenzen, die die Industrialisierung und Monopolisierung der Landwirtschaft weiter befördern könnten. Im Rahmen der aktuellen europäischen Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Kanada (Ceta) und den USA (TTIP) beispielsweise ist für mich eine Grundvoraussetzung, dass diese unser bewährtes europäisches Modell der multifunktionalen Landwirtschaft und des vorbeugenden Umwelt- und Verbraucherschutzes nicht gefährden dürfen.

Im letzten Jahr standen der Abschluss der EU-Agrarreform für den Zeitraum 2014 – 2020 und seine nationale Umsetzung im besonderen Fokus. Im Juni 2013 einigten sich das Europäische Parlament, der EU-Agrarrat und die EU-Kommission auf eine gemeinsame Kompromisslinie für die europäische Agrarpolitik. Dabei gelang mit der Einführung von ökologischen Bewirtschaftungsauflagen (Greening), einem Mindestanteil von 30 Prozent der ELER-Mittel für flächenbezogene Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen und der Umverteilung der Agrarförderung zu Gunsten kleinerer und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe (Zusatzprämie auf die ersten Hektare) eine neue Förderarchitektur und ein Einstieg in das Prinzip „Öffentliches Geld für öffentliche Güter“.

Die nationale Umsetzung der EU-Agrarreform wurde nach hartem, aber fairem Ringen in einer Sonderagrarministerkonferenz am 04.11.2013 in München beschlossen. Auf unsere

Initiative hin konnten dabei mit dem Direktzahlungszuschlag auf die ersten 46 Hektar und der 4,5 Prozent Mittelumschichtung von der 1. in die 2. Säule - immerhin eine finanzielle Stärkung der 2. Säule in Deutschland um 1,1 Milliarden Euro in der Förderperiode - wichtige Weichen zugunsten einer flächendeckenden mittelständisch-bäuerlich geprägten Landwirtschaft durchgesetzt werden. Damit jedoch auch Umwelt und Natur von der Umsetzung der Agrarreform in Deutschland profitieren, bleibt in 2014 noch einiges zu tun. Nachdem die Bundesregierung die Chance für die notwendige Umsetzung des Greening nur unzureichend genutzt hat, setzen wir jetzt auf die begleitenden Rechtsverordnungen, um ein Mindestmaß an ökologischer Wirksamkeit der Maßnahmen insbesondere auf den sogenannten ökologischen Vorrangflächen zu erreichen.

Einer in 2013 durchgeführten repräsentativen Infratest-dimap-Umfrage sehen 91 Prozent der Bevölkerung die Stärken der deutschen Landwirtschaft in der Erzeugung qualitativ hochwertiger Lebensmittel. Die Landesregierung unterstützt mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Maßnahmen die rheinland-pfälzischen Bäuerinnen und Bauern, Winzerinnen und Winzer bei dieser Aufgabe, besonders auch in den Sonderkulturen. So wollen wir die Potentiale der steigenden Nachfrage nach regional erzeugten Produkten für die für Rheinland-Pfalz prägende Vielfalt landwirtschaftlicher Erzeugung - vom Obst- und Gemüseanbau über den Weinbau bis hin zur Milch- und Rindfleischerzeugung - besser erschließen und die Wertschöpfung vor Ort stärken. Auch setzen wir uns dafür ein, dass die nachhaltige Erzeugung von Bioenergie als unverzichtbarer Teil der Energiewende trotz der durch die aktuelle EEG-Reform erschwerten Rahmenbedingungen als wirtschaftliches Standbein für Landwirtschaft und ländlichen Raum in Rheinland-Pfalz erhalten und weiterentwickelt wird.


Die ökologisch bewirtschaftete Fläche in Rheinland-Pfalz ist Dank eines wirksamen Maßnahmenmix aus Agrarförderung, Beratung, Forschung sowie Unterstützung für Verarbeitung und Vermarktung im vergangenen Jahr um knapp 20 Prozent gewachsen. Damit ist die Zuwachsrate deutlich höher als in allen anderen Bundesländern und übersteigt den Bundesdurchschnitt von 2,1 Prozent um fast das Zehnfache. Dies ist ein wichtiger Schritt für unser Ziel, die stetig steigende Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln aus heimischer Erzeugung zu decken und die regionale Wertschöpfung zu stärken. Um diesen Trend fortzusetzen, wird die Landesregierung die Fördersätze für den Öko-Anbau im neuen EULLE-Programm zur ländlichen Entwicklung ab 2015 weiter anpassen und sich im Einklang mit Verbänden und Bundesregierung dafür einsetzen, dass die von Brüssel geplante Revision der EU-Ökoverordnung nicht zum Hemmschuh für die Weiterentwicklung des ökologischen Landbaus wird.

Beim Weinbau setzt die Landesregierung auf eine Stärkung der Qualitätserzeugung. In den Verhandlungen um die Umsetzung der EU-Agrarreform haben wir uns in Berlin und Brüssel erfolgreich dafür eingesetzt, dass die finanzielle Ausstattung des Weinsektors in Rheinland-Pfalz vom kommenden Jahr an deutlich gestärkt wird. Investitionen in Anbau, Weinherstellung und Vermarktung werden wir auch künftig finanziell unterstützen. Auch konnten wir erreichen, dass die Anlage neuer Rebflächen in Deutschland auf jährlich höchstens 0,5 Prozent ab 2016 - also 320 Hektar in Rheinland-Pfalz - beschränkt wird. Das sichert den Winzerinnen und Winzern ein ausreichendes Einkommen und den Verbraucherinnen und Verbrauchern „die Qualität im Weinglas“. Um Weine aus Einzel- und Steillagen stärker zu profilieren hat mein Haus zudem auf Grundlagen eines Beschlusses aller Landtagsfraktionen eine neue Kennzeichnungsverordnung erarbeitet. So können Verbraucherinnen und Verbraucher Quali-

tät aus der Steillage künftig am Flaschenetikett ablesen. Damit leisten wir auch einen Beitrag zum Erhalt dieser einzigartigen Kulturlandschaften.

Der Schutz von Gesundheit und Umwelt Hand in Hand mit der Landwirtschaft ist das Ziel unseres neuen Programms „Gewässerschonende Landwirtschaft“. Um die Schad- und Nährstoffeinträge in Grundwasser und Oberflächengewässer zu reduzieren, werden die Beratung der Landwirte sowie deren Zusammenarbeit mit den Wasserversorgern gestärkt und Agrarumweltmaßnahmen für den Gewässerschutz gefördert. Finanziert wird das Programm mit jährlich 2,4 Millionen Euro aus Einnahmen des 2013 eingeführten Wassercent.

Der Agrar- und Ernährungsbericht 2014 informiert Sie umfassend über die Maßnahmen und Projekte, die die Landesregierung zur Unterstützung einer flächendeckenden, nachhaltigen, mittelständisch-bäuerlich geprägten Landwirtschaft und zur Förderung vielfältiger ländlicher Räume ergriffen hat. Ich freue mich über Ihre Unterstützung für die Fortsetzung einer Politik zur weiteren Stärkung unseres ländlich geprägten Landes.



Ulrike Höfken

Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

**Inhaltsverzeichnis**

<b>1.</b>	<b>Landwirtschaft, Weinbau und ländliche Räume im Rahmen der europäischen Ziele und Herausforderungen – Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), Europäische Umweltpolitik und EU2020-Strategie</b>	<b>7</b>
1.1	Die Neuausrichtung und Umsetzung der GAP 2014 bis 2020	7
1.2	Erste Säule der GAP mit Greening	9
1.3	Zweite Säule der GAP (ELER-Fonds; EULLE)	17
1.4	Agrarmärkte (eGMO)	19
1.5	EU-rechtliche Rahmenbedingungen im Umweltschutz und deren Bedeutung für Rheinland-Pfalz	24
1.5.1	Die Umsetzung der EU-Wasserrahmen- sowie der EU-Nitratrichtlinie und der Düngeverordnung	24
1.5.2	EU-Pflanzenschutzmittelrichtlinie – Nationaler Aktionsplan Pflanzenschutz (NAP)	26
1.5.3	Agro-Gentechnik	29
1.5.4	EU-Direktzahlungsverordnung und Erhalt von Dauergrünland	30
<b>2.</b>	<b>Die Agrar- und Ernährungswirtschaft Rheinland-Pfalz</b>	<b>31</b>
2.1	Allgemeine Situation und Funktion des Agrarsektors in der Gesamtwirtschaft	31
2.2	Agrar- und Ernährungswirtschaft Ausgewählte Wirtschaftsbereiche des Agrarsektors und Wertschöpfungsketten	31
2.2.1	Struktureller Wandel in Deutschland und Rheinland-Pfalz	32
2.2.2	Entwicklung des Weinmarktes	37
2.2.3	Entwicklung des Obstbaus	39
2.2.4	Entwicklung des Ackerbaus	39
2.2.5	Entwicklung des Milchmarktes	43
2.2.6	Entwicklung des sonstigen Futterbaus	46
2.2.7	Entwicklung der Gemischtbetriebe	48

2.2.8	Entwicklung der Veredlungsbetriebe	48
2.2.9	Entwicklung der Gartenbaubetriebe	50
2.2.10	Entwicklung des Ökologischen Wein- und Landbaus	51
2.3	Regionale Wertschöpfung und Regionalinitiativen	55
<b>3.</b>	<b>Anhang</b>	
3.1	Tabellen und Übersichten	
3.2	Literatur- und Quellenverzeichnis	

## 1. **Landwirtschaft, Weinbau und ländliche Räume im Rahmen der europäischen Ziele und Herausforderungen – Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), Europäische Umweltpolitik und EU2020-Strategie**

Rheinland-Pfalz liegt im Herzen Europas. Wichtige Politikbereiche werden durch europäische Rahmenbedingungen beeinflusst. Gleichzeitig profitiert Rheinland-Pfalz von der EU-Förderpolitik.

In der Förderperiode 2007-2013 stammte der größte Teil der rheinland-pfälzischen EU-Fördergelder aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (z. B. Direktzahlungen an Landwirte, Weinbauprogramm, ländliche Entwicklung), nämlich über 1,2 Mrd. €. Aus der Europäischen Investitions- und Strukturförderung kamen weitere rund 624 Mio. € hinzu. Die Landesregierung hat sich mit Erfolg dafür eingesetzt, dass auch über 2013 hinaus in der neuen EU-Förderperiode 2014 bis 2020 entsprechende EU-Mittel zur Verfügung stehen.

Die Landesregierung unterstützt den europäischen Weg zu einer nachhaltigen, ressourcen- und klimaschonenden Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft. Sie nutzt deshalb die vielfältigen, aktuellen Initiativen und Strategien auf europäischer Ebene mit dieser Zielrichtung, wie z. B. die

- EU2020-Strategie,
- die Strategie für Ressourceneffizienz,
- die europäische Biodiversitätsstrategie,
- den Aktionsplan „Ökologischer Landbau“ bis hin zur
- Reform der „Gemeinsamen Agrarpolitik 2014 bis 2020“.

Im Fokus des Agrar- und Ernährungsberichts 2014 steht die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik 2014 bis 2020 (GAP). Die Agrarpolitik ist seit Beginn der EU der am stärksten „vergemeinschaftete“ Politikbereich. Sie setzt damit – im Verbund mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 - für Landwirtschaft, Weinbau und die ländlichen Räume den entscheidenden Rahmen.

### 1.1 **Die Neuausrichtung und Umsetzung der GAP 2014 bis 2020**

Die GAP-Reform 2014 bis 2020 konnte im Jahr 2013 erfolgreich abgeschlossen werden. Erstmals wurde ein großer Reformprozess nach dem neuen Legislativverfahren des am 1.12.2009 in Kraft getretenen Lissaboner Vertrages im Trilog von Europäischem Parlament, Europäischem Rat und Europäischer Kommission vollzogen.<sup>1</sup> Im ebenfalls 2013 beschlossenen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014 bis 2020 wurden zu ihrer Finanzierung 317 Mrd. € für die 1. Säule, 95 Mrd. € für die 2. Säule und ein Budget für die Krisenreserve von rund

<sup>1</sup> Basis der Einigung sind die am 17.12.2013 feierlich vom amtierenden Ratspräsidenten und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments unterzeichneten vier Grundverordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates für die Gemeinsame Agrarpolitik: i) eine Verordnung über Direktzahlungen, ii) eine Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation (einheitliche GMO), iii) eine Verordnung über die Entwicklung des ländlichen Raums und iv) eine horizontale Verordnung über die Finanzierung, Verwaltung und das Kontrollsystem der GAP. Delegierte Rechtsakte und Durchführungsverordnungen vervollständigen die EU-Rechtsgrundlagen.



17 Mrd. €<sup>2</sup> eingestellt. Für Deutschland bedeutet dieses im Vergleich zum MFR 2006 – 2013 verringerte Agrarbudget eine Mittelkürzung um gut 4,4 % in der 1. Säule und um rund 8,8 % in der 2. Säule.

Die GAP sollte laut Zielsetzung der EU-Kommission nachhaltiger, gerechter und verstärkt auf die bäuerlichen Betriebe, ihre Multifunktionalität und ihre strategische Bedeutung zur Bewältigung der neuen Herausforderungen ausgerichtet werden. Kern des mit der Reform angestrebten Paradigmenwechsels ist eine „Begrünung der Direktzahlungen“, das sog. Greening. Damit wird nicht nur ein mehr an Ökologie verfolgt, sondern eine neue „Greening-Architektur“ errichtet, die das Prinzip 'Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen' noch stärker in den Vordergrund rückt.

Die neue Gemeinsame Agrarpolitik verfolgt drei Hauptziele:

- rentable Nahrungsmittelerzeugung<sup>3</sup>;
- nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen sowie Klimaschutzmaßnahmen<sup>4</sup> und eine
- ausgewogene räumliche Entwicklung<sup>5</sup>.

Um diese langfristigen politischen Ziele zu erreichen, wurden die bisherigen Strukturen der GAP – insbesondere die zwei Säulen - beibehalten.

Die Direktzahlungen, die nach wie vor das Rückgrat der GAP bilden, werden schrittweise umgestaltet (s. Grafik), um einerseits die Bereitstellung öffentlicher Güter durch die Landwirtschaft besser zu honorieren und andererseits einen angemessenen Beitrag zur Einkommensstabilität von bäuerlichen Betrieben zu leisten.

Die bewährten Systeme zur Marktordnung in den Bereichen Milch, Wein und Zucker wurden zugunsten einer weiteren Liberalisierung der Märkte aufgegeben, statt sie angemessen zu reformieren. Mit den verbleibenden Marktordnungsmaßnahmen soll einerseits die Position der Landwirte in der Lebensmittelkette gestärkt, andererseits ein Eingreifen in Krisensituationen ermöglicht werden.

Die 2. Säule der GAP ist künftig in eine gemeinsame strategische Programmplanung mit den Regional- und Sozialfonds eingebettet. Im Kern wird der Europäische Landwirtschaftsfonds zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) allerdings nicht verändert.

<sup>2</sup> In jeweils laufenden Preisen.

<sup>3</sup> Hierzu gehört: zur Ernährungssicherheit beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft der EU steigern und gleichzeitig die Möglichkeiten zur Bewältigung der Herausforderungen schaffen, denen Betriebsinhaber in Bezug auf Marktstörungen und das Funktionieren der Lebensmittelkette gegenüber stehen.

<sup>4</sup> Dazu zählen: die langfristige Nachhaltigkeit und das Produktionspotential der europäischen Landwirtschaft durch den Erhalt der natürlichen Ressourcen, von denen die landwirtschaftliche Erzeugung abhängt, sicherstellen und Betriebsinhaber in die Lage versetzen, auf den Klimawandel zu reagieren und sich anzupassen.

<sup>5</sup> Hierzu gehört: zur sozioökonomischen Entwicklung der ländlichen Gebiete beitragen und gleichzeitig geeignete Bedingungen für die Anerkennung der Vielfalt der landwirtschaftlichen Modelle, des landwirtschaftlichen Know-hows und der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in der EU schaffen.

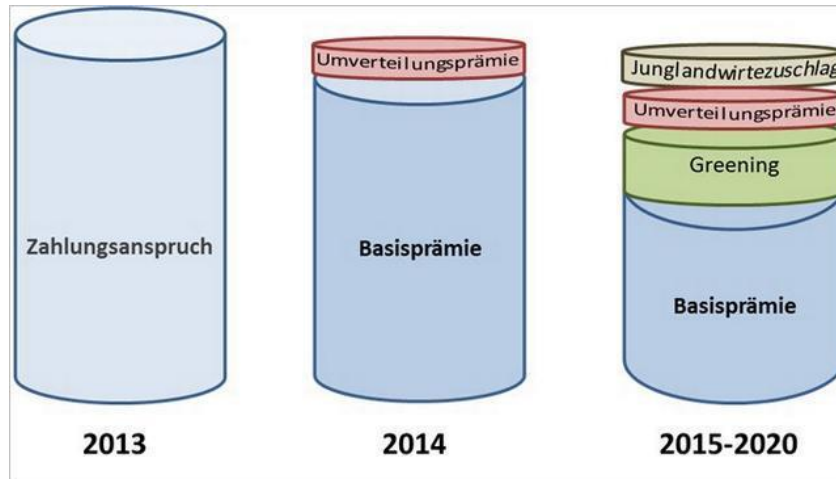


Abbildung 1: Die Bausteine der Prämienzahlung im zeitlichen Ablauf<sup>6</sup>

Die neuen Gestaltungsspielräume sollen es den Mitgliedstaaten ermöglichen, bei der nationalen Umsetzung der besonderen Rolle der bäuerlichen Betriebe entsprechend den jeweiligen Bedingungen vor Ort ebenso gerecht zu werden wie den neuen Herausforderungen der Bewältigung des Klimawandels, des Natur-, Umwelt- und Tierschutzes, der Erhaltung der Biodiversität, der Mitgestaltung der Energiewende, der Nahrungsmittelversorgung auf qualitativ hohem Niveau sowie der ländlichen Entwicklung und Bereitstellung von Arbeitsplätzen in den ländlichen Räumen.

Mit der GAP-Reform und ihrem Budget können Förderlücken und Brüche vermieden und Planungssicherheit sowie Verlässlichkeit für eine bäuerliche, flächendeckende Landwirtschaft gewährleistet werden.

## 1.2 Erste Säule der GAP mit Greening

### Eine ausgewogenere und gerechtere sowie bäuerlich ausgerichtete GAP

Die Direktzahlungen werden einerseits mehrschichtig ausgestaltet - Basisprämie, Greening, Umverteilungsprämie, Junglandwirtförderung sowie zusätzliche fakultative Optionen – und andererseits ausgewogener zwischen Mitgliedstaaten, Regionen und Landwirten verteilt.

Durch die Verteilung der GAP-Mittel wird gewährleistet, dass spätestens 2019 kein Mitgliedstaat weniger als 75 % des Gemeinschaftsdurchschnitts bzw. 196 € / ha LF erhält. Innerhalb der Mitgliedstaaten und der Regionen werden die zwischen den Betrieben bestehenden Unterschiede im Stützniveau verringert: Die Hektarbeihilfe wird spätestens 2019 60 % der im jeweiligen Verwaltungs- oder agronomischen Gebiet durchschnittlich gezahlten Beihilfe nicht unterschreiten. Im Interesse einer verstärkten Stützung kleiner und mittlerer Betriebe müssen die Mitgliedsstaaten entweder eine Zusatzprämie für die ersten Hektar eines Betriebes einführen oder Direktzahlungen ab einer bestimmten Höhe kappen. Für die neuen Mitgliedstaaten wird der SAPS-Mechanismus (einheitliche Hektarzahung) bis 2020 verlängert. Eine Einkommensbeihilfe wird nur aktiven Landwirten gewährt (Liste ausgeschlossener Tätigkeiten).

Die Niederlassung von Junglandwirten wird spürbar gefördert, indem in allen Mitgliedstaaten eine zusätzliche Beihilfe von 25 % für die ersten fünf Jahre nach der Niederlassung einge-

<sup>6</sup> RBZ Nr. 32 – 9. August 2014, S. 26

führt wird. Diese Beihilfe ergänzt die bereits vorhandenen Maßnahmen für Investitionen zugunsten von Junglandwirten.

Zudem können die Mitgliedstaaten benachteiligte Gebiete verstärkt unterstützen, allerdings nimmt Deutschland diese Möglichkeit nicht in Anspruch. Gleiches gilt für die Nutzung der Option der „Gekoppelten Beihilfen“. Sie sind für eine begrenzte Zahl an Erzeugnissen und Regionen mit spezifischen Nachteilen möglich, darunter eine spezifische Koppelung von 2 % für Eiweißpflanzen, womit die Abhängigkeit der EU von den entsprechenden Futtermittelimporten verringert werden soll. Rheinland-Pfalz hatte sich in den Verhandlungen zur nationalen Umsetzung der GAP-Reform besonders dafür eingesetzt, für Raufutterfresser – vor allem für Schafe und Ziegen – wieder die Gewährung gekoppelter Prämien zu ermöglichen, um den spezifischen Herausforderungen der extensiven Viehhaltung bei knappem Flächenangebot gerecht zu werden und damit die besonders wichtigen Beiträge dieser Viehhaltungszweige zur Bewahrung der Artenvielfalt zu entlohnen.

### **Eine ökologischere GAP**

Jeder Mitgliedstaat, jedes Gebiet, jeder Landwirt soll mit einfachen Maßnahmen mit nachweislich positiver Wirkung zu Umwelt- und Klimaschutz beitragen. Zwischen 2014 und 2020 werden mehr als 100 Milliarden Euro investiert, um der Landwirtschaft bei der Bewältigung der Herausforderungen in Bezug auf Bodenqualität, Wasser, Biodiversität und Klimawandel zu helfen. Über das Greening werden 30 % der Direktzahlungen an die Einhaltung von drei dem Umweltschutz förderlichen Bewirtschaftungsmethoden gebunden: 1. Diversifizierung des Anbaus, 2. Erhaltung von Dauergrünland und 3. Ausweisung von 5 %, später ggf. 7 % der Flächen als im Umweltinteresse genutzte Flächen oder Ergreifung von Maßnahmen, die im Hinblick auf den Umweltnutzen als mindestens gleichwertig anzusehen sind.

Zusätzlich müssen mindestens 30 % der Mittel der Programme für die ländliche Entwicklung in Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, die Unterstützung des ökologischen Landbaus oder Vorhaben im Zusammenhang mit umweltfreundlichen Investitionen oder Innovationsmaßnahmen fließen. Außerdem kann jeder Mitgliedsstaat bis zu 15 % seiner Finanzmittel aus der 1. Säule in die 2. Säule umschichten, um dort ohne Kofinanzierung gezielt ökologische Maßnahmen zu finanzieren. In den nationalen Verhandlungen zur Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist insbesondere Rheinland-Pfalz initiativ dafür eingetreten, die Möglichkeiten zur Umschichtung von 15 % aus der ersten Säule in die zweite Säule der GAP voll zu nutzen, um die entsprechenden Mittel zielgerichtet nach dem Prinzip öffentliches Geld für definierte Leistungen einsetzen zu können. Die Agrarministerkonferenz am 4. November 2013 hat lediglich eine Umschichtung von 4,5 % im Rahmen des Gesamtkompromisses beschlossen. Dies ist dennoch als Teilerfolg und wichtiger Einstieg in einen künftigen Systemwechsel zu werten. Rheinland-Pfalz setzt diese umgeschichteten Mittel und einen hohen Teil des Grundplafonds primär zur Zukunftssicherung landwirtschaftlicher Betriebe und zur Finanzierung des ökologischen Landbaus sowie der Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen ein.

### **Eine GAP, die die Stellung der Landwirte innerhalb der Lebensmittelversorgungskette stärkt**

Im Rahmen der Agrarreform hat die EU die Liberalisierung der Agrarmärkte zugunsten einer stärkeren Exportorientierung mit der Abschaffung der bewährten Marktordnungssysteme in den Bereichen Milch, Wein und Zucker weiter vorangetrieben. Um die durch höhere Marktvolatilität zu erwartenden negativen Auswirkungen auf die Landwirtschaft ein wenig abzumildern und die Marktstellung der Erzeuger gegenüber der sich zunehmend konzentrierenden

abnehmenden Hand zu verbessern, werden zukünftig in bestimmten Sektoren Erzeugerorganisationen und Branchenverbände durch spezifische Regeln im Bereich des Wettbewerbsrechts gefördert (Milch, Rindfleisch, Olivenöl, Getreide). Sie können im Namen ihrer Mitglieder der Verkaufsverträge aushandeln und sollen damit effizienter sein.

### **Eine effizientere und transparentere GAP**

Mit den Instrumenten der GAP soll jeder EU-Mitgliedstaat die gemeinsamen Ziele wirksam und flexibel erfüllen können. Um der Vielfalt der 28 Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen,

- werden die Mittel zur Förderung von Forschung, Innovation und Wissenstransfer verdoppelt;
- die Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums besser mit anderen europäischen Fonds koordiniert und das Konzept der Achsen durch ein nationales oder regionales strategisches Konzept ersetzt, das flexibler ist;
- können die Mitgliedstaaten eine vereinfachte Beihilferegelung für Kleinlandwirte einführen;
- werden alle GAP-Beihilfen veröffentlicht, bis auf sehr niedrige Beträge, die an Kleinlandwirte gezahlt werden.

Alle Elemente der Reform sind ab dem 1. Januar 2014 anwendbar. Nur die neue Struktur der Direktzahlungen („ökologische“ Zahlungen, zusätzliche Stützung für Junglandwirte, usw.) wird erst ab 2015 eingeführt, damit die Mitgliedstaaten Zeit haben, im Übergangsjahr 2014 die Landwirte über die neue GAP zu informieren und ihre Verwaltungssysteme anzupassen.

**Auf nationaler Ebene prägte die Agrarreform ebenfalls die Agrarpolitik.** Das BMELV legte am 2. Juli 2013 unmittelbar nach der grundsätzlichen Einigung des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments am 26. Juni 2013 ein Konzept zur nationalen Umsetzung vor. Dies fand jedoch nicht die notwendige Zustimmung der Bundesländer. Kritik am Konzept des BMELV rief insbesondere hervor, dass keine Umschichtung von Finanzmitteln aus der 1. in die 2. Säule vorgesehen war und an der bisherigen, ungerechten Verteilung der ELER-Mittel zwischen den Bundesländern festgehalten werden sollte. Zudem sollte von der Möglichkeit, bäuerliche Strukturen durch eine Zusatzprämie auf die ersten Hektar zu stärken, nur in marginalem Umfang Gebrauch gemacht werden.

Eine Einigung wurde erst in einer Sonder-Agrarministerkonferenz am 4. November 2013 in München – nach langwierigen, angesichts der Komplexität der Zusammenhänge und divergierenden Agrarstrukturen zwischen den neuen und den alten Bundesländern sehr umfassend geführten Diskussionen - mit folgenden Eckpunkten für die nationale Umsetzung der GAP-Reform erzielt. Für Rheinland-Pfalz bedeutet dieser Umsetzungskompromiss über die Förderperiode u.a. durch die höheren Zuschläge auf die ersten Hektar oder die Anpassung des ELER-Verteilungsschlüssels ein Plus von 72 Mio. € (ohne die Direktzahlungen für den Weinbau) im Vergleich zum Konzept des Bundeslandwirtschaftsministeriums.



## 1. Bundeseinheitlicher Zuschlag für die ersten Hektar

### Inhalt des Kompromisses:

Anstelle einer Kürzung von Direktzahlungen in großen Betrieben (Verzicht auf Degression und Kappung) wird ab 2014 ein bundeseinheitlicher Zuschlag in Höhe von **50 Euro pro ha für die ersten 30 ha** und **30 € für weitere 16 ha ( 7 % des Direktzahlungsvolumens)** eingeführt.

### Finanzielle Folgen für Rheinland-Pfalz:

Die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe – das sind 92 % der Betriebe in Rheinland-Pfalz – erhalten einen deutlichen **Zuschlag auf die ersten Hektar, bis zu 1.980 € pro Betrieb jährlich**. Das bedeutet eine klare Stärkung des bäuerlichen Mittelstands.

Durch den Zuschlag für die ersten 46 ha **erhält RP in der gesamten Förderperiode rd. 14 Mio. € zusätzliche Direktzahlungsmittel**.

### Erläuterungen und Bemerkungen:

**Das gesamte Umverteilungsvolumen in Deutschland beträgt rd. 350 Mio. € Direktzahlungen pro Jahr.**

Der Kompromiss vom 4.11.2013 ist für Rheinland-Pfalz ein klarer **Verhandlungserfolg** im Hinblick auf eine sozialgerechtere Verteilung der Direktzahlungen. Betriebe über 100 ha LF müssen eine Umverteilung zugunsten kleinerer und mittlerer Betriebe erbringen. Der **Gesamttransfer** von anderen Bundesländern **nach RP beträgt 2,3 Mio. € jährlich**.

Obwohl die EU bei den Agrarsubventionen den Rotstift angesetzt hat, steht Rheinland-Pfalz in der Förderperiode 2014 bis 2020 finanziell deutlich besser da, als bisher anzunehmen war und als die Kürzungen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014 – 2020 der EU befürchten ließen.

## 2. Umschichtung erste / zweite Säule

### Inhalt des Kompromisses:

In der ersten Säule erfolgt ab 2015 eine **Umschichtung von Mitteln in die zweite Säule in Höhe von 4,5 % des Direktzahlungsvolumens**. Die umgeschichteten Mittel verbleiben entsprechend ihrem Aufkommen in den Ländern und sind zweckgebunden für eine nachhaltige Landwirtschaft, insbesondere für Grünlandstandorte, für Raufutterfresser, für flächenbezogene Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, für die Stärkung einer besonders tiergerechter Haltung und des Tierwohls sowie für den ökologischen Landbau und für die Ausgleichzulage in von der Natur benachteiligten Gebieten zu verwenden.

### Finanzielle Folgen für Rheinland-Pfalz

Durch **diese Umschichtung** und die **neuen Verteilmodalitäten** zwischen den Bundesländern in der 2. Säule (siehe Ziffer 7.) konnten nicht nur die drohenden Kürzungen im ELER-Budget verhindert, sondern gegenüber der vorherigen Förderperiode **ein Plus von rd. 3,4 Mio. € pro Jahr** erreicht werden. Rheinland-Pfalz stehen damit von 2014-2020 für den Ent-

wicklungsplan EULLE **299,804 Mio. € EU-Mittel** aus dem ELER zur Verfügung (rund **258,695 Mio. € an originären ELER-Mitteln, die kofinanzieren sind, sowie 41,07 Mio. € Umschichtungsmittel**). Pro Jahr somit **knapp 42,8 Mio. €**.

#### Erläuterungen und Bemerkungen:

Das gesamte **Umschichtungsvolumen in D. beträgt 225 Mio. € jährlich**. Diese Umschichtungsmittel stehen in den EU-Haushaltsjahren 2016 bis 2020 – somit 1 Jahr nach dem zugrundeliegenden Bezugshaushaltsjahr für die 1.Säule – in der 2. Säule zur Verfügung. **Die Mittel müssen nicht kofinanziert werden.**

### 3. Junglandwirte-Regelung

#### Inhalt des Kompromisses:

Einführung einer zusätzlichen Förderung in der ersten Säule in Höhe von rund 44 € pro ha. Dabei sollen die EU-rechtlich zulässigen Förderobergrenzen von **bis zu 90 ha je Betrieb** ausgeschöpft werden.

#### Finanzielle Folgen für Rheinland-Pfalz:

Die einzelbetriebliche Förderung beträgt **knapp 4.000 € jährlich** (über 5 Jahre)

#### Erläuterungen und Bemerkungen:

Für die Junglandwirte werden in Deutschland 1 % der Nationalen Obergrenze (NOG) = **max. 50 Mio. € pro Jahr = rd. 44 €/ha LF für max. 90 ha LF** veranschlagt.

### 4. Kleinerzeugerregelung

#### Inhalt des Kompromisses:

Einführung einer Kleinerzeugerregelung; die Förderhöhe je Betrieb richtet sich nach den jeweiligen Förderansprüchen in den einzelnen Stützungsregelungen und ist auf **1.250 Euro pro Betrieb begrenzt**. Die Zahl der an dieser Regelung partizipierenden Betriebe kann derzeit nur grob geschätzt werden, dürfte aber angesichts der kleinbetrieblichen Agrarstruktur in Rheinland-Pfalz mit bis zu 15 v. H. bzw. rd. 3000 Betrieben – insbesondere aus dem Bereich des Weinbaus – durchaus nennenswert und somit relativ hoch sein.

#### Finanzielle Folgen für Rheinland-Pfalz:

Kleinerzeugerregelung **bis 1250 € / Betrieb** als Gesamtprämie an Direktzahlungen.

#### Erläuterungen und Bemerkungen:

Die Regelung ist durch den Verzicht auf Cross Compliance und Greening ein **wichtiger Beitrag zur Entbürokratisierung**. Die Kleinerzeugerregelung ist **kostenneutral**.

## 5. Bundeseinheitliche Basisprämie

### Inhalt des Kompromisses:

- ▶ Die Höhe der **Greening-Prämie**, die die Landwirte für die obligatorische Erbringung zusätzlicher Umweltleistungen erhalten, wird ab 2015 national einheitlich festgelegt (30 % der Direktzahlungen).
- ▶ Einführung einer bundeseinheitlichen **Basisprämie** für alle förderfähigen Flächen in Deutschland in drei gleichen Schritten bis 2019.

### Finanzielle Folgen für Rheinland-Pfalz:

In RP führt diese Regelung zu einer **Gesamtzunahme von 78 Mio. € Direktzahlungen in der Förderperiode 2014-2020**.

### Erläuterungen und Bemerkungen:

- ▶ Bundeseinheitliche **Greening-Prämie (jährlich 30% der DZ) ab 2015 = 1,5 Mrd. € in D**.
- ▶ Bundeseinheitliche **Basisprämie:**  
3 Anpassungsschritte in 2017, 2018, 2019

## 6. Umsetzung Greening

### Inhalt des Kompromisses:

Im Rahmen des Greening wird die in der EU-VO 1307/13 vorgeschlagene Liste möglicher ökologischer Vorrangflächen übernommen. Dazu gehören Landschaftselemente, Brachflächen, Terrassen, Puffer- und Randstreifen, Zwischenfrüchte, Kurzumtriebsplantagen sowie der Anbau von Leguminosen.

### Erläuterungen und Bemerkungen:

Umsetzung erfolgt auf Basis der nationalen Rechtsgrundlagen ab 01.01.2015.

## 7. Verteilung der ELER-Mittel

### Inhalt des Kompromisses:

- ▶ Grundsätzlich kommt in der neuen Förderperiode auch für das insgesamt niedrigere Gesamtbudget an ELER-Mitteln der **bisher geltende Verteilungsschlüssel** der Förderperiode 2007 – 2013 zur Anwendung. **Zusätzlich** wird festgelegt: **Jedes Land erhält mindestens 50 € pro ha LF**; die Finanzierung der Anhebung einzelner Länder auf diesen Betrag wird durch die Länder finanziert, die bisher überdurchschnittlich hohe Fördersätze erhalten. Die Länder NI, RP und HB Bremen erhalten **52 € pro ha LF**.

Im letzten Jahr der Förderperiode wird nur noch ein Anteil von 90 % der ELER-Mittel nach dem bestehenden Verteilungsschlüssel verteilt, die restlichen 10 % werden gemäß des Anteils der Länder an der LF in Deutschland zugewiesen.

#### Finanzielle Folgen für Rheinland-Pfalz:

Die Aufstockung auf 52 € / ha LF führt zu einer **Erhöhung der ELER-Mittel um rd. 5 Mio. € für die gesamte Förderperiode.**

Die Änderung des Verteilschlüssels im letzten Jahr der Förderperiode führt zu einer Aufstockung von **2 Mio. € ELER-Mitteln.**

Zusammen mit den 41,07 Mio. € aus der Umschichtung führt dies RP zu einer Zunahme der Mittel für die Ländliche Entwicklung von **rd. 48 Mio. €** (siehe Ziffer 1.)

#### Erläuterungen und Bemerkungen:

Bislang profitieren die Bundesländer sehr unterschiedlich von den ELER-Mitteln. Aufgrund ihrer Einordnung als Konvergenzregionen erhielten die Neuen Bundesländer in der Förderperiode 2006 – 2013 52 % der ELER-Mittel, obwohl auf sie nur 30 % der bundesdeutschen LF entfallen. Bei einem Bundesdurchschnitt von 77 € / ha spreizten sich die Beträge von 36 € / ha in NRW bis zu 155 € / ha in Sachsen. Die Entwicklung eines gerechteren Verteilungsschlüssels bereits für die Förderperiode 2014 - 2020 ist am Widerstand der Neuen Bundesländer gescheitert.

### 8. Aufstockung der GAK-Mittel

#### Inhalt des Kompromisses:

Die Länder erwarten vom Bund, dass zum Ausgleich der vor dem Hintergrund der Begrenzung des deutschen Beitrags zum EU-Haushalt erfolgten Kürzungen der EU-Agrarmittel und nach der Kürzung der GAK unter schwarz-gelb in 2011 die GAK aus Bundesmitteln um 200 Mio. Euro pro Jahr aufgestockt wird (entspricht 10% des eingesparten, deutschen EU-Beitrags).

#### Finanzielle Folgen für Rheinland-Pfalz:

Für RP bedeutet ein Aufwuchs von **100 Mio. €** in der GAK ein **Plus von 5,3 Mio. €** Bundesmitteln jährlich. Bezogen auf die Förderperiode wären dies 37,1 Mio. € zusätzliche Bundesmittel - mithin bei 200 Mio. € BHM-Aufstockung ein Plus von **74,2 Mio. €**.

#### Erläuterungen und Bemerkungen:

Im Rahmen der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2014 – 2020 hat die Bundesregierung eine Begrenzung des Anteils von Deutschland auf 1 % des Bruttonationaleinkommens durchgesetzt, die für Deutschland zu einer deutlichen Kürzung der ELER-Mittel führte. Im Vergleich zu 2013 verringern sich die jährlich zur Verfügung stehenden ELER-Mittel für die Bundesländer um rund 15 %. Dieser Rückgang kann nicht alleine von den Bundesländern kompensiert werden. Die von den Fachministerkonferenzen „Agrar“ und „Umwelt“ erwartete sowie vom Bundesrat durch eine Entschließung unterstützte Aufstockung der GAK durch Bundeshaushaltsmittel wurde weder im Koalitionsvertrag der großen Koaliti-



on noch bislang in den Bundeshaushalten aufgegriffen. Viele neue Herausforderungen im Agrarbereich können deshalb durch die prinzipiell guten Ansätze in der 2. Säule der GAP nicht hinreichend unterstützt und umgesetzt werden.

### Gesamt-Netto-Effekt in Mio. €

Regionale Prämienangleichung (Bundeseinheitliche Flächenprämie)	+ 78,1
Zuschlag erste Hektare	+ 14,4
Junglandwirte (25% der Basisprämie auf 90 ha)	- 0,36
ELER-Verteilschlüssel angepasst	+ 8,0
Direktzahlungen für den Weinbau	+ 80,0
<b>Gesamteffekt 2014 - 2020</b>	<b>+ 180,5</b> <b>(+ 15%)</b>

Tabelle 1: GAP-Reform 2014 – 2020 - Finanzielle Auswirkungen für Rheinland-Pfalz durch neue Förderstruktur

Die nationale Umsetzung der Agrarreform wird durch folgende Bundesgesetze geregelt:

- das Umverteilungsprämienengesetz vom 17. Februar 2014,
- das Direktzahlungen-Durchführungsgesetz vom 9. Juli 2014 und
- das Agrarzahlungen-Verpflichtungengesetz (Abschluss voraussichtlich Okt. 2014)

In der darüber hinaus derzeit noch ausstehenden Direktzahlungen-Durchführungsverordnung wird Rheinland-Pfalz weitere Vorschläge einbringen, um die Ausgestaltung des Greening im Hinblick auf die Wirkungen für Umwelt- und Artenschutz zu verbessern.

Aus heutiger Sicht fällt die **Bewertung der Agrarreform** durchwachsen aus. Mit der Einführung der neuen Instrumente wie Greening, Zusatzprämie für die ersten Hektar oder Kappung wurden erste Schritte in die richtige Richtung hin zu einer ökologischeren und gerechteren Agrarpolitik gemacht. Doch im Rahmen der nationalen Umsetzung wurden diese Möglichkeiten zur besseren Förderung einer nachhaltigen, mittelständisch-bäuerlich geprägten Landwirtschaft nicht ausreichend genutzt. Das könnte die Akzeptanz der Gesellschaft für die Agrarförderung an sich gefährden. Der Blick muss heute schon über 2020 hinausgehen. Ziel muss sein, echte Rahmenbedingungen zu schaffen für eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion mit fairen Preisen für gute Lebensmittel.

Die im Rahmen der Agrarreform erfolgte Neuaufstellung der gemeinsamen Marktordnung unterstützt dieses Ziel nicht, sondern verfolgt weiter den Kurs der Marktliberalisierung und Exportorientierung. Besonders zu kritisieren sind die Abschaffung der bewährten Regulie-

nungssysteme bei Wein und Zucker sowie die verpasste Einführung eines neuen Regulierungsinstrumentes für den Milchmarkt. Es steht zu befürchten, dass Überproduktion und Preisvolatilität die nachhaltig wirtschaftenden, mittelständisch-bäuerlichen Betriebe weiter unter Druck setzen werden. Wirksame Instrumente zur Stabilisierung der Einkommenssituation fehlen hingegen. Die Beibehaltung von Exporterstattungen als grundsätzliches Marktinstrument ist inakzeptabel.

Im Hinblick auf die ländliche Entwicklung ist besonders auch die mangelnde Finanzausstattung der GAK zu kritisieren. Im Rahmen der Einigung zur nationalen Umsetzung der Agrarreform auf der Sonder-AMK in 2013 wurde für den Verzicht auf eine höhere Umschichtung von Finanzmitteln aus der 1. in die 2. Säule eine Aufstockung des GAK-Bundesplafonds um 200 Mio. € vereinbart. Diese findet sich jedoch weder im Koalitionsvertrag der großen Koalition noch in den von der schwarz-roten Bundesregierung vorgestellten Haushalten für 2014 oder 2015 wieder.

Die Forderungen der Länder nach einer Finanzmittelaufstockung der GAK sind keineswegs unangemessen, da der Bund angesichts der Begrenzung der MFR 2014 bis 2020 der EU auf 1,0 v. H des Bruttonationaleinkommens jährlich 2 Mrd. € einspart. Eine Weiterentwicklung der GAK zu einer GA „Ländlicher Raum“, wie sie die Bundesregierung für diese Wahlperiode plant, ist ohne eine über diese 200 Mio. € hinausgehende Aufstockung der Finanzmittel nicht vertretbar.

Schließlich darf im Hinblick auf die Nachhaltigkeit und einer lebenswerten Zukunft die Forschung nicht aus den Augen verloren werden. Sinnvolle Ansätze – wie die DAFA – sind stärker zu unterstützen – eingebunden in die eingangs erwähnten europäischen Zusammenhänge und Strategien und unter Vermeidung von Reibungsverlusten zwischen den Bundesressorts.

### 1.3 2. Säule der GAP (ELER-Fonds; EULLE)

Die 2. Säule der GAP ist das entscheidende Instrument für die Bundesländer, um unter Berücksichtigung der regionalen Kenntnisse Zukunftsperspektiven für die ländlichen Räume zu schaffen. Aus ihr werden beispielsweise Agrarumweltmaßnahmen, Ökologischer Landbau, Investitionen, die Stärkung regionaler Wertschöpfung oder Projekte zur integrierten ländlichen Entwicklung gefördert. Deshalb hat sich die Landesregierung erfolgreich für eine Umschichtung von Mitteln in Höhe von 4,5 % aus der 1. in die 2. Säule eingesetzt.

Um eine Verbesserung der Wirksamkeit der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, zu denen auch der ELER gehört, zu erreichen, hat die EU-Kommission die Mitgliedsstaaten aufgefordert, einen gemeinsamen strategischen Rahmen für alle Fonds zu erarbeiten und hierbei eine stärkere Konzentration auf die Ziele der Strategie „Europa 2020“ zu verfolgen.

Diese geforderte inhaltliche Konzentration und die geringere Fördermittelausstattung in der Förderperiode 2014 – 2020 wird bei der Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum zu einer stärkeren Systematisierung und Prioritätensetzung bei der Förderung führen.

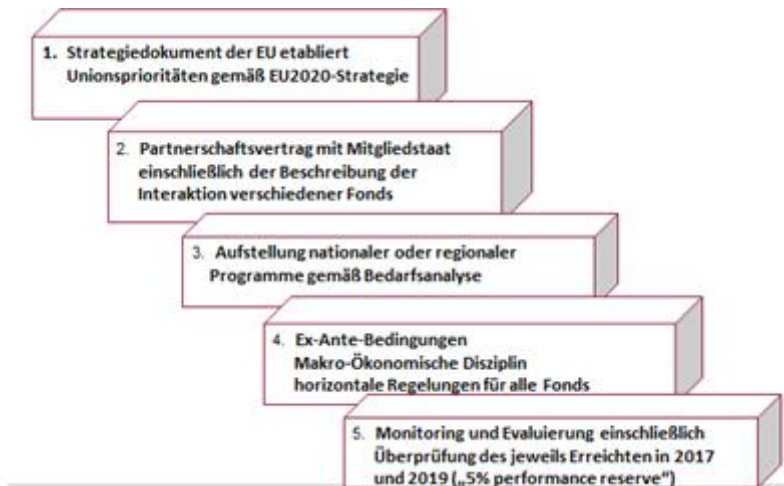


Abbildung 2: Die neue Politik der ländlichen Entwicklung

### Ländliches Entwicklungsprogramm „EULLE“

Unter Federführung des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten und unter Beteiligung der Bauern- und Umweltverbände, sowie der weiteren Wirtschaft- und Sozialpartner wird aktuell das Entwicklungsprogramm „Umweltmaßnahmen, ländliche Entwicklung, Landwirtschaft, Ernährung“ (EULLE) für den ELER vorbereitet. „EULLE“ ist das Nachfolgeprogramm von „PAUL“, dem bisherigen Entwicklungsprogramm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen und Landentwicklung in Rheinland-Pfalz für 2007 bis 2013.<sup>7</sup> Mit dem neuen EULLE-Programm will die Landesregierung die rheinland-pfälzischen Bauern und Winzer unterstützen, den Herausforderungen im Bereich Umweltschutz und Wettbewerb gerecht zu werden.

Das Programm beruht im Wesentlichen auf drei Säulen:

- Der Erhöhung der Fördersätze für Maßnahmen zum Umwelt-, Klima- und Tierschutz.
- Der Unterstützung der Betriebe in ihrer Wettbewerbsfähigkeit.
- Der Stärkung der Bürgerbeteiligung bei Projekten zur Entwicklung des Ländlichen Raums.

Die Diskussionen mit den Partnern im ländlichen Raum waren im Ergebnis sehr fruchtbar. Die Anregungen der Partner konnten aufgegriffen und eine bedarfsgerechte sowie zielgerichtete Förderung mit bewährten und neuen Förderinstrumenten entwickelt werden. Die heimische Land- und Weinwirtschaft, der Natur- und Artenschutz sowie die Wasserwirtschaft profitieren alle vom neuen ländlichen Entwicklungsprogramm. Insgesamt werden von 2014 bis 2020 fast 600 Millionen € an EU-, Bundes- und Landesmitteln in die Landwirtschaft und die ländlichen Räume fließen; zusammen mit den privaten Mitteln summiert sich der Betrag auf 1 Mrd. €. Diese werden folgendermaßen investiert:

- Rund 286 Mio. € (ca. 47% ) für die Verbesserung der Umweltsituation, also der Biodiversität oder des Wasserschutzes sowie der Kulturlandschaftserhaltung durch flächenbezogene Agrarumweltmaßnahmen (Bsp.: ökologischer Landbau, Steillagenbe-

<sup>7</sup> Diese Programme werden auch als „Operationelle Programme“ bezeichnet.

wirtschaftung) sowie sonstige Umweltmaßnahmen (z. B. Maßnahmen in Natura 2000 Gebieten).

- Über 249 Mio. € (ca. 37,8%) zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft, wie der Förderung besonders tiergerechter Ställe, der Regionalvermarktung, von Innovationen oder angepassten Infrastrukturen für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Agrar- und Forstbereich.
- Über rd. 103 Mio. € (ca. 15,2%) zur Förderung partizipativer Initiativen zur Entwicklung des ländlichen Raumes (primär über den LEADER-Ansatz) sowie zur Förderung innovativer Vorhaben und Sensibilisierungsmaßnahmen.

Gemäß dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ werden zusätzliche Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen der Landwirtschaft gefördert, zum Beispiel vielfältige Fruchtfolgen, die Weidehaltung und die Anlage von Gewässerrandstreifen. Um mehr Tierschutz zu erreichen, werden künftig tiergerecht gebaute Anlagen mit höheren Sätzen gefördert. Zudem wird die Bürgerbeteiligung bei Projekten zur Entwicklung des ländlichen Raums gestärkt: Die LEADER-Projekte im Land werden aufgestockt und die Zahl der Lokalen Aktionsgruppen von 12 auf 15 erhöht.

## 1.4 Agrarmärkte (eGMO)

### ❖ Wein

#### **Autorisierungsverfahren für Neuanpflanzungen**

Schon seit Verabschiedung der Reform der EU-Weinmarktordnung in 2008, die das Auslaufen der Rebpfanzrechte für 2015 vorsieht, hat sich Rheinland-Pfalz in Zusammenarbeit mit den Verbänden der Weinwirtschaft, den Bundesländern und dem Bund sowie den weinbau-treibenden Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament gegen diesen Beschluss und für eine Beibehaltung der Pflanzrechte mindestens bis 2025 stark gemacht, konnte sich mit dieser Position aber nicht durchsetzen. Mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik 2013 wurde als Ersatz für den generellen Pflanzstopp ein neues, europäisches Genehmigungsverfahren für Neu- und Wiederbepflanzungen von Rebflächen verabschiedet, mit dem die Ausweitung der Rebflächen zwar stark begrenzt wird, die Bürokratie zu Lasten der Länder und der Winzer sowie die Benachteiligung der traditionellen Weinbaugebiete jedoch deutlich zunehmen wird.

Für Deutschland haben sich die zuständigen Ministerinnen, Minister und Senatoren auf eine Ausweituingsquote von 0,5% verständigt. Eine stärkere Beschränkung der Ausweituingsquote auf 0,1% wie sie von den Weinbauverbänden sowie den Landtagsfraktionen gefordert wird, wäre prinzipiell möglich. Jede Einschränkung auf nationaler oder regionaler Ebene erfordert aber den Nachweis eines erwiesenermaßen drohenden Überangebotes an Weinerzeugnissen oder der Gefahr einer Wertminderung einer geschützten Ursprungsbezeichnung.

Überschreiten die Anträge die festgelegte Fläche, so können Genehmigungen grundsätzlich anteilmäßig erteilt werden. Der Mitgliedstaat kann aber auch ganz oder teilweise die Genehmigung von Prioritätskriterien abhängig machen.



Grundsätzlich sollen folgende Kriterien erfüllt sein:

- 1) der Antragsteller ist im Besitz der entsprechenden Fläche
- 2) der Antragsteller verfügt über die berufliche Qualifikation
- 3) der Antrag birgt kein wesentliches Risiko für bestehende Ursprungsbezeichnungen.

Im Delegierten Rechtsakt legte die Kommission darüber hinaus folgende Prioritäten fest, für die eine Mindestbewirtschaftungsdauer von 5 – 7 Jahren gilt.

- 1) Erzeuger, die erstmals Reben anpflanzen
- 2) Flächen, die ökologisch bewirtschaftet werden sollen oder Flächen, die in Agrar-Umweltmaßnahmen gefördert werden.
- 3) Flächen in Terrassen und Steil- sowie Steilstlagen (25% Steigung)
- 4) Flächen, die aus naturbedingten oder anderen Gründen benachteiligt sind, (Verordnung (EU) Nr. 1305/2013) verwiesen. Die KOM hält an dem Verweis auf die Abgrenzung nach dem System der Betriebsprämie fest.
- 5) Genehmigungen mit dem Ziel der Neuanpflanzung zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit.
- 6) Flächen, die der Flurbereinigung unterliegen.
- 7) Genehmigungen von Neuanpflanzungen zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe.

### **Genehmigungsverfahren für Wiederbepflanzungen**

Wird eine ordnungsgemäße Rebanlage gerodet, so ist diesem Weinbaubetrieb auf Antrag die Genehmigung einer Wiederbepflanzung in entsprechender Fläche zu erteilen. Ein Handel von Pflanzrechten ist nicht mehr vorgesehen. Bei Flächen, die für die Erzeugung von Wein mit geografischer Angabe vorgesehen sind, können die Mitgliedstaaten auf der Basis von Empfehlungen von Branchenorganisationen die Genehmigungen einschränken, beispielsweise wenn das Risiko der Abwertung der geografischen Angabe besteht. Weitere Einschränkungen durch den Mitgliedstaat sind nicht vorgesehen.

Auf der Basis vorhandener, nicht ausgeübter Pflanzrechte aus der Zeit vor dem 31.12.2015 kann dem Weinbaubetrieb ebenfalls eine Genehmigung einer Rebepflanzung erteilt werden. Einschränkungen zur Anwendung der Genehmigung sind nicht vorgesehen.

### **Umsetzung im nationalen Weinrecht**

Bisher sind wesentliche Regelungen zur Neu- und Wiederbepflanzung von Rebanlagen in WeinG und WeinV bundesweit einheitlich geregelt. Sobald die Durchführungsverordnung sowie der delegierte Rechtsakt erlassen sind, müssen diese Vorschriften angepasst werden. Anschließend sind landesrechtliche Regelungen zu treffen sowie der Verwaltungsvollzug (bei der Landwirtschaftskammer) zu organisieren.

### **Nationales Stützungsprogramm für den Weinsektor in Rheinland-Pfalz**

Rheinland-Pfalz bietet auf der Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse vom 17. Dezember 2013 und der entsprechenden Durchführungsbestimmungen drei Stützungsmaßnahmen an. Insgesamt stehen ab 2014 jährlich 23,5 Mio. Euro für die Förderung im Nationalen Stützungsprogramm für Rheinland-Pfalz zur Verfügung. Die Absatzförderung im Binnenmarkt als zusätzliche neue Maßnahme befindet sich in der rechtlichen Abstimmung.

### 1. Absatzförderung auf Drittlandsmärkten

Vorrangiges Ziel dieser Maßnahme ist es, auf bestehenden Drittlandsmärkten die Wettbewerbsfähigkeit auszubauen sowie in neuen noch zu erschließenden Märkten die Vermarktungschancen für Weine mit Ursprungsangabe, geografischer Angabe oder traditionellen Begriffen aus Rheinland-Pfalz zu stärken. Die Förderung soll folgenden Zielen dienen:

- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Bekanntheit,
- Erschließung neuer Absatzmärkte in Drittländern sowie die Stärkung der Vermarktung auf bestehenden Drittlandsmärkten,
- Erhöhung der betrieblichen Leistungsfähigkeit und Wertschöpfung.

In den vergangenen fünf Jahren wurden durchschnittlich 4.500 € bei 111 Anträgen ausgezahlt.

### 2. Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen

Große Teile der weinbaulich genutzten Flächen sind durch die jahrhundertealte Realteilung der Grundstücke geprägt, daher klein strukturiert und eignen sich nur bedingt für eine rationelle maschinelle Bearbeitung mit modernen leistungsfähigen Maschinen. Mit der Umstrukturierung wird angestrebt, dass die mittels dieses Förderprogramms erfolgten Pflanzungen zu größeren zusammenhängenden Flächen führen.

Durch verbesserten Maschineneinsatz (optimaler Zeitpunkt der phytosanitären Maßnahmen und der maschinellen Traubenlese) werden wichtige Voraussetzungen für qualitative Verbesserungen der Traubenproduktion und damit letztendlich der Weinqualität insgesamt geschaffen. Dies wird zu positiven Effekten am Markt und somit auch bei den teilnehmenden Betrieben führen. Arbeitszeiteinsparungen und Qualitätsanhebungen führen direkt zur Verbesserung des Betriebsergebnisses.

Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit erhalten Erzeuger von Wein, die Rebflächen in den rheinland-pfälzischen Anbaugebieten bewirtschaften, Unterstützungen für durchgeführte Umstrukturierungs- und Umstellungsmaßnahmen. Förderfähig ist die Erstellung moderner Drahtrahmenanlagen oder moderner, extensiv zu bewirtschaftender Rebanlagen mit einer Anpassung der Edelreis-/Unterlagenkombination an die sich verändernden Klimabedingungen. Je nach Hängigkeit der bepflanzten Fläche erhalten die Betriebe für die Erstellungskosten und den Einkommensverlusten in den ersten Jahren einen Zuschuss zwischen 8.000 und 19.000 Euro je Ha in 2014. In der zurückliegenden fünfjährigen Förderperiode wurden in der Summe 7.554 Ha mit im Durchschnitt 6.142 €/ha gefördert.

### 3. Investitionsförderung

Ziel ist die Förderung einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen und umweltschonenden Weinwirtschaft. Die Interessen der Verbraucher, die Entwicklung des ländlichen Raums sowie die Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Produktionsbedingungen sind zu berücksichtigen. Die Förderung der Vorhaben soll die Gesamtleistung des Betriebes verbessern und gleichzeitig zur effizienteren Verarbeitung sowie Vermarktung im rheinland-pfälzischen Weinbau führen. Verfahren und Techniken mit dem Ziel einer auf den Verbraucher orientierten inneren und äußeren Qualität der Erzeugnisse unterliegen einem permanenten Prozess. Kellerwirtschaftliche Verfahren werden technisierter und arbeitswirtschaftlicher, Eingriffe in die Behandlung qualitätsorientierter, der Produktauftritt verbraucherorientierter. Erzeugnisse, Techniken und Verfahren sind neu zu entwickeln.

Neben diesem Prozess führt der Strukturwandel zu einem Konzentrationsprozess in der Branche. Eine Vielzahl von Wirtschaftsunternehmen muss auch Investitionen in Gebäude und Infrastrukturen tätigen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Die Investitionen betreffen Verarbeitungseinrichtungen, Infrastrukturen von Weinwirtschaftsbetrieben und die Vermarktung von Wein.

In den Jahren 2009 bis 2013 wurden über 1.800 Anträge mit durchschnittlich 19.000 €/Antrag bewilligt.

### ❖ Milch

Das Auslaufen der Milchquote in 2015 wird tiefgreifende Auswirkungen auf die heimische Milcherzeugung haben. Die Marktvolatilität wird auch bei steigender Milchnachfrage auf dem Weltmarkt weiter zunehmen, eine weitere Intensivierung der Milcherzeugung und eine Konzentration auf Gunststandorte sind zu befürchten. Das setzt eine nachhaltige, mittelständisch-bäuerliche Milcherzeugung weiter unter Druck. Die Agrarreform geht nur unzureichend auf diese Problematik ein. Im Wesentlichen wurde lediglich das EU-Milchpaket aus 2012 1:1 in die gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse übernommen. Aus strukturellen Gründen spielen die einzelnen Elemente momentan allerdings nur eine untergeordnete Rolle im rheinland-pfälzischen Milchsektor. Das liegt in erster Linie daran, dass hier die genossenschaftlich organisierten Molkereien nahezu 100 % der rheinland-pfälzischen Milcherzeugung erfassen und verarbeiten. Inzwischen hat jedoch eine Gruppe Milchviehhalter die Milcherzeugergemeinschaft Rheinland-Pfalz gegründet. Diese bündelt bereits über 12 Mio. kg Milch, die zurzeit über ein Milchverwertungsunternehmen in Berlin vermarktet werden. Aufgrund der bei den heimischen Genossenschaftsmolkereien in Kündigung stehenden Milchmengen ist ein Wachstum der Milcherzeugergemeinschaft und somit eine Möglichkeit zur besseren Positionierung der heimischen Milcherzeuger am Markt in den nächsten Jahren zu erwarten.

In der GAP-Reform hatte die Landesregierung Wert darauf gelegt, dass vor allem in Krisensituationen einkommenswirksam und existenzsichernd mit Hilfe des Staates in den Milchmarkt interveniert werden kann. Diese Forderungen wurden in den Verhandlungen zwischen EU-Kommission, EU-Agrarrat und EU-Parlament nur unbefriedigend aufgegriffen. Neue Instrumente zur Mengenregulierung wurden nicht eingeführt, das europäische Parlament konnte sich mit seinem Vorschlag für einen „Freiwilligen Produktionsverzicht gegen Ausfallentschädigung“ nicht durchsetzen. Es wurden lediglich die bestehenden Regelungen der öffentlichen Intervention und der Beihilfe für die private Lagerhaltung als Instrumente gegen außergewöhnliche Marktstörungen überarbeitet. Im Milchsektor betreffen diese Änderungen die Verlängerung des Ankaufszeitraums um einen Monat, automatische Ausschreibungen für Butter und Magermilchpulver über die Obergrenzen hinaus, Anhebung der Obergrenze bei Butter auf 50.000 Tonnen sowie Möglichkeit der privaten Lagerhaltung von Magermilchpulver und bestimmten Käsen mit g.U./g.g.A.. In ihrem aktuellen Milchmarktbericht hegt jedoch selbst die Europäische Kommission trotz positiver Markteinschätzung Zweifel, ob dieses Sicherheitsnetz nach Auslaufen der EU-Milchquotenregelung ausreichenden Schutz vor extremen Marktschwankungen und Einkommenseinbrüchen für die Milcherzeuger bietet. Die Landesregierung teilt diese Skepsis und fordert daher die Prüfung und Bewertung weiterer möglicher Krisenmaßnahmen.

Seit Jahren beobachtet die Landesregierung eine deutliche Lücke zwischen der Marktleistung und den Erzeugungskosten im Milchsektor. Daher begrüßt sie, dass in 2012 im Rahmen eines wissenschaftlichen Gutachtens ein Konzept zur Berechnung der regionalisierten Milchproduktionskosten erarbeitet wurde. Der daraus entwickelte Milch Marker Index (MMI) schafft zudem die methodische Grundlagen für eine fundierte und regelmäßige Aktualisierung der Produktionskosten, um den Erzeugern zeitnahe Orientierungs- und Entscheidungshilfen für Preisverhandlungen beispielsweise mit der Molkerei oder Erzeugerorganisation zu liefern. Somit kann der MMI nachhaltig zur Verbesserung der Marktstellung der heimischen Milchviehbetriebe beitragen.

Mit dem gleichen Ziel hat die EU Mitte April 2014 eine Beobachtungsstelle für den Milchmarkt geschaffen, die die Milchpreisentwicklung auf europäischer sowie globaler Ebene verfolgen und Analysen mit Schlussfolgerungen für Märkte, Produktion, Versorgung und Kosten liefern soll. Notwendig ist es, das Aufgabengebiet der Beobachtungsstelle um die Erfassung der Produktionskosten zu erweitern, damit das Einkommensziel in Krisensituationen stärker verfolgt werden kann.

#### ❖ Zucker

Im Rahmen der GAP-Reform wurde das Auslaufen der Zuckerquotenregelung zum 30. September 2017 beschlossen. Die Landesregierung hatte sich für eine Verlängerung des bestehenden Zucker-Quotensystems bis 2020 eingesetzt, damit nach der durchgreifenden Reform von 2006 nicht noch weitere Zuckerfabriken geschlossen werden müssen und Arbeitsplätze in ländlichen Regionen verloren gehen.

Bis zum Auslaufen der Quotenregelung werden die bestehenden Marktordnungsregelungen weitgehend beibehalten. Derzeit werden verschiedene Überlegungen angestellt, welche Auswirkung durch den Wegfall der Produktionsmengen- und Preisabsicherung für die Erzeuger, Zuckerindustrie und Verarbeitung eintreten können.

Es wird erwartet, dass die Zuckererzeugung künftig mit größeren Unsicherheiten verbunden ist und die Preisvolatilität in Europa zunehmen wird. Dies kann zu regionalen Verschiebungen beim Anbau, einer stärkeren Vermischung von EU- und Drittlandszucker und einer Beeinträchtigung der Lieferungen für die Zuckerverarbeiter führen. Auch hier sind die Auswirkungen der weiteren Liberalisierung sowohl mit Blick auf die heimische Zuckererzeugung als auch auf die AKP-Länder zu überprüfen.

#### ❖ Sonstige Sektoren

Für alle Sektoren werden neue Sicherheitsklauseln eingeführt, die es der Kommission ermöglichen, auf allgemeine Marktstörungen mit Sofortmaßnahmen zu reagieren – wie etwa die bei der EHEC-Krise von Mai - Juli 2011 getroffenen Maßnahmen. Finanziert werden diese Maßnahmen aus einer durch jährliche Kürzung der Direktzahlungen finanzierten Krisenreserve. Die nicht für Krisenmaßnahmen verwendeten Mittel gehen den Betriebsinhabern im Folgejahr wieder zu. Bei einem schwerwiegenden Marktungleichgewicht kann die Kommission Erzeugerorganisationen und Branchenverbände zudem ermächtigen, unter Beachtung besonderer Garantien kollektiv bestimmte befristete Maßnahmen zu ergreifen (z. B. Marktrücknahmen oder private Lagerhaltung), um den betreffenden Sektor zu stabilisieren.

Das EU-Schulobst- und -gemüseprogramm und das Schulmilchprogramm werden erweitert, und die jährlichen Haushaltsmittel für das Schulobst- und -gemüseprogramm werden von 90 auf 150 Mio. EUR/Jahr angehoben.

Zur Stärkung der Verhandlungsmacht der Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette bemüht sich die Kommission mit einigen begrenzten Abweichungen vom Wettbewerbsrecht darum, die Organisation der Sektoren zu verbessern. Die Vorschriften für die Anerkennung von Erzeugerorganisationen (EO) und Branchenverbänden werden auf alle Sektoren ausgeweitet, und weitere Optionen für die Einrichtung solcher Erzeugerorganisationen können über Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums finanziert werden. Außerdem ist vorgesehen, dass die Landwirte unter bestimmten Bedingungen und unter Beachtung besonderer Garantien kollektiv Verträge für die Lieferung von Olivenöl, Rindfleisch, Getreide und bestimmten anderen Ackerkulturen aushandeln können. Die Kommission wird Leitlinien zu etwaigen wettbewerbsrechtlichen Fragen herausgeben. Die Erzeuger von Schinken mit geschützter geografischer Angabe oder geschützter Ursprungsbezeichnung können unter bestimmten Voraussetzungen die Lieferung des Erzeugnisses an den Markt regulieren.

Im Interesse der Vereinfachung und Marktorientierung werden einige weniger bedeutende oder nicht in Anspruch genommene Regelungen abgeschafft (Beihilfe für die Verwendung von Magermilch und Magermilchpulver in Futtermitteln und Casein, gekoppelte Beihilfe für Seidenraupen).

## **1.5 EU-rechtliche Rahmenbedingungen im Umweltschutz und deren Bedeutung für Rheinland-Pfalz**

### **1.5.1 Die Umsetzung der EU-Wasserrahmen- sowie der EU-Nitratrichtlinie und der Düngeverordnung**

Wasser allgemein, aber insbesondere Grundwasser ist die Basis für unser Trinkwasser. Es erfüllt wichtige ökologische und wasserwirtschaftliche Funktionen, die durch vom Menschen verursachte Verunreinigungen gestört werden können.

Mit Hilfe einer Vielzahl von Maßnahmen wird bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL, 2000/60/EG) gezielt darauf hingearbeitet, bis 2015 eine systematische Verbesserung des Zustandes sowohl von Grundwasser als auch von Oberflächengewässern zu erreichen.

Grundwasservorkommen unter landwirtschaftlich genutzten Flächen sind häufig hohen Belastungen ausgesetzt, die durch die intensive Bodennutzung verursacht werden. Dieser Nutzungs- und Interessenskonflikt zwischen Landwirtschaft und Gewässerschutz wird seit 1991 durch die europäische Nitratrichtlinie aufgegriffen. Hauptproblem sind aus Sicht des Gewässerschutzes diffuse Nährstoffeinträge aus stickstoffhaltigen Düngemitteln, die häufig nicht standort- und bedarfsgerecht ausgebracht werden. Ein Maßstab für die Höhe der Belastungen sind bilanzierte Nährstoffüberschüsse. Erhöhte Nitratgehalte beeinträchtigen die Ökologie der Gewässer sowie die Trinkwasserqualität und können damit zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen. In der Landwirtschaft ist das Problembewusstsein für den Schutz unserer Gewässer in den letzten Jahren gewachsen. Trotzdem gelangt insbesondere in Gebieten mit intensivem Acker- und Gemüsebau sowie mit intensiver Tierhaltung zu viel Stickstoff ins Grundwasser sowie zu viel Phosphor und Pflanzenschutzmittel in die Oberflächen-



gewässer. In Rheinland-Pfalz befinden sich von 117 Grundwasserkörpern 46 in einem chemisch schlechten Zustand. Das heißt, 39 % der rheinland-pfälzischen Grundwasserkörper liegen nach der Bewertung der Analyseergebnisse eines repräsentativen Messstellennetzes über der Qualitätsnorm der EU-Grundwasserrichtlinie von 50 mg Nitrat pro Liter. Die Qualitätsnorm wird unter 57 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche von Rheinland-Pfalz, als Folge diffuser Stoffeinträge aus der Düngemittelanwendung, überschritten.

Diese besonderen Herausforderungen im Gewässerschutz sind gemeinsam mit der Landwirtschaft zu meistern. In Rheinland-Pfalz macht die Landesregierung ergänzend zum ordnungsrechtlichen Rahmen den Landwirten das Angebot zu einer freiwilligen Zusammenarbeit. Fragen zur Verbesserung des Gewässerzustandes sollen zukünftig stärker partnerschaftlich und gemeinsam angegangen werden.

Das **Programm „Gewässerschonende Landwirtschaft“** wird flächendeckend für einen vorsorgenden Gewässerschutz angeboten. Der Schwerpunkt liegt in den nährstoffbelasteten Gebieten zur Verbesserung des chemischen und ökologischen Zustands der Gewässer. Zur Umsetzung des Programms dienen folgende Maßnahmen:

1. Der Aufbau eines neuen Beratungszentrums zum Gewässerschutz als Grundlage für eine betriebsindividuelle Beratung zur gewässerschonenden Produktions- und Bewirtschaftungsformen
2. Die Förderung von Kooperationen zwischen Wasserversorgern sowie Getränkeherstellern sowie der Landwirtschaft für mehr Gewässerschutz
3. Das Angebot von gewässerschonenden Agrarumweltmaßnahmen (AUM).

Auch die **Düngeverordnung** (DüV) als flächendeckendes Aktionsprogramm zur EU-Nitratrictlinie dient im Wesentlichen der Erreichung von umweltpolitischen Zielen. In erster Linie soll hierüber eine Senkung der N-Bilanzüberschüsse erreicht werden, bei gleichzeitiger Reduzierung der Ammoniakemissionen. Sie soll einen Beitrag zur Reduzierung der Stickstoff- und Phosphatbelastung der Gewässer leisten und außerdem als Beitrag zum Klimaschutz dienen.

Eine Novelle wurde in Deutschland letztmalig 2006 in größerem Umfang umgesetzt. Zu diesem Zeitpunkt wurde erstmalig eine schriftliche Bilanzierung der Nährstoffe und eine Obergrenze für sog. unvermeidbare Verluste (zulässige Überschüsse) von Nährstoffen eingeführt. Bereits damals wurde heftige Kritik insbesondere an den zu hohen Grenzen für die unvermeidbare Stickstoffverluste (für Ackerkulturen bis max. 60 kg N/ha, für Gemüsekulturen bis max. 160 kg N/ha), aber auch für Phosphatüberschüsse (+ 20 kg Phosphat bei Bodengehaltssklasse E) geübt.

Zwischenzeitlich hat die EU-Kommission insbesondere im Hinblick auf den letzten Nitratbericht (2008 bis 2011) ergänzende Anmerkungen zur Umsetzung der Nitratrictlinie gemacht. Insbesondere hat sie erklärt, dass sie in der Düngeverordnung erheblichen inhaltlichen Nachbesserungsbedarf („Verschärfungen“) sehe. Rheinland-Pfalz unterstützt eine Überarbeitung der Dünge-VO mit dem Ziel einer wirksamen und praxisgerechten Ausgestaltung. Diskutiert werden zwischen Bund und Ländern unter anderem umfassende Änderungen bei der Einbeziehung von Gärresten in die Obergrenze der ausgebrachten Stickstoffmengen, der Düngebedarfsermittlung, den Sperrzeiten für die Ausbringung von Wirtschaftsdüngern, dem

Umfang der Lagerkapazität bei flächenlosen bzw. viehstarken Betrieben oder der Verwendung bodennaher Ausbringungstechniken.

### **1.5.2 EU-Pflanzenschutzrahmenrichtlinie – Nationaler Aktionsplan Pflanzenschutz (NAP)**

Das europäische Pflanzenschutzrecht wurde in den Jahren 2008 und 2009 novelliert. So wurden die Zulassung und das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln in der Pflanzenschutz – Zulassungsverordnung (VO EG/1107/2009) umfassend neu und deutlich detaillierter geregelt. Die EU Pflanzenschutzrahmenrichtlinie (2009/128/EG) regelt die Durchführung von Pflanzenschutzverfahren und die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, sowie die Voraussetzungen hierfür.

In den Jahren 2012 und 2013 fand eine Umsetzung der bereits 2009 geänderten pflanzenschutzrechtlichen EU-Rechtsnormen in deutsches Recht statt. Das Pflanzenschutzgesetz wurde novelliert und darauf basierende Rechtsverordnungen teilweise erheblich geändert. Das neue Pflanzenschutzrecht verschiebt den Schwerpunkt des Pflanzenschutzes stärker in Richtung vorbeugender bzw. nicht-chemischer Pflanzenschutzmaßnahmen und fordert eine stärkere Reduktion des Risikos beim Pflanzenschutzmitteleinsatz. Der im Frühjahr 2013 verabschiedete „Nationale Aktionsplan Pflanzenschutz“ (NAP) gibt Ziele hinsichtlich der Risikominimierung beim Pflanzenschutzmitteleinsatz vor und listet hierzu erforderliche Maßnahmen auf.

Die Landesregierung in Rheinland – Pfalz verfolgt die Strategie eines Nachhaltigen Pflanzenschutzes, die im Rahmen der Durchführung des NAP umgesetzt werden soll. Wichtigster Bestandteil ist dabei die Ausdehnung des Ökologischen Landbaus, da es sich hierbei um ein Produktionssystem ohne Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln und weitest gehender Nutzung vorbeugender und nicht-chemischer Pflanzenschutzverfahren handelt, welches darüber hinaus auch den angestrebten Verbraucherschutz-, Wasserschutz- und Biodiversitätszielen in hohem Maße dient. Weiterhin wird die Reduktion von Pflanzenschutzmitteleinsätzen angestrebt. Dies soll zum einen erreicht werden durch die stärkere Nutzung nicht-chemischer Verfahren und zum anderen durch die Nutzung spezifischer Entscheidungshilfen (Bestimmung der Notwendigkeit eines PSM-Einsatzes und Vermeidung überflüssiger Behandlungen; Beschränkung der Aufwandmengen auf das erforderliche Minimum). Ferner ist ein wesentliches Ziel, kurz- bis mittelfristig den Ersatz kritischer Wirkstoffe durch unkritischere zu erreichen (Lückenindikation, Untersuchungen). Besondere Bedeutung kommt auch der Einhaltung der Guten Fachlichen Praxis beim Umgang mit und Anwendung von Pflanzenschutzmitteln zu.

Generell erfolgt in Rheinland-Pfalz ein moderater Pflanzenschutzmitteleinsatz. Intensiverer Pflanzenschutzmitteleinsatz ist zu verzeichnen in den Kulturen Raps, Zuckerrüben, Kartoffeln, Kernobst und Reben. Als „hot spots“ im Pflanzenschutz in Rheinland-Pfalz wurden ermittelt: die Pflanzenschutzmittel-Belastung von Oberflächenwasserkörpern, ein intensiver, teilweise illegaler Einsatz von Glyphosat-Herbiziden, unzureichende Bekämpfungsmöglichkeiten von Bodenschädlingen in Flächenkulturen (Ackerbau, Gemüsebau), zunehmende Resistenzentwicklung besonders im Herbizid- aber auch im Fungizidbereich, mangelnde Pflanzenschutzmittel-Verfügbarkeit in „kleinen“ Kulturen bzw. im Ökoweinbau, Abdriftproblematik bei Hubschraubereinsätzen im Steillagenweinbau und das zunehmende Auftreten neuer Schaderreger (meist Insekten), bedingt durch Klimawandel und Einschleppung.

Die angesprochenen europäischen und nationalen Ziele sollen in Rheinland-Pfalz durch verschiedene Maßnahmen und Projekte erreicht werden. Zur Förderung der Ausweitung der ökologischen Wirtschaftsweise wird ein „Leitbetriebsnetz Ökologischer Landbau“ eingerichtet. Speziell im Weinbau erfolgt die Umstellung des Staatsweingutes in Bad Kreuznach auf ökologische Bewirtschaftung.

Bezüglich des Wasserschutzes werden im Rahmen des Programms „Gewässerschonende Landwirtschaft“ Projekte zur Vermeidung von PSM-Einträgen in Oberflächenwasserkörper (OWK) durchgeführt („Leuchtturm-Projekte“: Monitoring der Einträge und gezielte Beratung zu Pflanzenschutzgerätereinigung; Projekt zu Reinigungsplätzen für Pflanzenschutzgeräte; Entwicklung bzw. Weiterentwicklung von „Biobeds“ und „Biofilteranlagen“). Durch Einrichtung eines Mobilen Agrar-Portals (MAPrlp) werden Applikationskarten für Pflanzenschutzmittel-Einsätze der landwirtschaftlichen Praxis verfügbar gemacht, mit dem Ziel durch verbesserte Einhaltung von Abstandsauflagen Abdrift und Abflüsse von Pflanzenschutzmitteln in Oberflächengewässer zu vermeiden. Im Rahmen der Sachkunde-Fort-/Weiterbildung ist der Wasserschutz der Schwerpunkt in den kommenden Jahren. Für Haus- und Kleingärtner, Hausbesitzer und Kommunen werden Beratungsinitiativen zur Beseitigung unerwünschten Auswuchses auf befestigten Flächen durchgeführt, mit dem Ziel Abschwemmungen zu vermeiden und Glyphosat-Anwendungen durch nicht-chemische Verfahren zu ersetzen und illegale Anwendungen zu reduzieren.

Ebenfalls der Reduktion von Glyphosat- und anderen Herbizidanwendungen dienen Beratungsprojekte und Versuche zur mechanischen Stoppelbearbeitungen im Ackerbau sowie zum Einsatz spezieller Hackgeräte und zur GPS-gestützten Maschinenhacke im Gemüse- und Kräuteraanbau. Im Hinblick auf die Einschränkung von Fungizideinsätzen werden das Sortenversuchswesen im Acker- und Gemüsebau fortgeführt und die Einführung Pilzwiderstandsfähiger Rebsorten (PiWis) forciert. Speziell im Zuckerrübenanbau fördert das Land im „Zukunftsprojekt Zuckerrübe“ Untersuchungen zum verstärkten Anbau von Cercospora-resistenten Sorten, um Fungizidbehandlungen einzusparen. Mittels MAPrlp soll die Nutzung von schlagspezifischen Prognosemodellen intensiviert und somit eine Einschränkung von Fungizid- aber auch Insektizideinsätzen erreicht werden. Im Gemüsebau wird die Nutzung von Kulturschutznetzen und Vliesen zur Vorbeugung gegen Insektenbefall empfohlen, um Insektizideinsätze überflüssig zu machen. Auch im Kirschenabbau wird der Einsatz von Netzen erprobt.

Intensiv wird an der „Ausstiegsszenarien“ für kritische Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffe gearbeitet, wie z.B. Kupfereinsatz im ökologischen Sonderkulturanbau, Dimethoat-Ersatz bei der Bekämpfung von Fruchtfliegen / Essigfliegen im Kirschen- und Beerenobstanbau oder Linuron im Gemüsebau. Der Ausstieg aus dem Streptomycin-Einsatz zur Feuerbrand-Bekämpfung wurde erreicht. Als Ersatzwirkstoffe stehen nunmehr Mittel auf Alaun-Basis bzw. mit biologischen Wirkstoffen zur Verfügung.

Auf nicht-chemischen Verfahren liegt der Schwerpunkt bei der Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung von Bodenschädlingen (Drahtwurm, Nematoden, Rhizoctonia), besonders im Mais- und Kartoffelbau. Hier sollen Biofumigation, Fangpflanzenmethoden und Antagonisten getestet werden, um die Anwendung bedenklicher Insektizid-Wirkstoffe zu ersetzen.

Um die Bekämpfung von Schaderregern in Kulturen mit geringer Anbaufläche (Gemüse, Beerenobst) bzw. von Pilzkrankheiten im Ökoweinbau zu ermöglichen, werden im Rahmen der Lückenindikationen Pflanzenschutzmittel und –verfahren der Praxis verfügbar gemacht. Hier wird auch versucht den Ersatz kritischer Wirkstoffe durch unkritischere, wenn möglich biologische, voranzutreiben.

Durch die Entwicklung eines unbemannten Kleinhubschraubers soll beim Fungizideinsatz im Steillagenweinbau die Applikationsqualität verbessert und die Abdrift minimiert werden. Gleichzeitig werden dadurch eine Verbesserung der Arbeitssicherheit (Helikopterabstürze, Raupen-Abstürze) und eine Reduktion der Erosion in Steillagen (Bodenabschwemmungen in Raupen- und Schlepperfahrspuren) erreicht.

Im Weinbau ist es gelungen, durch Modifikationen in der Förderung den Einsatz des biotechnischen, umweltschonenden Pheromon-Verfahrens zur Traubenwicklerbekämpfung (Verwirrungsmethode) für die Förderperiode 2014 – 2020 zu sichern. Ab 2015 erhalten Winzer, die statt Insektiziden den ungiftigen biologischen Lockstoff Pheromon einsetzen, jährlich 50 Euro pro Hektar. Das Land investiert zukünftig 1,6 bis 1,8 Millionen Euro jährlich in diese gewässer- und umweltschonende Bewirtschaftungsform.

Besonders im Obst- und Weinbau treten zunehmend neue Schadinsekten, aber auch Pilzkrankheiten auf. Hierzu werden am Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinland in Neustadt/Wstr. Grundlagenuntersuchungen zur Biologie und Epidemiologie durchgeführt, mit dem Ziel umweltschonende Bekämpfungsstrategien zu entwickeln. Im Fokus steht hierbei die eingeschleppte, starke Schäden verursachende Kirschessigfliege (*Drosophila suzukii*) sowie das durch die Amerikanische Rebkikade *Scaphoideus titanus* übertragene Reben-Phytoplasma *Flavencece dorée*.

Im Frühjahr 2014 wurden der Quarantänestatus und die vorgeschriebenen Bekämpfungsmaßnahmen für den Mais–Wurzelbohrer aufgehoben. Rheinland–Pfalz setzte sich im Bundesrat erfolgreich dafür ein, dass in den Grundsätzen zur guten fachlichen Praxis festgelegt wird, dass bei auftretendem Befall mit Mais-Wurzelbohrer Fruchtfolgemaßnahmen zur Bekämpfung anzuwenden sind und ein Monokultur–Anbau mit diesen Grundsätzen nicht vereinbar ist.

Des Weiteren ist nun in Umsetzung der EU- und Bundesbeschlüsse im Rahmen der Pflanzenschutz-Sachkunde eine stark intensivierte Fort- und Weiterbildung der Anwender und Verkäufer von Pflanzenschutzmitteln gefordert. In Rheinland – Pfalz sind derzeit ca. 37.000 Personen sachkundig im Pflanzenschutz. Die Einführung einer Bescheinigungsregelung (Ausstellen von Sachkundenachweisen im Pflanzenschutz) und die Bereitstellung eines umfangreichen Fort- und Weiterbildungsangebotes für die Sachkundigen stellt die Agrarverwaltung vor eine große Herausforderung. Die hierfür zuständigen Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) wurden mit zusätzlichem Personal ausgestattet, um diese Aufgaben zu bewältigen. Sie bieten eine Vielzahl von Veranstaltungen an, in denen objektiv und unabhängig von kommerziellen Interessen aktuelles Wissen zum Pflanzenschutz vermittelt wird, und mit deren Besuch die Anwender und Verkäufer von Pflanzenschutzmitteln ihre Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Sachkunde erfüllen können.

### 1.5.3 Agro-Gentechnik

Verbraucherinnen und Verbraucher sind sehr kritisch, wenn es um die Frage von Gentechnik auf ihrem Teller geht. Nach allen Umfragen lehnen sie diese in großer Einigkeit ganz überwiegend ab. Die Nachteile der Gentechnik werden immer deutlicher, die oft versprochenen Vorteile bewahrheiten sich nicht. Im Vordergrund stehen natürlich Bedenken zu gesundheitlichen Auswirkungen und langfristigen Effekten auf die Ökosysteme unserer Umwelt. Doch selbst wenn man der Idealvorstellung anhängt, dass die Prüfungen und Bewertungen im Zulassungsverfahren zuverlässig seien, alle Fragestellungen betrachteten und die größten Risiken ausschließen, blieben die Gefahren für die Koexistenz mit den GVO-freien Anbauformen, sei es der konventionelle oder der ökologische Anbau. Die ungewollte Verunreinigung landwirtschaftlicher Produkte mit GVO kann bei zugelassenen GVO eine – u.U. wirtschaftlich fatale - Kennzeichnungspflicht oder Schadenersatzansprüche zur Folge haben, bei nicht zugelassenen GVO ein Vermarktungsverbot. Die Bildung unerwünschter Eigenschaften wie Resistenzen bei Beikraut, die Verunreinigung von Saatgut sowie die zunehmende Abhängigkeit von Großkonzernen aus dem Bereich der Agrarindustrie sind andere wahrscheinliche Auswirkungen, die in Ländern mit hohem GVO-Einsatz wie Kanada oder den USA bereits Wirklichkeit sind. Die Kosten der Koexistenz beispielsweise für engmaschige Kontrollen von Rückständen bleiben an den Erzeugern, die gentechnikfrei produzieren wollen, und damit an den Verbraucherinnen und Verbrauchern hängen.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung achtet diese Gentechnik-ablehnende Haltung der Verbraucherinnen und Verbraucher. Zudem hat sie erkannt, dass Gentechnikfreiheit für die heimische Landwirtschaft eine echte Chance darstellt. Im aktuellen Koalitionsvertrag hat sie sich darum klar dazu geäußert: keine Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft. Für dieses Ziel engagiert sie sich im Rahmen ihrer politischen Möglichkeiten.

Ein engmaschiges Netz von strengen Kontrollen auf allen Ebenen - von der Saatgutverkehrs-kontrolle über die Futtermittelüberwachung und die Lebensmittelüberwachung bis hin zur Überwachung von Freisetzungen von GVO und dem Inverkehrbringen und Verwenden GVO-haltiger Produkte - haben bisher sichergestellt, dass die Agrogentechnik nicht außer Kontrolle gerät. Seit einigen Jahren gelingt es regelmäßig, alle in Deutschland positiv beprobten Saatgutpartien noch im Handel, also rechtzeitig vor der Aussaat, sicherzustellen. Rheinland-Pfalz ist im Mai 2013 dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beigetreten. Auch die Schaffung von bereits nach heutiger Rechtslage möglichen gentechnikfreien Regionen aufgrund freiwilliger Vereinbarungen wird unterstützt.

Im Rahmen der Überarbeitung des Landesnaturschutzgesetzes werden Maßnahmen zur Verhinderung des GVO-Eintrags in hochrangige Schutzgebiete vorgesehen. Bei der Nutzung landeseigener landwirtschaftlicher Flächen ist auf GVO-Anbau zu verzichten, auch auf verpachteten Flächen.

Wichtigstes aktuelles politisches Thema ist das Eintreten für die rechtliche Absicherung gentechnikfreier Mitgliedstaaten und Regionen (Opt-out-Verfahren), das mittlerweile Erfolge zeigt. Nach der vorgesehenen Änderung der EU-Freisetzungsrichtlinie wird ein Handlungsspielraum auf Bundesebene entstehen, der eine begründete Untersagung des GVO-Anbaus auch ohne Inanspruchnahme der heutigen Schutzklausel der Freisetzungsrichtlinie (wegen Umwelt- und Gesundheitsschäden) ermöglichen wird. Rheinland-Pfalz setzt sich im Bundes-



rat und auf der Agrarministerkonferenz dafür ein, dass die Bundesregierung die Möglichkeit für nationale Anbauverbote zügig in nationales Recht umsetzt und dabei vorrangig ein bundeseinheitliches Anbauverbot für gentechnisch veränderte Organismen anstrebt. Weiterhin wird die Landesregierung sich gegen neue GVO-Zulassungen und für die weitest gehende Beibehaltung der Nulltoleranz aussprechen.

#### **1.5.4 EU-Direktzahlungsverordnung und Erhalt von Dauergrünland**

Die Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung - (DirektZahlVerpflV) regelt die Grundsätze zur Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand, die von einem Betriebsinhaber, der Direktzahlungen oder sonstige Stützungszahlungen beantragt, einzuhalten sind. Zu den Grundsätzen zählen beispielsweise die Vermeidung von Erosion, der Erhalt der organischen Substanz im Boden, der Erhalt von Landschaftselementen oder der Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung.

Ein für Rheinland-Pfalz sehr wichtiger Grundsatz ist der Schutz und die Erhaltung von Dauergrünland. Denn Grünland prägt die Mittelgebirgslandschaften und die wertvollen Tal-Auen von Rheinland-Pfalz. Grünland schützt den Boden vor Wasser- und Winderosion. Zudem hat Grünland eine hohe Bedeutung bei der Rückhaltefunktion von Treibhausgasen. Der Erhalt von Grünland trägt somit wirkungsvoll zum Klimaschutz bei. Grünlandflächen, insbesondere in Form der extensiveren Bewirtschaftung, bieten zahlreichen der Tausenden Tier- und Pflanzenarten in Rheinland-Pfalz einen Lebensraum. Darunter sind auch vielen Rote Liste Arten zu finden, wie z.B. seltenen Orchideen. Durch den Schutz von Grünland wird somit ein wesentlicher Beitrag zur Biodiversität bzw. zum Erhalt der Lebensvielfalt geleistet.

Dauergrünland ist somit ein unverzichtbarer Bestandteil der Kulturlandschaft und damit ein Beitrag zur Attraktivität der Naherholungsgebiete und des Tourismus im ländlichen Raum. Diese vielfältigen Funktionen zeigen, wie wichtig es ist, den Erhalt von Grünland nicht nur zu fördern, sondern auch dauerhaft zu schützen.

Im Jahr 2013 wurde in Rheinland-Pfalz erstmals festgestellt, dass sich der Anteil des Dauergrünlands an der Cross-Compliance-Regelung im Rahmen des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems der GAP-Umsetzung unterliegenden Grünlandfläche um 6,41 % (bezogen auf das Jahr 2003) verringert hat. Bei Überschreiten des Schellenwerts von 5 % sind die Bundesländer nach Bundesrecht verpflichtet, Regelungen zum Erhalt von Dauergrünland zu erlassen. Rheinland-Pfalz hat daher, wie in einer Reihe von Bundesländern bereits geschehen, eine Landesverordnung zum Erhalt von Dauergrünland erlassen. Ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Landesverordnung dürfen Landwirte, die Direktzahlungen beziehen, Dauergrünland nur nach vorheriger Genehmigung umbrechen. Voraussetzung für eine Genehmigung ist, dass keine naturschutzfachlichen oder wasserwirtschaftlichen Gründe dagegen sprechen und dass eine Ersatzfläche zur Wiederansaat von Dauergrünland zur Verfügung gestellt wird. Das Antragsverfahren wird bei den zuständigen Kreisverwaltungen bearbeitet. Zur Verwaltungsvereinfachung wird auch zukünftig ein Umbruch von Dauergrünland mit unverzüglicher Neueinsaat, also ein sog. Pflegeumbruch auch ohne Ersatzfläche genehmigt. Das gleiche gilt für Umbruch aufgrund einer Erstaufforstung von Dauergrünland bei vorliegender Erstaufforstungsgenehmigung oder im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren, sowie für Vereinbarungen im Rahmen von Naturschutz- und Agrarumweltmaßnahmen des Landes Rheinland-Pfalz. Parallel befindet sich auch ein neues Landesnaturschutzgesetz in

Vorbereitung, das den Schutz von Dauergrünland in Ergänzung zum Bundesnaturschutzgesetz und zur Landesverordnung regelt. Hier wird ein genereller Genehmigungsvorbehalt für den Umbruch ausgesprochen, der auch für Flächen Gültigkeit hat, für die keine Agrarförderung beantragt wurde.

## **2. Die Agrar- und Ernährungswirtschaft Rheinland-Pfalz**

### **2.1 Allgemeine Situation und Funktion des Agrarsektors in der Gesamtwirtschaft**

Die Lebensmittelwirtschaft zählt zu den vier wichtigsten Beschäftigungszweigen in Deutschland. Die deutsche Lebensmittelbranche ist der größte Sektor dieser Art in Europa. Im Jahr 2013 arbeiteten 13 % der Erwerbstätigen in diesem Sektor, also mehr als ein Achtel aller Erwerbstätigen. Die Branche arbeitet mit 556.000 Beschäftigten in 730.000 überwiegend klein- und mittelständischen Unternehmen und erzielte 2013 einen Umsatz von rund 780 Mrd. €.

Landwirtschaft, Agrargroßhandel, Lebensmittelhandwerk, Ernährungsindustrie, Lebensmittelgroßhandel, Lebensmitteleinzelhandel und Außer-Haus-Markt versorgen die Bevölkerung mit Lebensmitteln. Damit ist die Lebensmittelbranche einer der bedeutendsten Wirtschaftsfaktoren und trägt mit 7 % zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in Deutschland bei.

Die Lebensmittelwirtschaft ist außerdem ihrerseits ein wichtiger Kunde für andere Branchen wie die Landmaschinenindustrie, Logistik oder Verpackungsmittelindustrie und sichert dort ebenfalls Wertschöpfung und Einkommen.

### **2.2 Agrar- und Ernährungswirtschaft Rheinland-Pfalz Ausgewählte Wirtschaftsbereiche des Agrarsektors und Wertschöpfungsketten**

Im letztjährigen Agrar- und Ernährungsbericht wurde erstmals die rheinland-pfälzische Ernährungsbranche als Cluster dargestellt und beschrieben, soweit die Daten auf Landesebene verfügbar waren.<sup>8</sup> Die seinerzeitigen Aussagen und Branchenbeschreibungen gelten auch für den vorliegenden Agrar- und Ernährungsbericht 2014 fort. Eingebunden in diesen Rahmen steht im vorliegenden Bericht die Ebene der land- und weinwirtschaftlichen Urproduktion wieder stärker im Vordergrund, da sie im vorliegenden Betrachtungszeitraum in besonderer Weise Gegenstand der Reformverhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik 2014 bis 2020 und deren Diskussionen auch auf Bundes- und Landesebene war. Die Landwirte sind Dreh- und Angelpunkt der Lebensmittelversorgung. Zugleich sichern sie unsere attraktiven ländlichen Räume. Sie werden daher nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht in Bezug auf ihre Einkommenslage und deren Vorausschau für das nachfolgende Wirtschaftsjahr, sondern auch auf ihre weiteren Rahmenbedingungen hin betrachtet (vgl. Kapitel 1).

<sup>8</sup> Eine verbindliche Definition für ein Cluster in diesem Bereich ist noch nicht verfügbar; statistische Angaben sind deshalb jeweils fallweise zu interpretieren.

Die rheinland-pfälzische Landwirtschaft ist angesichts ihrer zahlreichen Sonder- und Dauerkulturbetriebe durch eine besondere Vielfalt gekennzeichnet. Die Produktionsschwerpunkte sind stark naturräumlich geprägt. Wein, Obst und Gemüse lieben die Wärme; Rinder und Schafe unsere Mittelgebirge mit dem ökologisch wertvollen Dauergrünland; das Ackerland prägt die Übergangsregionen von Flusstälern zu den Höhen. Die Förderung und Unterstützung dieser Vielfalt durch eine entsprechend ausgerichtete Politik für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie ein leistungsfähiges Beratungs-, Lehr-, Forschungs- und Versuchswesen der Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) mit ihrer jeweiligen fachlichen Schwerpunktausrichtung tragen dazu bei, die Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Land- und Weinwirtschaft zu stärken. In Rheinland-Pfalz liegt der Anteil der pflanzlichen Erzeugung am gesamtwirtschaftlichen Produktionswert der Landwirtschaft bei 77 Prozent und ist damit deutlich höher als im gesamten Bundesgebiet (52 Prozent). Hierzu trägt vor allem der regional bedeutsame Anbau von Sonderkulturen - insbesondere Wein und Gemüse – bei. Die Viehhaltung bestimmt weite Teile des Landes: Rund ein Drittel der Fläche wird als Dauergrünland genutzt (Deutschland: 28 Prozent).

### 2.2.1 Struktureller Wandel in Deutschland und Rheinland-Pfalz<sup>9</sup>

Insgesamt 285.000 Betriebe haben im Jahr 2013 in Deutschland eine landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) von zusammen etwa 16,7 Mio. ha bewirtschaftet. Damit ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe gegenüber der Landwirtschaftszählung 2010 erneut um etwa 5 % zurückgegangen.

Der Umfang der LF blieb hingegen annähernd gleich; die durchschnittliche Betriebsgröße wuchs von 56 ha auf 59 ha LF.

Laut Statistischem Bundesamt wurden im Rahmen der Agrarstrukturerhebung 2013 rund 80.000 landwirtschaftliche Betriebe unter anderem zu ihren Produktionsgrundlagen und zur Beschäftigtenstruktur befragt. Es zeigte sich, dass nach wie vor die Familienbetriebe dominieren; sie hatten 2013 einen Anteil von 90 % an allen erfassten Höfen und bewirtschafteten 65 % der gesamten LF. Von den 256.000 Familienbetrieben wurden allerdings 52 % im Nebenerwerb geführt.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte ist gegenüber 2010 weiter gesunken, und zwar um 6 % auf rund eine Million. Davon waren mit 506.000 Personen etwa die Hälfte Familienarbeitskräfte. Darüber hinaus arbeiteten zum Zeitpunkt der Erhebung 201.000 ständig Beschäftigte (20 v. H.) und rd. 30 v. H. bzw. 314.000 Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft.

In etwa 200.000 Betrieben wurden zum Stichtag 1. März 2013 Tiere gehalten; insgesamt waren es rund 12,4 Mio. Rinder, 28,7 Mio. Schweine, 1,9 Mio. Schafe und 130.000 Ziegen sowie 177,3 Mio. Stück Geflügel.

Die Zahl der Betriebe mit ökologischem Landbau erhöhte sich in den Jahren seit der Landwirtschaftszählung 2010 bis Ende 2013 auf 23.000; das entsprach einem Anteil von 6,5 % an allen landwirtschaftlichen Betrieben. Die ökologisch bewirtschaftete Fläche stieg bundesweit gleichzeitig um über 7 % auf rund 1,05 Mio. ha.

<sup>9</sup> Umfangreiche Strukturdaten sind im Anhang aufgeführt.

### Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe auch in Rheinland-Pfalz weiter rückläufig

Die Betriebsgrößenstruktur der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft ist durch den Weinbau geprägt. Fast ein Viertel der 19.100 landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschaftete nach Angaben des Statistischen Landesamtes im März 2013 weniger als 5 ha LF. In diesem Segment sind vor allem Weinbaubetriebe zu finden, die zur Erwirtschaftung eines ausreichenden Einkommens wegen der höheren Wertschöpfung pro Flächeneinheit eine kleinere Flächenausstattung als die Ackerbauern benötigen. Diese 4.600 sehr klein strukturierten Betriebe bewirtschafteten zusammen nur 9.900 ha. Das war etwas mehr als 1 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes (707.000 ha). Knapp die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche entfiel demgegenüber auf landwirtschaftliche Betriebe, die jeweils eine Fläche von mehr als 100 ha bearbeiten. Ihr Anteilswert an der Zahl der Betriebe betrug knapp 11 %.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist weiter rückläufig. Gegenüber dem Vorjahr sank sie um knapp 1 %, gegenüber 2010 betrug der Rückgang gut 7 %. Der Umfang der LF veränderte sich gegenüber dem Jahr 2010 aber auch in Rheinland-Pfalz kaum. Die durchschnittlich je Betrieb genutzte Fläche über alle Betriebsformen hinweg einschließlich des Weinbaus stieg daher seit 2010 um drei auf 37 ha LF.

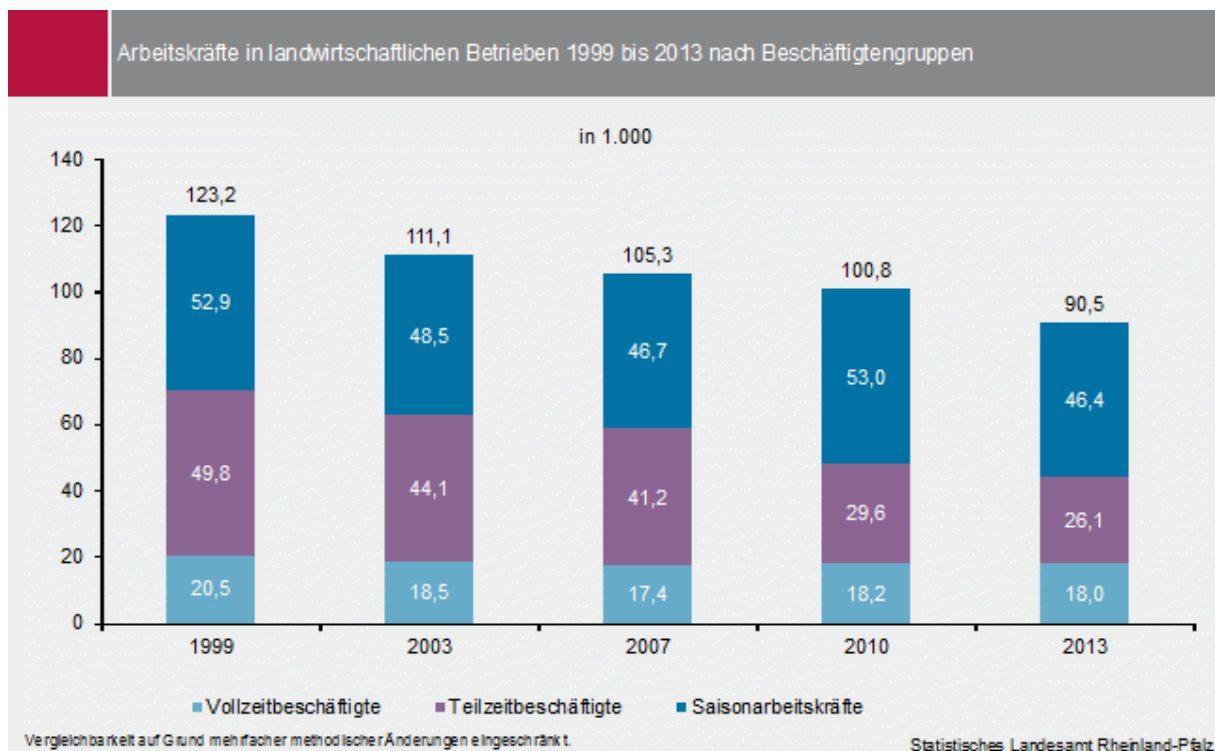


Abbildung 3: Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben nach Beschäftigtengruppen

In der heimischen Landwirtschaft kommt dem arbeitsintensiven Wein- und Gemüsebau eine große Bedeutung zu. Da in diesen Produktionszweigen viele Arbeiten - wie z. B. die Weinlese oder die Gemüseernte - stets nur in begrenzten Zeiträumen zu erledigen sind, beschäftigen die 19.100 landwirtschaftlichen Betriebe eine große Zahl von Saison- oder Aushilfskräften. Nach dem Ergebnis der im März 2013 durchgeführten Agrarstrukturerhebung wurden

nach Angaben des Statistischen Landesamtes 46.400 Saisonarbeitskräfte gezählt. Damit wurden über die Hälfte (51 %) der insgesamt 90.500 Beschäftigten als Saison- oder Aushilfskräfte eingesetzt; im Vergleich zum Jahr 2010 war dies ein Zehntel weniger. Eine Vollbeschäftigung wurde für 18.000 Personen registriert. Einer regelmäßigen Tätigkeit, deren Umfang aber keine Vollbeschäftigung ausmachte, gingen 26.100 Personen nach. Der hohe Anteil Teilbeschäftigter ist unter anderem auf die große Zahl an Betrieben zurückzuführen, die im Nebenerwerb geführt werden (53 v. H. Nebenerwerbsbetriebe; 47 v. H. Haupterwerbsbetriebe).

Gründe für den Rückgang der Beschäftigtenzahlen sind der Strukturwandel in der Landwirtschaft und der technische Fortschritt. So nahm im Vergleich zu 2010 der auf Arbeitskräfte-Einheiten umgerechnete Arbeitseinsatz um zwei Zehntel auf 5,2 Arbeitskräfteeinheiten je 100 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche ab.

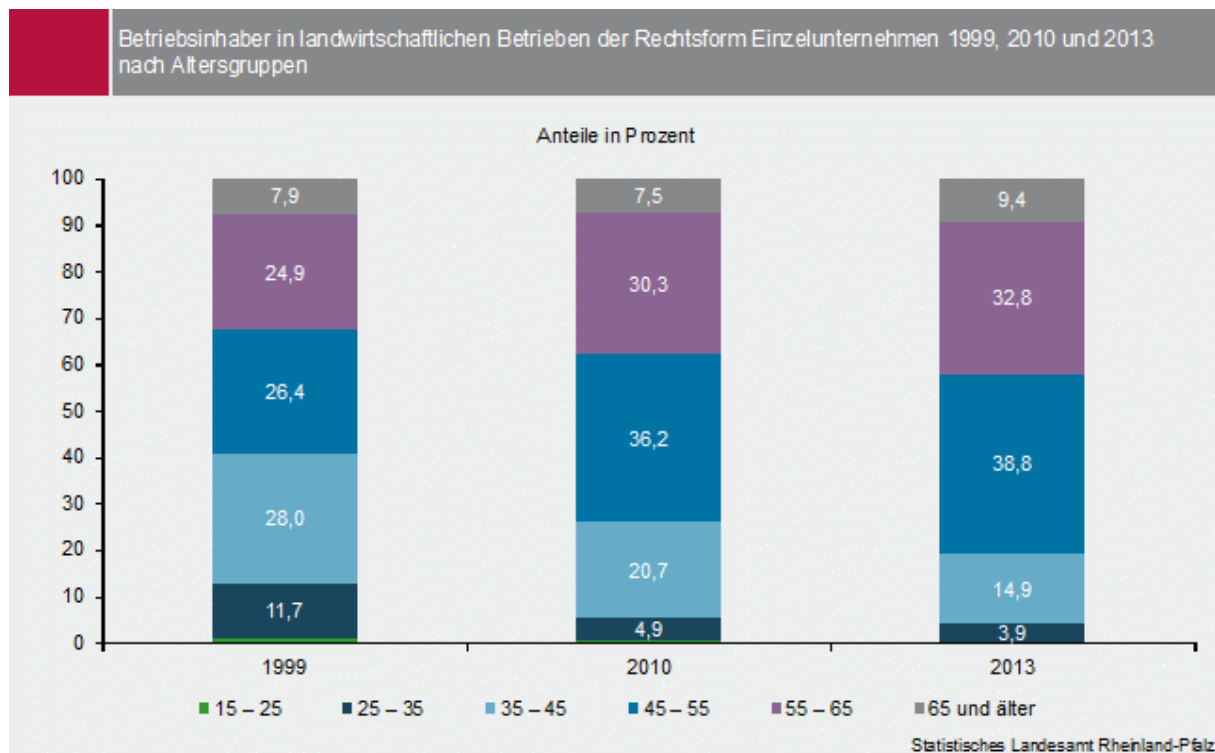


Abbildung 4: Betriebsinhaber in landw. Betrieben nach Altersgruppen

Die aktuellen Ergebnisse verdeutlichen zudem, dass die Altersstruktur der Betriebsinhaber ungünstiger geworden ist. Fast 39 % der Inhaber von Familienbetrieben waren 2013 zwischen 45 und 54 Jahre alt. Im Jahr 2010 waren es erst 36 % und im Jahr 1999 nur 26 %. Auch in der nächsthöheren Altersklasse (55 bis 64 Jahre) nahm der Anteilswert zu. Aktuell entfallen fast 33 % der Betriebsinhaber auf diese Altersklasse. 1999 betrug der Anteilswert erst 25 %. Dagegen war der Anteil der unter 35-Jährigen 2013 mit 4,2 % wesentlich kleiner als 1999 (13 %).<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Die Daten stammen aus den in mehrjährigem Abstand stattfindenden Agrarstrukturerhebungen bzw. Landwirtschaftszählungen. Befragt werden seit dem Jahr 2010 landwirtschaftliche Betriebe mit fünf ha und mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche bzw. Betriebe, die über bestimmte pflanzliche oder tierische Mindestzeugungseinheiten verfügten. In den Jahren zuvor wurden bereits Betriebe ab zwei ha und mehr landwirt-



Der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe liegt in Rheinland-Pfalz ähnlich wie der Bundesdurchschnitt bei 53 %. Traditionell sind insbesondere Landwirte auf den Grenzertragsstandorten schon immer auf einen außerlandwirtschaftlichen Zuerwerb angewiesen. Der mit Abstand höchste Nebenerwerbsanteil (mehr als 65 %) ist in den Futterbauregionen wie Westerwald, Vulkaneifel sowie im Landkreis Kaiserslautern zu verzeichnen. Der Nebenerwerb kann sowohl Übergangsstadium zur Betriebsaufgabe als auch stabiles Einzelunternehmen sein.

In den folgenden Abschnitten wird ein Einblick in den Agrarsektor - gegliedert nach den wichtigsten Agrarmärkten und der Hauptproduktionsrichtung der landwirtschaftlichen Betriebe, den sogenannten Betriebsformen, - gegeben. Dabei wird neben einer kurzen Marktbeschreibung die betriebliche Ebene für Deutschland und im Vergleich dazu die Situation der Betriebe in Rheinland-Pfalz jeweils nach Einkommen, Eigenkapitalbildung, den EU-Direktzahlungen und deren Anteil am Einkommen betrachtet. Abgerundet wird diese Betrachtung durch einen kurzen Ausblick auf die Markt- und betriebsformspezifische Situation. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die agrarmarktpolitischen Rahmenbedingungen seitens der EU vorgegeben und oben bereits erläutert worden sind (vgl. Kapitel 1, Erläuterungen zur einheitlichen Gemeinsamen Marktorganisation (eGMO) der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 vom 17.12.2013).

Bevor auf die einzelnen Märkte und Betriebsformen eingegangen wird, werden zunächst die für alle Betriebsformen geltenden Aussagen kurz skizziert.

### **Die Einkommenslage der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland**

Die Einkommenslage der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland hat sich im Wirtschaftsjahr 2012/13 im Durchschnitt aller Rechts- und Bewirtschaftungsformen weiter verbessert. Allerdings weisen die Wirtschaftsergebnisse eine von der Betriebsform abhängige sehr große Streuung auf. In der Gesamtschau hatten die überwiegend bäuerlich strukturierten Betriebe einen erheblichen Nachholbedarf in Richtung Verbesserung ihrer Einkommenssituation. Gleichwohl liegen unter längerfristiger Betrachtungsweise die aktuellen Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe mit den Ergebnissen des Wirtschaftsjahres 2012/13 immerhin über dem Niveau des guten Wirtschaftsjahres 2007/08.

### **Gewinnentwicklung der Haupteinheitsbetriebe in Deutschland<sup>11</sup>**

Die nachfolgenden Erläuterungen beruhen auf den Ergebnissen der Testbetriebe, die das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) ausgewertet und Anfang 2014 veröffentlicht hat. In die BMEL-Buchführungsauswertung für das Wirtschaftsjahr 2012/13 sind bundesweit 8.971 Betriebe eingegangen.

---

schaftlich genutzter Fläche bzw. Betriebe, die über pflanzliche oder tierische Mindestzeugungseinheiten verfügten, befragt. Die Angaben der Betriebe wurden zu einem Landesergebnis hochgerechnet. Regionale Ergebnisse liegen aus der Landwirtschaftszählung für das Jahr 2010 vor. Arbeitskräfte-Einheit (AK-Einheit): Maßeinheit der Arbeitsleistung einer im Berichtszeitraum im landwirtschaftlichen Betrieb vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Arbeitskraft.

<sup>11</sup> Vgl. hierzu: BMEL, Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe 2012/2013, Berlin 2014.

Im Durchschnitt dieser Betriebe verbesserten sich die Einkommen gegenüber dem Vorjahr um fast 11 % von 32.142 € auf 35.548 € je Arbeitskraft (AK). Die Gewinne je Unternehmen stiegen um rund 13 % von 55.572 € auf 62.535 €.

### **Gewinnentwicklung der Haupterwerbsbetriebe in Rheinland-Pfalz**

Rheinland-Pfalz war mit 902 Betrieben an der Auswertung des BMEL-Testbetriebsnetzes beteiligt. Die Betriebe hatten eine Gewinnzunahme von 58.498 € auf 65.220 € zu verzeichnen. Die Einkommensentwicklung rheinland-pfälzischer Betriebe wird im Wesentlichen durch die Entwicklung im Weinbau, in der Milchviehhaltung (Futterbaubetriebe) sowie den Gemischtbetrieben (Ackerbau/Schweinemast) bestimmt.

Mit einem durchschnittlichen Gewinn von 65.220 € konnten die Haupterwerbsbetriebe das Ergebnis des Vorjahres (58.498 €) erheblich steigern. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt schnitt Rheinland-Pfalz deutlich besser ab.

Die positive Ertragslage des Wirtschaftsjahres 2012/13 kam vor allem durch höhere Erntemengen und bessere Preise zustande; höhere Erlöse für Getreide, Ölfrüchte, Hülsenfrüchte, Schweine und Rinder trugen wesentlich zur positiven Entwicklung bei.

### **Eigenkapitalveränderung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe in Deutschland im Wirtschaftsjahr 2012/13**

Die Eigenkapitalveränderung des Unternehmens wird anhand der Bilanz berechnet. Der Wert ermöglicht eine Aussage darüber, inwieweit das im Unternehmen in dem jeweiligen Jahr erwirtschaftete und dort verbleibende Eigenkapital bereits eine ausreichende Grundlage zur Finanzierung von Nettoinvestitionen darstellt. Die Eigenkapitalbildung war im WJ 2012/13 im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe mit 14 757 € je Unternehmen größer als in den drei Vorjahren. Die Ackerbau- und Pflanzenbauverbundbetriebe hatten die höchste Eigenkapitalbildung. Die Betriebsgröße hatte auch im WJ 2012/13 erhebliche Auswirkungen auf die Fähigkeit der Betriebe, Eigenkapital zu bilden. Kleinere und mittlere Betriebe bilden im Durchschnitt deutlich weniger Eigenkapital als größere Betriebe.

### **Eigenkapitalveränderung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe in Rheinland-Pfalz im Wirtschaftsjahr 2012/13**

Die Eigenkapitalbildung der rheinland-pfälzischen Haupterwerbsbetriebe betrug im WJ 2012/13 im Durchschnitt mit 14 066 € je Unternehmen und lag damit geringfügig um 691 € je Unternehmen unter dem Bundesdurchschnitt. In Rheinland-Pfalz hatten – abweichend vom Bundesdurchschnitt – die Weinbaubetriebe mit 18.498 € je Unternehmen die höchste Eigenkapitalbildung. Damit lagen sie auch über dem bundesweiten Durchschnitt aller Haupterwerbsbetriebe.

### **Direktzahlungen und Zuschüsse**

In den Buchführungsergebnissen sind auch unternehmensbezogene Direktzahlungen und Zuschüsse enthalten, die einen bedeutenden Anteil der betrieblichen Erträge landwirtschaftlicher Unternehmen darstellen. Der größte Beitrag stammt aus den EU-Direktzahlungen (1. Säule), insbesondere aus der Betriebsprämie, die unten auch betriebsformspezifisch dargestellt wird. Hinzu kommen die aus dem Bundeshaushalt finanzierte Agrardieselvergütung, die von Bund und Ländern im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der Ag-

rarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) gewährten Zuschüsse für einzelbetriebliche Investitionen, die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete sowie Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen. Neben den unternehmensbezogenen Zahlungen erhalten selbstständige Landwirte auch personenbezogene Einkommensübertragungen. Diese nach persönlichen Kriterien gezahlten Einkommensübertragungen aus öffentlichen Mitteln und aus der Sozialversicherung (z. B. Beitragszuschüsse, Renten, Kindergeld) gehen nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung des Unternehmens ein.

In den landwirtschaftlichen Betrieben des BMEL-Testbetriebsnetzes betragen die unternehmensbezogenen Direktzahlungen und Zuschüsse im Wirtschaftsjahr 2012/13 durchschnittlich 33 993 Euro je Unternehmen. Die Direktzahlungen machten durchschnittlich 10,8 % der betrieblichen Erträge aus. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Zahlungen insgesamt um rund 1.200 Euro verringert.

### 2.2.2 Entwicklung des Weinmarktes

In Deutschland herrscht eine optimistische Verbraucherstimmung auf dem Weinmarkt. Davon profitieren besonders die heimischen Weine. Der Marktanteil deutscher Weine hat sich insgesamt positiv entwickelt und liegt jetzt mengenmäßig nach Angaben der Gesellschaft für Konsumforschung in Nürnberg bei 39,1 % (2013) und damit deutlich vor Frankreich 16,6 %, Italien 15,2 %, Spanien 7,5 %. Sowohl bei den Weißweinen (51,5%) als auch bei den Rotweinen (28,8%) sind heimische Erzeugnisse Marktführer in den jeweiligen Segmenten.

Rheinland-Pfalz ist Deutschlands Weinland Nummer 1. Rund 65 % der gesamten Rebfläche Deutschlands liegen in den sechs rheinland-pfälzischen Anbaugebieten. Rheinhessen ist im Jahr 2013 mit 26.582 ha das größte Weinbaugebiet Deutschlands, gefolgt von der Pfalz mit 23.567 ha. Kennzeichnend für den Weinbau sind die hohe Wertschöpfung und Arbeitsintensität je ha Rebfläche. Etwa ein Drittel der Produktionsleistung der Landwirtschaft im Lande entfällt auf den Weinbau.

Rund 42 % der Betriebe in Rheinland-Pfalz haben ihren Schwerpunkt im Weinbau. Die durchschnittliche Betriebsgröße ist von 1979 bis 2012 von 2,3 auf 7,3 ha angewachsen.<sup>12</sup> Die mittlere Betriebsgröße eines Weinbaubetriebes in Rheinland-Pfalz liegt damit um zwei Drittel über dem Bundesdurchschnitt mit 4,7 ha Rebfläche. Festzuhalten ist allerdings, dass im Bundesdurchschnitt von 30 % aller Betriebe mit einer Rebfläche von mehr als 5 ha 76 % der gesamten deutschen Rebfläche bewirtschaftet werden. Gleichzeitig ist auch die Produktivität je eingesetzter Arbeitskraft gestiegen. Dies kommt in der bewirtschafteten Rebfläche je AK zum Ausdruck. So stieg die Flächenleistung je AK zwischen 1999 und 2010 in Rheinhessen von 4,0 ha auf 4,5 ha, an der Nahe von 3,2 auf 3,4 ha. In der Pfalz blieb sie mit 4,0 ha gleich und in den Steillagenweinbaugebieten „sank“ die Flächenleistung sogar von 2,0 auf 1,8 ha je AK: Diese Reduzierung der Flächenproduktivität je AK ist auf die verstärkten weinbaulichen Qualitätsmaßnahmen der Weinbaubetriebe wie Traubenteilen, Ausdünnen und Entblätterung, die im Steillagenweinbau nicht zu mechanisieren sind, zurückzuführen<sup>13</sup>.

<sup>12</sup> StaLa RLP 2013

<sup>13</sup> Quelle: Agrarstrukturerhebungen 1999 und 2010 – Bericht des Deutschen Weinbauverbandes; Intervitis / Interfructa, 61. Deutscher Weinbaukongress 2013

Der in den 1990er Jahren in Folge des Rotweinbooms und besonders in Folge der Nachfrage nach Dornfelder gestiegene Anteil an der mit roten Rebsorten bepflanzten Fläche auf ca. 19.591 (2013) ha hat sich auf diesem Niveau eingependelt.

Die Wein ausbauenden Betriebe und Kellereien in Rheinland-Pfalz erzeugten aus der Traubenernte des Jahres 2013 knapp 5,58 Mio. hl Wein. Das stellt nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Bad Ems gegenüber der Vorjahresmenge von 5,98 Mio. hl eine Abnahme von 400.000 hl (6,7 %) dar. Die Weinerzeugung blieb wiederum unter dem zehnjährigen Durchschnitt von knapp 6,2 Mio. hl. Für den Ausbau zu Qualitätsweinen sind rund zwei Drittel der Ernte vorgesehen, der Rest des Mostes wird zu Prädikatsweinen - wie Spät- und Auslesen- verarbeitet. Von der gesamten Weinerzeugung entfielen knapp 65 % auf Weißweine.

### **Einkommenssituation und Eigenkapitalbildung der Weinbaubetriebe in Deutschland**

Gute Wirtschaftsergebnisse hat erneut der Weinbau zu vermelden. Im Durchschnitt der **Weinbaubetriebe** stiegen die Einkommen je AK im WJ 2012/13 um 8,7 % von 27.227 € auf knapp 30 000 €. Der Gewinn je Unternehmen stieg um 8 % und erreichte damit 66.872 € gegenüber 61.912 € im Vorjahr. In den jeweiligen Vermarktungsformen verlief die Entwicklung uneinheitlich. Die Ertragslage der Winzergenossenschaftsbetriebe hat sich infolge gesteigerter Umsatzerlöse für Keltertrauben und Maische weiter deutlich verbessert. Im Durchschnitt dieser Betriebsgruppe kam es zu einem Anstieg der Einkommen je AK um 22,5 %. Insgesamt zufriedenstellend verlief das WJ 2012/13 auch für die Betriebe mit Fassweinvermarktung. Leichte Einbußen beim Fasswein konnten durch Zuwächse der anderen Produktbereiche kompensiert werden. Dies führte zu einer Verbesserung der Einkommenssituation um 10,8 %. Für die Flaschenweinbetriebe gestaltete sich das WJ 2012/13 zunehmend schwieriger. Im Durchschnitt kam es noch zu einem leichten Anstieg des Gewinns plus Personalaufwand je Arbeitskraft um 1 %. Der Anteil der EU-Direktzahlungen in Deutschland betrug durchschnittlich 2.119 €/Unternehmen. Dies entspricht ca. 3 % des Unternehmensgewinns.<sup>14</sup>

### **Einkommenssituation und Eigenkapitalbildung der Weinbaubetriebe in Rheinland-Pfalz**

Die auf den **Weinbau** ausgerichteten Dauerkulturbetriebe verzeichneten erneut eine weitere Verbesserung ihres Unternehmensergebnisses (Gewinn je Unternehmen) von 70.399 € auf 75.285 € (+ 6,9 %). Das Einkommen (Gewinn plus Personalaufwand) stieg von 28.254 € auf 30.752 € (+ 8 %). Der Anteil der EU-Direktzahlungen in Rheinland-Pfalz betrug durchschnittlich 17.248 €/Unternehmen. Dies entspricht ca. 2,3 % des Unternehmensgewinns.<sup>15</sup>

<sup>14</sup> Grundlage der Berechnung auf Bundesebene bilden Direktzahlungen €/Unternehmen bezogen auf Gewinn/Unternehmen (vgl. Übersicht im Anhang)

<sup>15</sup> Grundlage der Berechnung auf Landesebene bilden die Buchführungsergebnisse des Testbetriebsnetzes LF/Betrieb und Betriebsprämie bezogen auf Gewinn  
Entsprechend dieser Merkmale wurden auch die übrigen Betriebsformen berechnet

## Ausblick

### Weinbau voraussichtlich mit Einbußen

Die feucht-nasse Witterung im Frühherbst 2013 und regionale Hagelschäden sorgten für eine um 6 % geringere Erntemenge als im Vorjahr. Gleichzeitig erhöht sich der Aufwand in der Außen- und in der Innenwirtschaft. Fasswein- und Flaschenweinpreise müssen noch deutlich zulegen, soll ein ähnlich gutes Ergebnis wie 2012/13 erzielt werden.

Geringere Ernte, gestiegene Kosten und kaum höhere Preise führen in der Summe dazu, dass die Weinbaubetriebe 2013/14 erstmals seit Jahren – wahrscheinlich – rückläufige Unternehmensergebnisse verzeichnen werden. Ähnlich exakte Voraussagen wie im Ackerbau sind im Weinbau auf Grund der großen Bedeutung von erheblichen Lagerbeständen -von Anbaugebiet zu Anbaugebiet allerdings unterschiedlich- aus den Vorjahren nicht möglich.

## **2.2.3 Entwicklung des Obstbaus**

### Einkommenssituation und Eigenkapitalbildung der Obstbaubetriebe in Deutschland

Ein besonders gutes Jahr war das WJ 2012/13 für die **Obstbaubetriebe**. Trotz der höheren Erntemenge 2012 – insbesondere die der Äpfel, der mit Abstand umsatzstärksten Obstart – gaben die Erzeugerpreise nicht nach. Dies führte im Durchschnitt der Obstbaubetriebe zu einem Anstieg der Einkommen je AK um rund 39 % von 22.179 € auf 30.890 €. Die Unternehmensgewinne stiegen sogar um mehr als 80 % von 44.310 € auf 80.715 €.

Der Anteil der EU-Direktzahlungen in Deutschland betrug durchschnittlich 3.481 €/Unternehmen. Dies entspricht ca. 2,3 % des Unternehmensgewinns.

## **2.2.4 Entwicklung des Ackerbaus**

### **2.2.4.1 Getreidemarkt**

Nach Schätzungen der FAO hat die Weltgetreideproduktion 2013 mit 2,479 Mrd. t. einen historischen Höchststand erreicht und die Ernte 2012 um 7 % überschritten.

Durch die auch in Deutschland umfangreiche und qualitativ hochwertige Getreideernte fiel der Preisknick während der Ernte 2013 deutlicher aus als in den Vorjahren. Von Mai bis August büßte der **Brotweizenpreis** wegen des Mengendrucks mehr als ein Viertel ein. Die rege Nachfrage ab Herbst 2013 sorgte bis Jahresende für einen stetigen Preisanstieg bei Brotgetreide, der auch von der Aufwärtsbewegung am Weltmarkt unterstützt wurde.





Abbildung 5: Preisentwicklung für Brotgetreide in Deutschland 2011 – 2013

Die **Braugerstenpreise** konnten sich während der Ernte 2013 nach oben absetzen. Das begrenzte Angebot erzielte einen Aufschlag von über 20 EUR/t. Im weiteren Jahresverlauf tendierten die Braugerstenpreise jedoch schwächer, da es an Nachfrage mangelte.

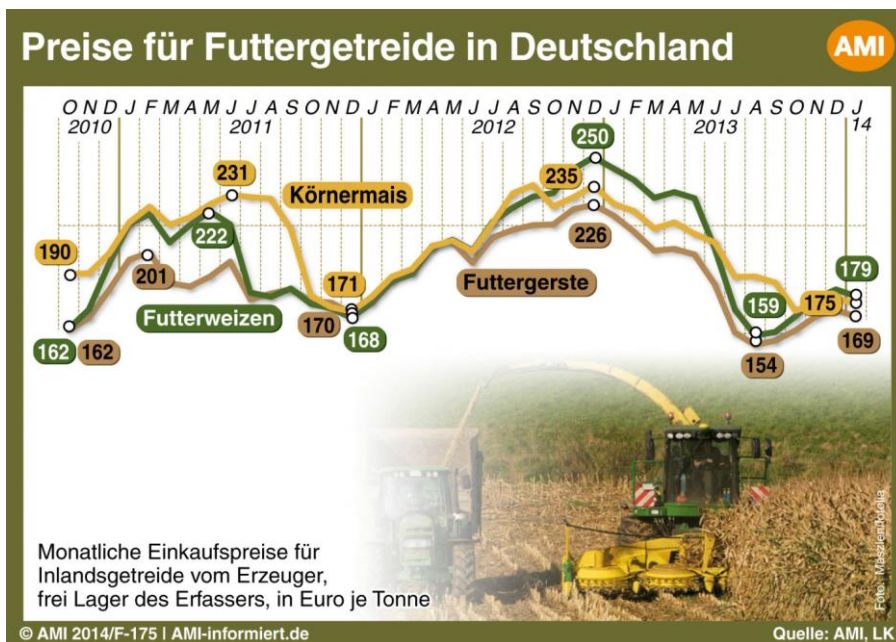


Abbildung 6: Preisentwicklung für Futtergetreide in Deutschland 2011 – 2013

Die **Futtergetreidepreise** verliefen mit einem Abstand von rund 40 € etwa parallel zum Brotgetreidepreis. Nach dem kräftigen Preiseinbruch zur Ernte 2013 konnten sie sich zum Herbst hin wieder erholen, angetrieben von unerwartet lebhafter Nachfrage aus dem Ausland und auch den inländischen Mischfutterherstellern. Dabei sorgte allerdings das im 4. Quartal 2013 zunehmende Importangebot an Mais für eine Anpassung der Preise. Seit Dezember 2013

hat sich das Getreidegeschäft spürbar abgekühlt, so dass sich die Preise nicht halten konnten.

### 2.2.4.2 Ölsaatenmarkt

Die reichliche Versorgung mit Raps in Deutschland, höhere Rapserten in der EU und eine komfortablere globale Sojaversorgung drückten die Rapspreise 2013 nach unten. Sie lagen im August 2013 rund 30 % unter Vorjahreslinie. Die Erzeugerpreise lagen durchschnittlich 2013 bei 336 EUR/t, im Vorjahr 477 EUR/t. Allerdings hatte ein Großteil der Erzeuger bereits im Vorfeld ihren Raps der Ernte 2013 vermarktet. Die vergleichsweise hohen Rapspreise nach der Ernte 2012 führten dazu, dass bereits im September/Oktober 2012 die Erzeuger 10 bis 15 % ihrer zu erwartenden Ernte 2013 vertraglich gebunden hatten. Im Schnitt wurden dafür über 450 EUR/t erzielt. Folglich fiel die Abgabebereitschaft nach der Ernte 2013 bei Geboten unter 350 EUR/t sehr verhalten aus. Erst im November 2013 wurden wieder nennenswerte Mengen abgegeben, als sich die Preise spürbar nach oben bewegten.

Überschattet wurde der Rapshandel im Jahr 2013 durch die neuen Auflagen hinsichtlich der Nachhaltigkeitsanforderungen der deutschen Ölmühlen, die bevorzugt EU-zertifizierten Raps suchten.

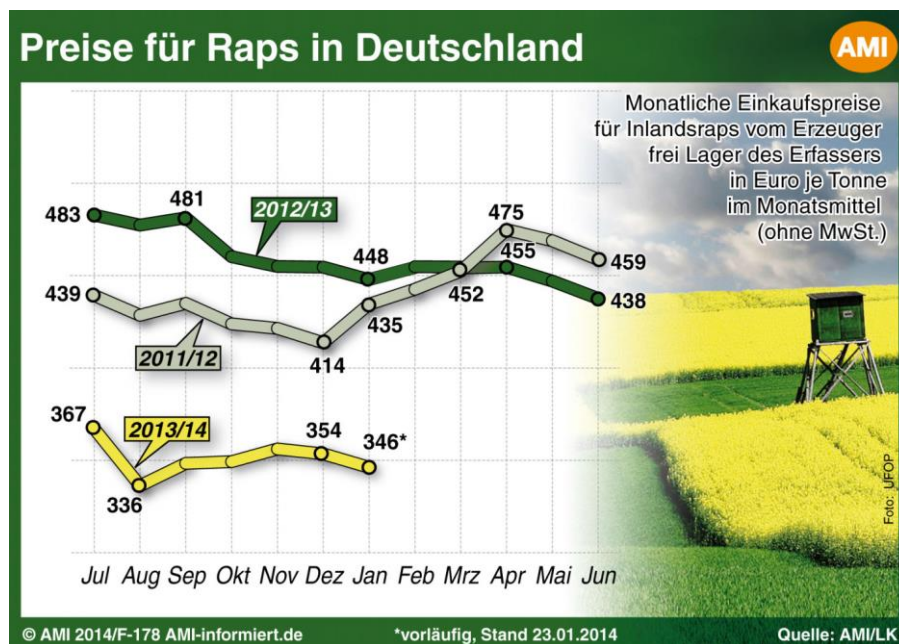


Abbildung 7: Preisentwicklung für Raps in Deutschland in den Wirtschaftsjahren 2011/ und 2012/13 sowie 2013/14 (Juli bis Januar)

### 2.2.4.3 Zuckermarkt

Die FAO schätzt die weltweite Zuckerproduktion für 2013/2014 auf 180,2 Mio. t. Zucker. Damit steigt die Erzeugung im vierten Jahr in Folge stärker als die Nachfrage, der Weltzuckermarkt bleibt weiterhin volatil.

Der heimische Zuckerrübenenertrag lag in 2013 mit 67,4 t/ha knapp 5 % unter dem Ertrag von 2012 (71,3 t/ha). Da gleichzeitig die Anbaufläche um 14 % verringert wurde und die Rüben

einen geringeren Zuckergehalt aufwiesen, verringerte sich die heimische Zuckerproduktion um 18 % auf 3,6 Mio. t.

Der EU-Zuckermarkt zeigt sich nach wie vor fast vollständig vom Weltmarkt abgekoppelter Markt. Das Ziel einer stärkeren Einbindung des EU-Marktes in den Weltmarkt ist - bisher zumindest - nur sehr unbefriedigend gelungen.

Die Landesregierung unterstützt daher das Projekt „Zukunft Zuckerrübe“, in dem Empfehlungen für einen möglichst umweltschonenden und gleichzeitig wirtschaftlichen Zuckerrübenanbau in Rheinland-Pfalz erarbeitet werden.

### **Einkommenssituation und Eigenkapitalbildung der Ackerbaubetriebe in Deutschland**

In den **Ackerbaubetrieben** stiegen das Einkommen je AK im Wirtschaftsjahr 2012/13 deutlich um 45,4 % von 41.063 € auf 59.703 € und der Gewinn je Unternehmen um 58,2 % von 70.665 € auf 111.766 € an. Grund waren sowohl höhere Erntemengen als auch verbesserte Preise bei fast allen pflanzlichen Produkten. Die Ausgaben für Saatgut, Dünger, Pflanzenschutz und Energie stiegen dabei vergleichsweise wenig. Der Anteil der EU-Direktzahlungen in Deutschland betrug durchschnittlich 44.180 €/Unternehmen. Dies entspricht ca. 40,7 % des Unternehmensgewinns.

### **Einkommenssituation und Eigenkapitalbildung der Ackerbaubetriebe in Rheinland-Pfalz**

Die **Ackerbaubetriebe** in Rheinland-Pfalz haben sich wieder erholt: Nach dem schlechten Ergebnis vom vorausgegangenen Wirtschaftsjahr mit 47.552 € konnten sie sich auf 75.376 € Unternehmensgewinn verbessern. Dies bedeutet einen Zuwachs von 58 %! Das Einkommen pro AK stieg von 26.943 € auf 39.275 € (+ 46 %). Der Anteil der EU-Direktzahlungen in Rheinland-Pfalz betrug durchschnittlich 30.745 €/Unternehmen. Dies entspricht ca. 40 % des Unternehmensgewinns.

### **Ausblick**

#### **Ernte 2013 mit durchmischten Ergebnissen**

Ist der Mai kühl und nass, füllt es dem Bauern Scheun´ und Fass. Diese alte Bauernregel traf für die Winterungen, also für Getreide und Raps, weitgehend zu. Der Getreideertrag nahm je Ha in einer Spanne von 9 bis zu 17 % zu. Raps brachte auch höhere Zuwächse. Diese bewegen sich in einer Spanne von 6 bis zu 30 %. Den Sommerungen, speziell den Hackfrüchten, war die Vegetationsperiode 2013 offensichtlich weniger zuträglich. Das herausragende Vorjahresergebnis bei Zuckerrüben konnte nicht gehalten werden. Der Ertrag gab in einer Bandbreite von 1 bis 13 % nach. Bei Kartoffeln gingen die Erträge mit 2 bis 9 % zurück. Kurzum: Die Hackfrüchte brachten nur leicht durchschnittliche Ernteergebnisse.

#### **Preiseinbrüche bis auf Kartoffeln**

Die Preise für Getreide, Raps und Zuckerrüben gaben auf breiter Front nach. Bei Getreide (-25 %) und Raps (-24 %) erklärt sich dies durch die gestiegenen Ha-Erträge bei gleichzeitiger Flächenausdehnung, so dass eine Überversorgung der Binnenmärkte gegeben war. Bei Zucker stehen die internationalen Märkte durch ein hohes Angebot unter Druck. Dies schlägt

auf den nationalen Zuckermarkt nachteilig durch. Alles in allem ergeben sich eher mäßige Preise.

Bei den Kartoffeln zeigen sich zwei Seiten einer Münze. Die Erzeuger freier Ware können Preiszuwächse zwischen 20 und 50 % realisieren. Die Bauern mit einem Vertragsanbau können keineswegs höhere Erlöse generieren, als vertraglich vereinbart wurde. Vielmehr ist es so, dass diese Bauern Probleme mit der Ertragserfüllung bekommen, da sie nicht immer in der Lage waren, die vereinbarten Mengen zu liefern.

#### Ackerbau fällt weich

Das sehr erfreuliche Vorjahresergebnis kann nicht gehalten werden. Die negativen Preisefekte schlagen deutlich stärker auf das Unternehmensergebnis durch als die positiven Mengeneffekte. Einnahmen-Verluste aus Getreide und Raps gegenüber dem Vorjahr sind die Folge. Mehreinnahmen für Kartoffeln einerseits und Mindereinnahmen für Zuckerrüben andererseits heben sich in etwa gegenseitig auf. So geben die Unternehmensergebnisse um überwiegend 15 % nach. Die (Brutto-) Gewinne werden je nach Betriebsgröße absolute Werte zwischen rund 64.000 und rund 100.000 EUR erreichen und damit dennoch den Durchschnittswert der zurückliegenden fünf Jahre deutlich überbieten.

### **2.2.5 Entwicklung des Milchmarktes**

Die Volatilität der Milcherzeugerpreise hat sich mit zunehmender Deregulierung des Milchmarktes seit 2006 verstärkt. Dennoch kann festgestellt werden, dass im vergangenen 7-Jahreszeitraum die Erzeugerpreise überwiegend die 30-Cent-Marke überschritten hatten.

In 2013 konnten die Milcherzeuger mit einem Erzeugerpreis von durchschnittlich 37,69 Cent/kg für konventionelle Standardanlieferungsmilch mit 4,0 % Eiweiß und 3,4 % Fett ein Rekordergebnis erzielen, das 5,7 Cent/kg bzw. 17,8% über dem Vergleichswert 2012 lag. Selbst die Spitzenergebnisse in 2007, 2008 und 2011 wurden um mehr als 3 Cent/kg übertroffen. Neben den Erlös- haben sich auch die wesentlichsten Kostenpositionen in 2013 zu Gunsten der Milcherzeuger entwickelt. Vor allem bei Milchleistungsfutter gaben die Preise von Dezember 2012 bis Dezember 2013 um 15 % und bei Getreide sogar um 25 % nach. Trotz der Erholung der Erzeugerpreise haben die Milcherzeuger in der langjährigen Betrachtung dennoch mit vergleichsweise hohen Erzeugungskosten zu kämpfen. Für 2013 ergab sich ein durchschnittlicher Überschuss (Erlös minus variable Kosten) in Höhe von 839 Euro/Kuh (Milchleistung von 8.500 kg/Jahr unterstellt). Das sind 70 % mehr als im vergangenen Jahr und entspricht in etwa dem Ergebnis des Jahres 2011, dem Höchstwert der letzten fünf Jahre.

Die positiven ökonomischen Daten haben wieder zu einer Aufstockung des Milchviehbestandes in Deutschland um 80.000 (+ 2 %) auf 4,27 Mio. Tiere und zu einem Anstieg der Milchlieferung gegenüber 2012 um rund 2,3 % auf eine Rekordmenge von 30,3 Mio. t geführt. Soviel Milch wurde in Deutschland bisher noch nicht von Molkereien erfasst. Auch in Rheinland-Pfalz sind die Milchviehbestände von 2012 bis 2013 um 2,3 % auf 119.000 Kühe gewachsen. Die Zahl der Milchviehhalter blieb bei 2.300 konstant, so dass heute etwa 52 Milchkühe je Betrieb gehalten werden. Dies entspricht in etwa dem Bundesdurchschnitt.

Tendenziell folgten die rheinland-pfälzischen Genossenschaftsmolkereien der erfreulichen Milcherzeugerpreisentwicklung in den letzten fünf Jahren. Sie verloren jedoch ihre dominie-



rende Stellung, die sie über ein Viertel Jahrhundert hinweg mit weit überdurchschnittlichen Auszahlungspreisen auf Bundesebene innehatten. Nach dem drastischen Erzeugerpreisabsturz in 2009 auf ein historisches Tief von 24,37 Cent/kg erholten sich die Erlöse für die heimischen Milcherzeuger nur noch unterdurchschnittlich und bewegten sich zeitweise mit 1 Cent/kg unter dem Bundesmittelwert.

Der nun schon im fünften Jahr unterdurchschnittliche Milchzahlungspreis in Rheinland-Pfalz dürfte in erster Linie auf den hohen Spezialisierungsgrad und die begrenzte Produktpalette der Molkereien zurückzuführen sein. Die heimischen Unternehmen stellen vor allem die weiße Linie her (z. B. H-Produkte, Trinkmilch, Kaffeesahne etc.), bei denen aufgrund rückläufiger Nachfrage nicht die erwünschten Preiskonditionen in den Kontrakten mit dem Lebensmitteleinzelhandel durchzusetzen waren.

Die vergleichsweise guten Erzeugerpreise in den beiden letzten Jahren haben auf Gemeinschafts- und nationaler Ebene die Milchproduktion stimuliert, so dass in Deutschland die nationale Quote im dritten Jahr in Folge und zwar deutlich mit voraussichtlich annähernd 2% überliefert wurde. Aufgrund des global steigenden Milchangebots, ist zu befürchten, dass der Milchmarkt in ein Übermengen bedingtes Ungleichgewicht gerät, mit der Folge, dass die auf ein bislang nicht erreichtes Niveau gestiegenen Milcherzeugerpreise erneut unter Druck geraten könnten. Erste Anzeichen dafür sind im ersten Quartal 2014 mit fallenden Preisen auf dem Spotmarkt für Milch, Preissenkungen für Milch und Milchprodukte im Lebensmitteleinzelhandel und fallendem lfe- Erzeugerpreis (Verwertung der Rohmilch ausschließlich über Butter und Magermilchpulver) erkennbar.

### **Einkommenssituation und Eigenkapitalbildung der Milchviehbetriebe in Deutschland**

Die Milchviehbetriebe konnten im Wirtschaftsjahr 2012/13 noch nicht an der positiven Entwicklung der übrigen Betriebsformen partizipieren, wie die nachfolgende Grafik verdeutlicht. Sie hatten im Gegensatz zu den übrigen Betriebsformen deutliche Einkommensrückgänge von über 10 v. H. hinzunehmen.



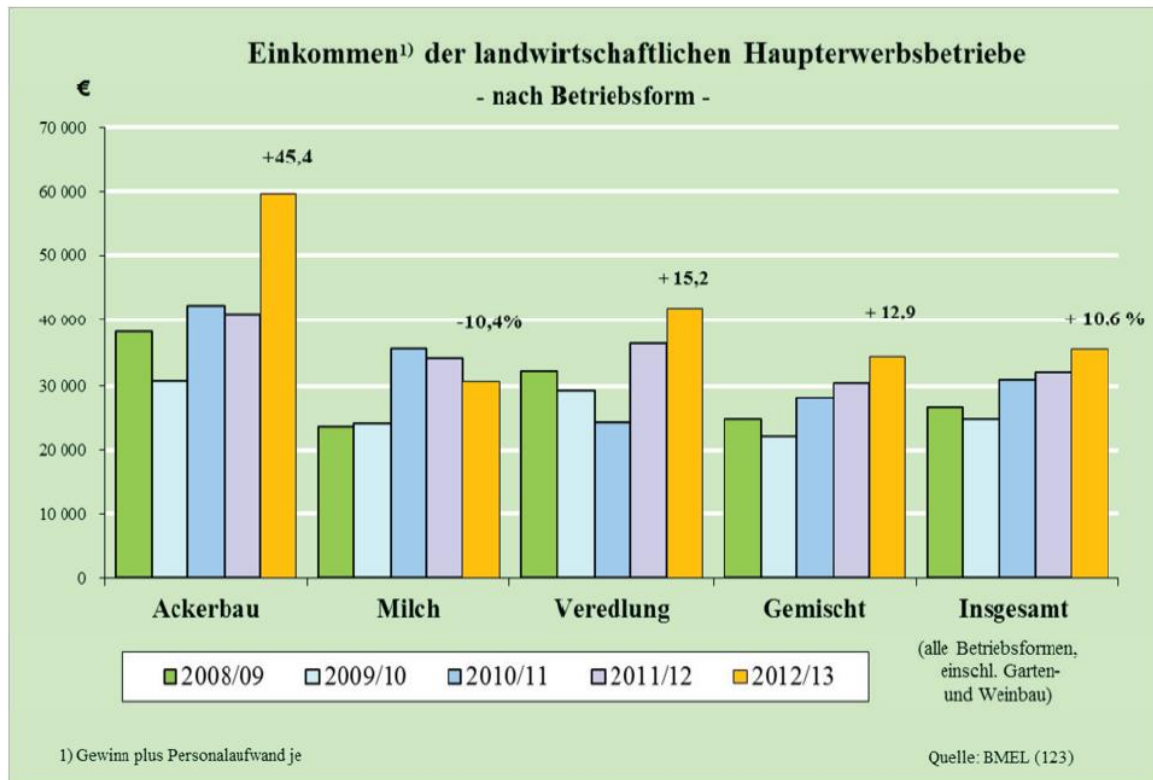


Abb.8 : Einkommen aufgeschlüsselt nach Betriebsform

Negativ wirkten sich hauptsächlich die gestiegenen Aufwendungen für Futtermittel, Tierzukaufe und die geringeren Milcherlöse aus. Von diesen Negativfaktoren waren insbesondere die **Milchvieh haltenden Futterbaubetriebe** betroffen.

Mit rund 30.700 € Gewinn plus Personalaufwand je AK lagen die Einkommen der **Milchviehbetriebe** um 10,4 % unter dem Vorjahr (34.225 €) und erreichten damit nicht den Durchschnittswert aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland. Der Unternehmensgewinn sank um 12 % von 55.191 € auf 48.561 €. Der Auszahlungspreis für Milch lag zwar mit 34,3 Ct/kg im Durchschnitt des Wirtschaftsjahres 2012/13 nur leicht unter dem des Vorjahres, führte aber in Verbindung mit deutlich gestiegenen Vorleistungen – vor allem bei den Futtermittelkosten infolge weniger und qualitativ schlechteren Grundfutters - zu einem spürbaren Rückgang der Betriebsergebnisse. Im laufenden Wirtschaftsjahr 2013/14 dürfte dieser Einkommensrückgang wegen (bisher) unerwartet hoher Milchpreise (mehr als 40 Ct/kg seit Oktober 2013) und gesunkener Mischfutterkosten mehr als wettgemacht werden. Der Anteil der EU-Direktzahlungen in Deutschland betrug durchschnittlich 21.103 €/Unternehmen. Dies entspricht ca. 54,7 % des Unternehmensgewinns.

### Einkommenssituation und Eigenkapitalbildung der Milchviehbetriebe in Rheinland-Pfalz

Die Unternehmensgewinne auf **Milchvieh** spezialisierter Futterbaubetriebe sanken – ähnlich wie im Bundesdurchschnitt bei gleichen Ursachen - von 53.829 € auf 48.713 € (- 10 %). Das Einkommen je AK sank ebenso von 30.920 € auf 28.052 € (- 10 %). Der Anteil der EU-

Direktzahlungen in Rheinland-Pfalz betrug durchschnittlich 24.844 €/Unternehmen. Dies entspricht ca. 51 % des Unternehmensgewinns.

## **Ausblick**

### **Einkommenslage in der EU-Landwirtschaft**

Milchviehbetriebe profitieren von Milchpreisen auf Rekordniveau und von sinkenden Futterkosten. Sie werden die Gewinner des Wirtschaftsjahres 2013/14 sein.

### **Milchproduktion auf Rekordniveau**

Nach einem mäßigen Vorjahr starten die Futterbaubetriebe in bislang nicht gekannter Weise durch. Die Milchviehbetriebe profitieren von der positiven Milchentwicklung, von günstigem Futter und auch vom betrieblichen Wachstum. Die oben genannten positiven Effekte führen in Kombination dazu, dass die spezialisierten Milcherzeuger ihr Unternehmensergebnis nach Schätzungen des Verbands der Landwirtschaftskammern in einer Spanne von 36 bis 117 % verbessern können. Gängige Unternehmensergebnisse werden zwischen 70.000 und bis 120.000 EUR liegen. Noch vor wenigen Jahren waren Milchviehhalter zufrieden, wenn sie eine Nettorentabilität von 80 % erreichten. Nun sehen die Landwirtschaftskammern im Durchschnitt 110 bis 130 % Faktorvergütung voraus.

Derzeit importiert China Milch und Milchprodukte in beachtlichem Umfang. In diesem Fahrwasser stieg der Milchpreis seit dem Sommer 2013 weiter an. Im Zeitraum Mai bis Oktober 2013 lag er zwischen 6 bis 10 Cent über dem Vorjahresniveau. Für die Vorschätzung rechnen die Landwirtschaftskammern mit einem Jahresdurchschnittspreis von dicht unter 40 Cent je kg (netto). Damit wird ein Preiszuwachs für das ganze Wirtschaftsjahr 2013/14 von 18 bis 24 % prognostiziert. Dennoch spielen gerade auf dem Milchmarkt preisbedingte Unsicherheiten eine große Rolle, die sich nach dem Auslaufen der Milchquotenregelung zum 31.03.2015 voraussichtlich noch verstärken können. Sondereinflüsse wie der aktuelle Agrarimportstopp Russlands seit dem 6. August 2014 tragen zusätzlich zur Unsicherheit bei und unterstreichen die Forderungen nach wirksamen Kriseninstrumenten einerseits und der besonderen Mitverantwortung der Milcherzeuger, ihren Teil zur Stabilität der Erzeugerpreise beizutragen.

## **2.2.6 Entwicklung des sonstigen Futterbaus**

### **2.2.6.1 Entwicklung des Rindfleischmarktes**

Der Rindfleischverzehr je Kopf ging in Deutschland von 2012 auf 2013 um rund 200 g auf 8,9 kg zurück. Die Umsetzung der EU-Agrarreform 2003 (Entkopplung der Transferzahlungen von der Erzeugung) führte zu einem deutlichen Rückgang der Rindfleischerzeugung bis heute (-10%). In 2013 umfasste die Bruttoeigenerzeugung 1,136 Mio. t und deckte somit 109% der inländischen Nachfrage ab. Der durchschnittliche Erzeugerpreis für die Hauptkategorie Jungbullen der Handelsklasse R3 erreichte 2013 3,77 €/kg Schlachtgewicht und lag somit um annähernd 0,23 €/kg (-3%) unter dem Vergleichswert von 2012. Die Erzeugerpreissituation bei Jungbullen ist in Rheinland-Pfalz mit der auf Bundesebene vergleichbar. In Rheinland-Pfalz gibt es wenige Betriebe, die ihren Schwerpunkt auf die Rindfleischerzeugung ausgerichtet haben. Vielmehr ist die heimische Rindfleischproduktion ein Koppelprodukt der Milcherzeugung (Selektionstiere aus der Färsenaufzucht und abgängige Milchkühe). Daher

haben die Schlachtkuhpreise für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft eine einkommenswirksamere Bedeutung. Die Schlachtgewichtspreise der Kühe in der Handelsklasse O3 fielen in Rheinland-Pfalz von 2012 auf 2013 um 0,15 €/kg auf 3,01 €/kg (-5%). Dies entspricht einem Marktleistungsrückgang von rd. 46 €/Schlachtkuh in 2013 gegenüber dem Vorjahr. Im Bundesdurchschnitt zahlten die Schlachtunternehmen rd. 0,07€/kg Schlachtgewicht mehr aus als in Rheinland-Pfalz. Dies dürfte in erster Linie auf die ungünstigen Vermarktungsstrukturen in Rheinland-Pfalz zurückzuführen sein, denn die Schlachtierqualitäten sind mit denen auf Bundesebene vergleichbar.

Die Zahl der Rinderschlachtungen in Rheinland-Pfalz ist 2013 gegenüber dem Vorjahr um fast 6.000 Stück (-7%) auf 74.400 zurückgegangen. Der Trend der letzten Jahre wird damit fortgesetzt. Das verschärft das Problem der Kapazitätsauslastung in den heimischen Schlachtstätten, die nach wie vor im Durchschnitt suboptimal ausgelastet werden. Die unzureichende Kapazitätsauslastung und die vergleichsweise hohen Gebühren für die Schlachtier- und Fleischschau sowie Tierkörper- und Schlachtabfallbeseitigung belasten die Vermarktungskosten, was sich aufgrund der interregionalen und intrasektoralen Wettbewerbsverhältnisse auf dem Rindfleischmarkt negativ auf die Erlössituation der Rindfleischerzeuger in Rheinland-Pfalz auswirken kann.

### **Einkommenssituation und Eigenkapitalbildung der sonstigen Futterbaubetriebe in Deutschland**

Etwas günstiger verlief das WJ 2012/13 für die **sonstigen Futterbaubetriebe** in Deutschland. Diese Betriebsgruppe hat ihren Schwerpunkt in der Rindermast und Rinderaufzucht. Die Milcherzeugung hat nur eine untergeordnete Bedeutung. Auch hier war die Kostensteigerung für Futter und Tierzukäufe deutlich spürbar. Der Mehraufwand konnte jedoch durch höhere Einnahmen beim Viehverkauf und den verbesserten Erlösen aus der Pflanzenproduktion mehr als ausgeglichen werden. Unter dem Strich kam es je Arbeitskraft zu einer geringen Einkommenserhöhung von 1,4 % (von 27.503 € auf 27.899 €). Die Unternehmensgewinne stiegen um 1,6 % (von 40.113 € auf 40.756 €). Der Anteil der EU-Direktzahlungen in Deutschland betrug durchschnittlich 26.839 €/Unternehmen. Dies entspricht ca. 81,9 % des Unternehmensgewinns.

### **Einkommenssituation und Eigenkapitalbildung der sonstigen Futterbaubetriebe in Rheinland-Pfalz**

Die Betriebe mit **sonstigem Futterbau** in Rheinland-Pfalz verzeichnen nur einen Gewinn von 21.831 € gegenüber 22.128 € im Vorjahr. Das Einkommen sank ebenfalls von 12.141 € auf 11.577 € (- 5 %); in dieser Betriebsform gab es somit entgegen dem bundesweiten Durchschnitt keine positive Entwicklung.

Durch das kalte und nasse Frühjahr kam der Futterbau – vor allem im Südwesten – in Schwierigkeiten. Viele Futterflächen waren so durchweicht, dass sie lange nicht befahren werden konnten. Teilweise musste der erste Schnitt ausfallen, teilweise ergaben sich gravierende Probleme mit der Futterqualität. Vor allem im Südwesten ist Futter befriedigender Qualität im Wirtschaftsjahr 2013/14 knapp. Verschärft wird dies dadurch, dass der Mais unter dem kalten und nassen Frühjahr litt, sich erst spät entwickelte und den zurückgebliebenen Aufwuchs an Biomasse nicht mehr voll aufholen konnte. Der Anteil der EU-Direktzahlungen

in Rheinland-Pfalz betrug durchschnittlich 33.109 €/Unternehmen. Dies entspricht ca. 151 % des Unternehmensgewinns.

### **Ausblick**

Nach einem mehrjährigen Aufwärtstrend für Rindfleisch wird dieser durch einen Preiseinbruch gestoppt. Gleichwohl zeigen sich nun schon wieder leichte Erholungstendenzen am Markt. Die Erzeugerpreise werden voraussichtlich über das gesamte Wirtschaftsjahr gesehen, um 7 bis 8 % nachgeben werden. Dementsprechend sind niedrigere Erlöse bei Schlachtkühen und Bullen die Folge.

Jedoch gibt es kaum eine Regel ohne Ausnahme: Vor dem Hintergrund des erfreulichen Milchpreises versuchen die Milchviehalter ihre Produktion auszuweiten. Deshalb sind Zuchtfärsen und Milchkühe gefragt und teuer.

Ganz anders sieht es bei den Bullenmästern und bei den Mutterkuhhaltern aus. Sinkende Fleischpreise und geringere Beihilfen belasten die Wirtschaftlichkeit stark und führen – nach stabilen Vorjahren – zu einem unbefriedigenden Ergebnis. Vorherzusehen ist, dass nicht einmal die Lebenshaltungskosten der Betriebsleiterfamilie aus den Betriebseinkommen gedeckt werden können.

## **2.2.7 Entwicklung der Gemischtbetriebe**

### **Einkommenssituation und Eigenkapitalbildung der Gemischtbetriebe in Deutschland**

Im Durchschnitt der Gruppe der nicht spezialisierten **Gemischtbetriebe** verlief die Entwicklung der Einkommen je AK und der Unternehmensgewinne ebenfalls positiv. In diesen Betrieben gibt es kein absolut dominierendes Produktionsverfahren, sondern nur Schwerpunkte in der Bewirtschaftung. Ausschlaggebend für den Zuwachs von 12,9 % beim Einkommen (von 30.467 € auf 34.386 €) und 14,6 % beim Gewinn je Unternehmen (von 50.159 € auf 57.476 €) war insbesondere die positive Marktentwicklung beim Verkauf von pflanzlichen Produkten. Der Anteil der EU-Direktzahlungen in Deutschland betrug durchschnittlich 26.613 €/Unternehmen. Dies entspricht ca. 51,3 % des Unternehmensgewinns.

### **Einkommenssituation und Eigenkapitalbildung der Gemischtbetriebe in Rheinland-Pfalz**

**Gemischtbetriebe** haben ihren Gewinn von 46.353 € auf 55.245 € gesteigert (+ 19 %). Das Einkommen je AK stieg um 15 % von 21.582 € auf 24.874 €. Der Anteil der EU-Direktzahlungen in Rheinland-Pfalz betrug durchschnittlich 26.083 €/Unternehmen. Dies entspricht ca. 47 % des Unternehmensgewinns.

## **2.2.8 Entwicklung der Veredlungsbetriebe**

### **2.2.8.1 Entwicklung des Schlachtschweinemarktes**

In Deutschland ist der Pro-Kopf-Verzehr an Schweinefleisch in 2013 im Vergleich zum Vorjahr um rund 0,6 kg auf 38,1 kg gesunken. Bei leicht gefallener Bruttoeigenerzeugung an Schweinefleisch auf rund 5 Mio.t stieg der Selbstversorgungsgrad aufgrund des deutlichen

Rückgangs des Verzehrs auf annähernd 118 % (117 % in 2012). Der Erzeugerpreis je kg Schlachtgewicht erreichte 2013 im Mittel aller Handelsklassen 1,70 €/kg. Damit lag er auf gleichem Niveau wie 2012 aber gut 0,16 €/kg über dem Mittel der letzten sechs Jahre. In Rheinland-Pfalz lagen die Vergleichswerte noch um 0,03 €/kg höher als im Bundesdurchschnitt. Trotz des vergleichsweise guten Schlachtgewichtspreises hat sich die Bruttomarge (Erlös minus Aufwand - Futter und Ferkel -) in den vergangenen sechs Jahren zwischen 0,14 und 0,16 €/ Schlachtgewicht relativ konstant gehalten.

Der rheinland-pfälzische Schweinebestand hat in 2013 mit rund 205.000 Tieren ein historisches Tief erreicht (- 5 % gegenüber 2012). Die Schweineschlachtungen erreichten 2013 ca. 1,14 Mio. Stück. Darunter befanden sich nur ca. 1.700 (0,1 %) Hausschlachtungen. Die Hausschlachtungen sind in den letzten Jahren im Wesentlichen aus Kostengründen rückläufig. Die Zahl der Schlachtungen in den meldepflichtigen Betrieben (Betriebe mit mehr als durchschnittlich 200 Schweineschlachtungen/Woche) ist um weitere ca. 24.000 Stück auf etwa 1,02 Mio. Stück. Ihr Anteil steigt kontinuierlich und macht rund 89 % der Schweineschlachtungen aus. Diese Unternehmen haben das stark rückläufige heimische Schlachtschweineangebot durch überregionale Zufuhren überkompensiert, um ihre im Durchschnitt unzureichend genutzten Schlachtkapazitäten besser auszulasten.

### **Einkommenssituation und Eigenkapitalbildung der Veredlungsbetriebe in Deutschland**

Mit dem Wirtschaftsjahr 2012/13 verzeichneten die **Veredlungsbetriebe** (Schweine- und Geflügelhaltung) zum zweiten Mal in Folge einen deutlichen Anstieg ihres Einkommens von 36.440 € auf 41.975 € (+ 15,2 %) und des Gewinns von 59.895 auf 68.550 € (+ 14,4 %). Gute Bedingungen auf dem Markt für Mastschweine und Ferkel waren hierfür ausschlaggebend. Der Anteil der EU-Direktzahlungen in Deutschland betrug durchschnittlich 19.266 €/Unternehmen. Dies entspricht ca. 31,8 % des Unternehmensgewinns.

### **Einkommenssituation und Eigenkapitalbildung der Veredlungsbetriebe in Rheinland-Pfalz**

Bei den **Veredlungsbetrieben** verbesserte sich das Unternehmensergebnis von 50.084 € auf 59.028 € (+ 17 %). Das Einkommen pro AK stieg nur gering von 25.666 € auf 26.574 € (+ 3,5 %). Der Anteil der EU-Direktzahlungen in Rheinland-Pfalz betrug durchschnittlich 19.672 €/Unternehmen. Dies entspricht ca. 33 % des Unternehmensgewinns.

### **Ausblick**

Steigende Ferkelerlöse bei rückläufigen Futtermittelpreisen verbessern die Rentabilität der Veredlungsbetriebe. Weniger erfreulich wird das Wirtschaftsjahr für die Rindermäster und für die Mutterkuhhalter ausgehen. Sinkende Rindfleischpreise und die einheitliche Flächenprämie setzen diese Betriebe unter Druck. Im Mittel aller Betriebe und Regionen sagen die Landwirtschaftskammern eine Verbesserung des Gewinns zwischen 10 % und 54 % beziehungsweise Unternehmensergebnisse zwischen 70.000 Euro und 100.000 Euro voraus; der fünfjährige Durchschnitt würde demnach um 27 % bis 87 % übertroffen. Die prognostizierte Nettoertragsfähigkeit werde 2013/14 eine volle Entlohnung der Produktionsfaktoren und die Erzielung eines Unternehmerrückgewinns erlauben.



Ferkelpreise ziehen weiter an

Nach drei Jahren des Preisanstiegs können sich die Preise für Schweinefleisch nur schwach auf dem Vorjahresniveau halten. Anders sieht es bei den Ferkeln aus. Hinzuweisen ist darauf, dass weniger Ferkel im Angebot stehen, weil etliche kleinere Sauenhalter wegen höherer Haltungsstandards aus diesem Produktionszweig ausgeschieden sind. So legen die Preise für Ferkel im dritten Jahr in Folge leicht zu; und zwar um 2 bis 4 %.

Schweinehaltung verbessert sich weiter

Die Schweinehalter können mit einer weiter positiven Entwicklung rechnen. Allerdings ist sehr deutlich zwischen den Sauenhaltern und den Mästern zu unterscheiden. Die Fleischpreise schwächeln, Ferkel werden teurer, aber Futter wird billiger. Damit wird sich bei den Mästern eine Null-Runde im Einkommen ergeben. Demgegenüber machen die Sauenhalter einen Sprung nach vorne, denn sie profitieren von den höheren Ferkelpreisen. Im Mix beider Produktionsausrichtungen wird das Unternehmensergebnis aller Schweinehaltenden Betriebe voraussichtlich in einer Spanne zwischen 7 und 18 % ansteigen. Schweinehalter werden damit ein Betriebsergebnis erreichen, das zwischen 71.000 und 76.000 EUR rangieren dürfte. Erreicht wird eine Nettorentabilität zwischen 100 und 119 %.

**2.2.9 Entwicklung der Gartenbaubetriebe****Einkommenssituation und Eigenkapitalbildung der Gartenbaubetriebe in Deutschland**

Die Ertragslage der Betriebe des produzierenden **Gartenbaus** (Gemüse, Zierpflanzen und Baumschulen) hat sich insgesamt leicht verbessert. Das Einkommen je AK stieg um 2,5 % von 23.104 € auf 23.691 € und der Unternehmensgewinn im Durchschnitt um gut 7 % von 49.473 € auf 52.977 €. In den verschiedenen Sparten des Gartenbaus gab es sehr unterschiedliche Entwicklungen. Die Ertragslage der Betriebe mit überwiegend Gemüsebau hat sich nach dem Rückgang im letzten Jahr wieder verbessert. Das Einkommen je AK wuchs um 17 %, der Unternehmensgewinn stieg im Durchschnitt der Betriebe um gut 44 %. Die Zierpflanzenbetriebe mussten Einbußen bei den Umsatzerlösen hinnehmen. Da die betrieblichen Aufwendungen nicht in gleicher Weise gesenkt werden konnten, kam es zu einem Rückgang von 2,6 % beim Einkommen je Arbeitskraft und rd. 15 % beim Gewinn je Unternehmen. Auch für die im Rahmen der Testbetriebsbuchführung ausgewerteten Baumschulbetriebe verlief das Wirtschaftsjahr 2012/13 vergleichsweise unbefriedigend. Sie mussten einen Rückgang beim Einkommen von 3,8 % verbuchen. Der Anteil der EU-Direktzahlungen in Deutschland betrug durchschnittlich 1.600 €/Unternehmen. Dies entspricht ca. 2,4 % des Unternehmensgewinns.

**Einkommenssituation und Eigenkapitalbildung der Gartenbaubetriebe in Rheinland-Pfalz**

Die Betriebe des **Gartenbaus** erwirtschafteten einen Gewinn von 83.677 € gegenüber 69.071 € im Vorjahr (+ 21 %). Das Einkommen blieb fast gleich und liegt nun bei 21.771 € gegenüber 21.703 € im Vorjahr. Der Anteil der EU-Direktzahlungen in Rheinland-Pfalz betrug durchschnittlich 87.175 €/Unternehmen. Dies entspricht ca. 10 % des Unternehmensgewinns.

## 2.2.10 Entwicklung des Ökologischen Wein- und Landbaus

### 2.2.10.1 Entwicklung des Öko-Weinbaus

Weltweit ist ein enormer Zuwachs der ökologisch bewirtschafteten Rebfläche zu verzeichnen. In den großen weinbautreibenden Ländern Frankreich, Italien und Spanien werden mittlerweile über 230.000 ha ökologisch bewirtschaftet. Der Run auf die Umstellung ist in diesen Ländern ungebrochen.

#### Deutschland

Der ökologische Weinbau in Deutschland ist in den letzten Jahren ebenfalls stark gewachsen. Während in den Jahren 2000 – 2006 Wachstumsraten von 50 – 80 % erzielt wurden, steigt aktuell die Umstellungsfläche immer noch um ca. 10% jährlich. 2013 wurden in Deutschland 7.200 ha ökologisch bewirtschaftet. Dies entspricht einem Anteil von 7,2 % an der Rebfläche Deutschlands. Davon liegen 4.900 ha, also 68 %, in Rheinland-Pfalz, Deutschlands „Bio-Weinland Nummer 1“.

#### Rheinland-Pfalz

In der letzten Dekade wurde aufgrund der steigenden Nachfrage nach ökologischem Wein in den Anbaugebieten Rheinhessen, Pfalz, Mosel sowie Nahe, Mittelrhein und Ahr die ökologisch bewirtschaftete Anbaufläche stark ausgedehnt. Die Wachstumsrate von 2010 – 2013 beträgt für Rheinland-Pfalz 33,9 %, also ein Anstieg von 3.650 ha auf 4.900 ha. Diese ökologische Rebfläche wird von 399 Betrieben bewirtschaftet.

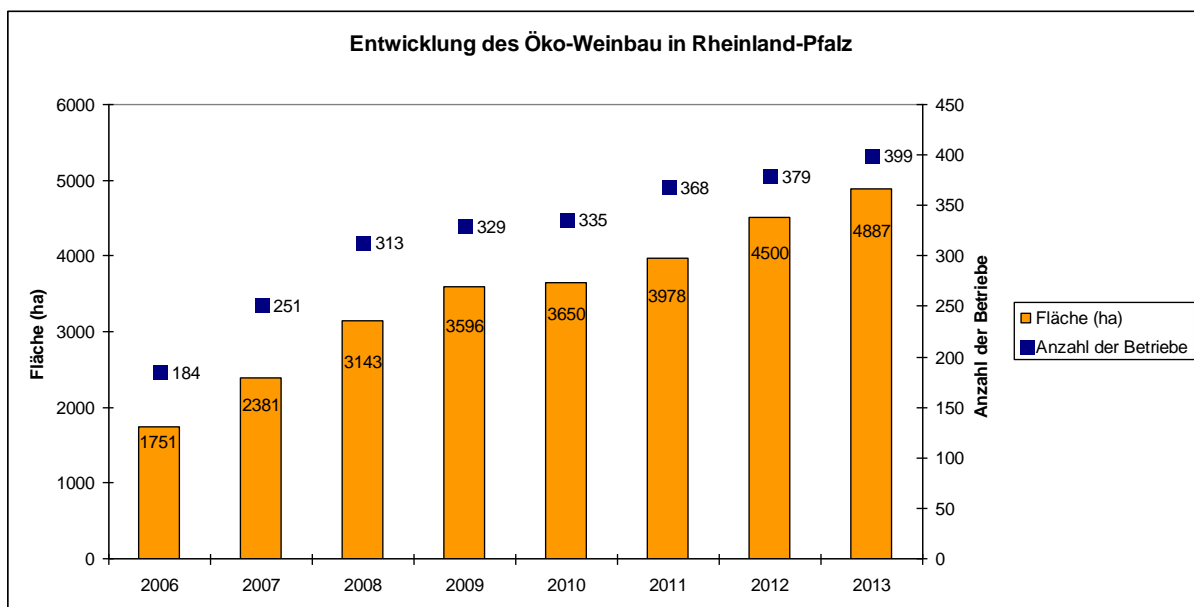


Abbildung 9: Entwicklung der Ökoweinfläche und der Betriebe in Rheinland-Pfalz  
Quelle: Beate Fader – DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück nach Daten der ADD Trier

Rheinhessen liegt mit 2.315 ha (48,8 % der Öko-Fläche und ca. 10% der Gesamtrebfläche) gefolgt von der Pfalz mit 1.800 ha deutlich an der Spitze der auf ökologischen Weinbau um-

gestellten Rebflächen in Rheinland-Pfalz. An der Mosel werden 436 ha (9 % der Öko-Fläche), an der Nahe 236 ha sowie am Mittelrhein und der Ahr zusammen 33 ha ökologischer Rebfläche bewirtschaftet.

Die Bio-Weinbau Betriebe in Rheinland-Pfalz sind organisiert bei ECOVIN (Bundesverband Ökologischer Weinbau), Bioland sowie Demeter und vereinzelt auch bei Naturland. Eine nicht unerhebliche Zahl an Betrieben unterliegt „nur“ der EU-Bio-Verordnung ohne Mitgliedschaft in einem der Bio-Verbände. Allerdings ist eine Zunahme der Mitgliedschaften zu verzeichnen. Die Betriebsgröße in Rheinland-Pfalz schwankt je nach Weinbauregion und liegt im Durchschnitt bei ca. 10 ha Rebfläche mit größtenteils Flaschenweinvermarktung. Neben den selbstvermarktenden Betrieben gibt es aber auch einen lebhaften Fasswein- und Traubenmarkt mit vertraglicher Bindung an Weinbaubetriebe, Kellereien oder Genossenschaften.

Der Markt für Bio-Wein hat sich parallel mit der Ausweitung der Produktion entwickelt und die Nachfrage wächst in vielen Verbraucherländern wie Großbritannien, Niederlande, Schweden, Japan und der USA überproportional. Dies ist auch dem Imagegewinn von Bio-Wein durch die Umstellung vieler namhafter Weinbaubetriebe insbesondere auf die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise geschuldet.

### **Besondere Beispiele von Umstellungen auf ökologische Bewirtschaftung:** **Die Staatsweingüter Trier-Avelsbach und Bad Kreuznach**

Die staatliche Weinbaudomäne **Trier-Avelsbach** wird ab 2014 als Demonstrationsbetrieb im Ökoweinbau geführt und ein neues richtungsweisendes Zukunftskonzept aufzeigen. Der Öffentlichkeit soll die Wertigkeit bewirtschafteter Steillagen, der Schutz und Erhalt typischer Kulturlandschaften und der biologischen Vielfalt nahe gebracht werden.

Da die Nachfrage nach Öko-Weinen in den letzten Jahren enorm zugenommen hat, stellt die Umstellung für Trier-Avelsbach auch einen wirtschaftlich rentablen Weg dar. Sowohl touristische als auch kulturelle Aktivitäten rund um die Weinbaudomäne sollen ebenso dazu beitragen, dass das Staatsweingut gut aufgestellt in die Zukunft blicken kann.

Das Staatsweingut **Bad Kreuznach** hat im August 2012 den Einstieg in den zertifizierten Ökoweinbau begonnen. Nach Ablauf der dreijährigen Umstellungsphase wird es den ersten zertifizierten Wein aus ökologischem Anbau ab dem Jahrgang 2015 geben.

Die Gründe für die Umstellung sind vielfältig, jedoch haben alle Winzer, die auf ökologischen Anbau setzen, eines gemeinsam: Sie möchten im Einklang mit der Natur wirtschaften. Durch den Verzicht auf Herbizide, chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel sowie mineralische Stickstoffdünger, wird die Bodenfruchtbarkeit gesteigert. Begrünungen mit Leguminosen, Kräutermischungen sowie Blühpflanzen tragen ihren Teil ebenso dazu bei.

Artenschutz im Weinberg bedeutet Artenvielfalt – verschiedensten Pflanzen und Tieren bietet der Weinberg Nahrung und Schutz. Dadurch siedeln sich auch Lebewesen an, die natürliche Schädlingsbekämpfer sind.

## 2.2.10.2 Entwicklung des Öko-Landbaus

### EU

In den vergangenen Jahren hat sich der Markt für ökologische Erzeugnisse in der EU aufgrund der wachsenden Nachfrage erheblich ausgeweitet (22 Mrd. EUR in 2013 bei fast zweistelligen jährlichen Zuwachsraten). Gleichzeitig sind die Zahl der ökologischen Erzeuger sowie die ökologisch bewirtschaftete Fläche rasch angestiegen. Jedes Jahr werden in der EU 500.000 ha Fläche auf ökologische Bewirtschaftung umgestellt. Im Zeitraum 2000 – 2013 stieg die gesamte ökologisch bewirtschaftete Fläche jährlich um durchschnittlich rund 7 % auf 10,01 Mio. ha, was knapp 6 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in der EU entspricht.

### Deutschland

Der Umsatz mit Ökolebensmitteln und Getränken ist im Jahr 2013 in Deutschland um 7 % auf 7,55 Mrd. EUR gestiegen. Diese Umsatzsteigerung wurde in erster Linie durch höhere Preise bei Frischeprodukten und Absatzsteigerungen bei Trockenprodukten erzielt. Noch immer wird ein großer Teil der nachgefragten Produkte durch Importe aus Drittländern gedeckt.

### Rheinland-Pfalz

Die ökologisch bewirtschafteten Flächen wurden in Rheinland-Pfalz von 44.215 ha im Jahr 2012 auf 52.592 ha im Jahr 2013 ausgedehnt. Der Zuwachs von 8.377 ha entsprach einem prozentualen Anstieg von 18,9 %. Mit diesem Prozentsatz erreichte Rheinland-Pfalz den 1. Platz unter den Bundesländern und lag um 16,8 % über der prozentualen Steigerung im Bundesdurchschnitt (2,1 %).

Ausgehend von der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche von 707.000 ha in Rheinland-Pfalz, lag der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche (mit 52.592 ha) bei 7,4 %. Damit bewegte sich Rheinland-Pfalz im Mittelfeld unter den Flächenländern und lag um 1,1 % über dem Bundesdurchschnitt (6,3 %).

Im Jahr 2013 wirtschafteten etwa 1149 landwirtschaftlichen Betriebe nach den Kriterien des ökologischen Landbaus. Dies entsprach ca. 6 % der landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz. Damit konnte der Bundesdurchschnitt von 8,2 % noch nicht erreicht werden.

Die starke Zunahme des Ökolandbaus zeigt, dass die Anstrengungen und Maßnahmen der Landesregierung wirken und immer mehr rheinland-pfälzische Landwirte in der Ökoproduktion eine Chance für ihren Betrieb sehen. Der Flächenzuwachs in 2013 ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass extensive Rinderhalter sich für die Umstellung auf ökologischen Landbau entschieden haben. Auch die Prämienhöhe, bei der sich Rheinland-Pfalz seit 2010 im Mittelfeld der Länder bewegt, spielt eine Rolle.

### **Einkommenssituation und Eigenkapitalbildung der Öko-Betriebe in Deutschland**

Die Zahl der auswertbaren Jahresabschlüsse der ökologisch wirtschaftenden Haupterwerbsbetriebe (ohne Gartenbau- und Dauerkulturbetriebe) konnte im WJ 2012/13 auf 424 (Vorjahr 406 Betriebe) weiter erhöht werden. In Anbetracht der mittlerweile erreichten Gruppengröße von mehr als 400 Betrieben werden die Ergebnisse der ökologisch wirtschaftenden Betriebe für die WJ 2010/11, 2011/12 und 2012/13 hochgerechnet. Gewichtete, also hochgerechnete Ergebnisse, verbessern die Aussagekraft und insbesondere die Vergleichbarkeit mit den anderen, ebenfalls hochgerechneten Gruppenergebnissen. Infolge dieser methodischen Veränderung sind die Darstellungen aus früheren Veröffentlichungen nicht vergleichbar.

Wie die nachfolgende Tabelle verdeutlicht, ist die Faktorausstattung in den Haupterwerbsbetrieben des ökologischen Landbaus im Vergleich der letzten beiden Wirtschaftsjahre nahezu gleich geblieben. Dasselbe gilt für die betrieblichen Erträge bei deutlich gestiegenen Produktpreisen für die pflanzlichen Erzeugnisse. Nahezu unverändert geblieben sind die staatlichen Transferzahlungen. Die betrieblichen Aufwendungen sind demgegenüber um über 40 €/ha LF deutlich angestiegen.

Die Gewinnentwicklung der Haupterwerbsbetriebe des ökologischen Landbaus ist um 1,5 % leicht zurückgegangen. Das Einkommen pro Arbeitskraft ist nahezu gleich geblieben.

## Ausblick

### Maßnahmen zur Förderung des ökologischen Landbaus in Rheinland-Pfalz

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die neue EU-Förderperiode 2014 bis 2020 wird der ökologische Landbau nach Abschluss des neuen Legislativverfahrens (EP, EU-KOM und Rat) vom 16. Dezember 2013 eine weitere Aufwertung in Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Umweltleistungen erfahren. Danach sind alle Landwirte, die den ökologischen Anbau praktizieren, „green by definition“, d.h. sie erfüllen per se die Voraussetzungen, um den 30 %igen Anteil der Direktzahlungen zu erhalten, der auf die Ökologisierungskomponente dieser Zahlungen aus der 1. Säule entfallen soll (Artikel 43 Ziffer 11 der Direktzahlungsverordnung VO (EU) Nr. 1307/2013 vom 17. Dezember 2013).

- Die Landesregierung fördert den ökologischen Landbau mit verschiedenen Maßnahmen. Deren Eckpfeiler sind die Agrarförderung und dabei insbesondere die Förderung der ökologischen Wirtschaftsweise im Unternehmen,
- die Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur und Marketingmaßnahmen,
- Beratung, Forschung, Versuchswesen, Schule und Ausbildung.

Im Jahr 2013 wurden 949 rheinland-pfälzische Öko-Betriebe mit rund 10,2 Millionen Euro gefördert. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Steigerung um acht % bzw. 72 Betrieben. 42.000 ha werden aktuell ökologisch bewirtschaftet, das sind 10 % mehr als im Vorjahr.

Ab dem Jahr 2015 werden die Fördersätze für die Beibehaltung des ökologischen Anbaus bei Ackerland und Grünland um 25 € je ha erhöht. Der Kontrollkostenzuschuss von bisher 35 € je ha und maximal 530 € je Betrieb wird auf 50 € je Ha und maximal 600 € je Betrieb aufgestockt.

Beispiele für Projekte im Rahmen der Maßnahmenbereiche sind:

- Die Gründung eines Erzeugerzusammenschlusses für eine gemeinschaftliche Vermarktung von Bio-Rindfleisch aus Rheinland-Pfalz
- das Modell-Projekt zur Absatzförderung von regionalen Produkten und Bio-Lebensmitteln im Außer-Haus-Verpflegung,
- der Aufbau eines Netzwerkes Leitbetriebe und die Umstellung des Staatsweingutes Bad Kreuznach am DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück.



Politisch setzt sich die Landesregierung unter anderem für einen verlässlichen Rechtsrahmen ein. Die Europäische Kommission hat in der Agrarratssitzung am 24.03.2014 einen Vorschlag für eine neue EU-Ökoverordnung vorgelegt. Zuletzt erfolgte eine Totalrevision im Jahr 2007. Die Landesregierung hält eine erneute Totalrevision der EU-Ökoverordnung daher nicht für zielführend und in der vorliegenden Form hinsichtlich der gewünschten Weiterentwicklung des Ökolandbaus für bedenklich. Die Hauptkritikpunkte an der vorgesehenen neuen Ökoverordnung sind die Einführung gesonderter Schwellenwerte für Rückstände, die vorgesehene undifferenzierte Abschaffung fast aller Ausnahmeregelungen, die vollständige Ausgliederung der Bio-Kontrollregelungen aus dem Bio-Fachrecht, die geplante Vielzahl delegierter Rechtsakte sowie zahlreiche inhaltliche Mängel. Die Öko-Betriebe werden in Zukunft für die kontaminierten, mit ubiquitären Umweltgiften und bspw. die Abdrift von konventionell wirtschaftenden Nachbarbetrieben durch enorme Kontrollkosten und Risiken bestraft und in Verantwortung genommen.

Es wird befürchtet, dass vor allem kleine und mittlere Betriebe aus dem Ökolandbau aussteigen müssten, weil sie die überzogenen Anforderungen der Verordnung nicht mehr erfüllen könnten. Dies wäre auch nicht im Sinne von Verbraucherinnen und Verbrauchern, die regional erzeugte Biolebensmittel bevorzugen. Um dies zu vermeiden, ist die Erhaltung der bestehenden Verordnung, die sich im Laufe von Jahrzehnten zusammen mit der Ökoproduktion weiter entwickelt hat und auch in Zukunft zusammen mit der Praxis fortentwickelt werden soll, erforderlich. Nur auf dieser Rechtsgrundlage kann den rheinland-pfälzischen Biobetrieben und umstellungswilligen Landwirten und Landwirtinnen ausreichend Planungssicherheit gegeben werden.

### **2.3 Regionale Wertschöpfung und Regionalinitiativen**

Der demographische Wandel führt gerade in ländlichen Räumen dazu, dass Dienstleistungen zur Grundversorgung der ländlichen Bevölkerung, insbesondere auch im Bereich der Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs nicht mehr oder nur eingeschränkt zur Verfügung gestellt werden können. Auch die Landwirtschaft ist als Teil der ländlichen Wirtschaft von diesen Entwicklungen betroffen. Andererseits bieten sich für die Landwirtschaft auch Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich der Diversifizierung, indem sie innovative Konzepte zur wohnortnahen Versorgung der ländlichen Bevölkerung unterstützt. Eine aktive Beteiligung an regionalen Wertschöpfungsketten dient insofern auch der Zukunftssicherung beteiligter landwirtschaftlicher Betriebe.

Es lässt sich ein zunehmender Trend feststellen, wo nach Teile der Bevölkerung der Herkunft der Ware (Stichwort: Regionalität) und der umwelt-schonenden Bewirtschaftung mit garantierten Qualitäten (Regionalmarken mit garantierten Qualitäten, ökologischer Landbau, Tierschutz, Beiträgen zur Erhaltung von Natur- und/oder Kulturlandschaften) einen hohen Stellenwert einräumen. Deshalb sind in diesem Zusammenhang regionale Wertschöpfungsketten mit innovativen Ansätzen vor Ort (z. B. nach dem Bottom up-Prinzip) gefragt. Auch auf Grund der agrarstrukturellen Situation der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz können regionale Wertschöpfungsketten eine wichtige Rolle zur Sicherung der Einkommen landwirtschaftlicher Familien und zur Entwicklung des ländlichen Raums übernehmen. Insbesondere in den Bereichen hauswirtschaftliche Dienstleistungen, Vermarktung regionaler Produkte inner- und außerhalb touristischer Aktivitäten, handwerkliche Tätigkeiten, sonstige Dienstleistungen und Nutzung/Erzeugung regenerativer Energien sind regionale Wertschöpfungspotentiale zu se-

hen. Häufig sind dabei für eine Realisierung solcher Maßnahmen außerlandwirtschaftliche Partner notwendig, um die regionalen Potentiale zu erschließen.

#### Regionalinitiativen mit landwirtschaftlicher Relevanz

In den vergangenen Jahren sind zahlreiche Regionalinitiativen bzw. –bündnisse entstanden. Gerade auch durch ehrenamtliches Engagement wurden diese Entwicklungen angestoßen. Häufig wurden im Rahmen solcher Bündnisse auch Dachmarken für Lebens- und Genussmittel oder Dienstleistungen entwickelt, wobei die Akteure auch das Förderinstrumentarium der Landesregierung genutzt haben.

Die wichtigsten regionalen Dachmarken sind:

- die Regionalmarke „EIFEL“
- die Dachmarke Mosel
- die Dachmarken „SooNahe“ und „Ebbes von hei“
- die Dachmarke „Kräuterwind - Genussreich Westerwald“
- die Dachmarke Rheinhessen.

Weitere Initiativen mit Regionalbezug sind das Qualitätszeichen Rheinland-Pfalz (QZRP) in Trägerschaft des Landes sowie regionale Initiativen für Spirituosen wie „Eifel Premium Brand“, „Cor Verum - Moselfränkischer Edelbrand“ und „Destillerie Pfälzer Edelbrand“.

In vielen Regionen des Landes haben sich zudem Direktvermarkter zu Regionalinitiativen zusammengeschlossen. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Klein- und Kleinstinitiativen zwischen Erzeugern, Verarbeitern, Händlern und Gastronomen, die qualitativ hochwertige regionale Produkte im Fokus haben. Sie werden jedoch statistisch nicht erfasst und werden dem Ministerium nur im Förderfall oder durch Zufall bekannt. Beispielhaft sind hier die vier rheinland-pfälzischen Slow-Food-Conviven zu nennen, die sich um die Pflege und Erhaltung des regionalen kulinarischen Erbes kümmern.

#### Erzeugerzusammenschlüsse als Basis regionaler Wertschöpfung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen

Landwirte bilden Erzeugerzusammenschlüsse, um ihre Position am Markt zu stärken und ihre Erzeugnisse gemeinsam besser vermarkten zu können. Solche Zusammenschlüsse gewinnen nicht zuletzt für die Vermarktung von regionalen Qualitätserzeugnissen zunehmende Bedeutung. So hat sich Ende 2013 ein Erzeugerzusammenschluss zur Vermarktung von Bio-Rindfleisch aus Rheinland-Pfalz gebildet. Ein weiterer bereits bestehender Zusammenschluss zur Vermarktung von Biogetreide wurde in 2012 formal als Erzeugerzusammenschluss anerkannt und konnte seine Vermarktungsaktivitäten weiter ausbauen.

#### Fördermöglichkeiten des Landes und weitere Handlungsfelder

Zur Förderung der regionalen Wertschöpfung steht ein breites Instrumentarium zur Verfügung, um maßgeschneiderte Angebote unterbreiten zu können. Zu den wichtigsten Instrumentarien zählen

- die Förderung der Gründung von Erzeugerzusammenschlüssen sowie von Investitionen von Erzeugerzusammenschlüssen sowie Verarbeitungs- und Vermarktungsunternehmen im Rahmen der Marktstrukturförderung,

- die Förderung von Investitionen zur Diversifizierung landwirtschaftlicher Unternehmen,
- die Förderung der Regionalvermarktung bzw. regionaler Wertschöpfungsketten insbesondere im LEADER-Ansatz des Entwicklungsprogramms PAUL<sup>16</sup> durch die Unterstützung der Erarbeitung und Umsetzung von Konzepten, Qualifizierungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen sowie der Förderung von Investitionen und
- die Förderung von Marketingmaßnahmen.

Neben der finanziellen Förderung der Anbieter von regionalen Produkten setzt das Land auch auf der Nachfrageseite, also bei Verbrauchern und Trägern der Gemeinschaftsverpflegung, Impulse für regionale Produkte. Hier sind die Anstrengungen im EU-Schulobst- und -gemüseprogramm und die Kampagne „Rheinland-Pfalz isst besser“ zu nennen.

Auf der Internet-Seite: [www.regionalmarkt.rlp.de](http://www.regionalmarkt.rlp.de) sind die wichtigsten Initiativen der Regionalvermarktung und die zentralen Förderinstrumente übersichtlich zusammengefasst.

Eine Maßnahme, mit der Rheinland-Pfalz die Attraktivität regionaler Qualitätsprodukte aufzeigen und fördern möchte, läuft 2014 bereits zum vierten Mal an: Die Initiative „**Erfolgreich auf dem Land**“. Diesjährige Schwerpunkte bilden die Aspekte Regionalvermarktung, Grundversorgung und Qualifizierung – Hochwertige regionale Lebensmittel und eine gute Ernährung stehen im Vordergrund der Förderung. Landwirtschaftliche Betriebe, Gastronomen und andere regionale Wirtschaftsakteure können hier zusammen wirken. Über das Programm ELER und PAUL für Rheinland-Pfalz werden dazu 2 Mio. € bereitgestellt. Durch Regionalvermarktung wertvoller Produkte anstelle von Massenproduktion werden neue Perspektiven und Marktchancen eröffnet. Unter [www.eler-paul.rlp.de](http://www.eler-paul.rlp.de) hat das Land Rheinland-Pfalz hierzu ausführliche Informationen bereitgestellt.

### Exkurs: Zwei Beispiele für regionale Entwicklung

#### 1.) Der Nationalpark Hunsrück-Hochwald

Als Impulsgeber für eine zukunftsfähige Entwicklung des ländlichen Raumes ist der Nationalpark nicht allein ein Beitrag zum Erhalt biologischer Vielfalt und einzigartiger Natur. Nach einem umfassenden Bürgerbeteiligungsverfahren wurden für die Politikfelder a) Umwelt- und Naturschutz, b) Bildung, c) Stadt- und Dorfentwicklung, d) Wirtschafts- und Strukturentwicklung, e) Tourismus und Regionalvermarktung sowie f) Mobilität systematisch auf die Region bezogen bearbeitet; ein modellhafter Ansatz der Landesregierung. Für jeden dieser Bereiche wurde 1) die Ausgangslage geschildert, 2) die Erwartung der Region zusammengefasst, 3) Ziele und Grundsätze der Landesregierung dargelegt und aus diesem folgend 4) Maßnahmen [kurz-, mittel-, langfristig] abgeleitet.

Im Zentrum dabei steht die Region mit seinen Bürgerinnen und Bürgern. Gelingt es einfache, bürgernahe Lösungen zu entwickeln, die von den im Hunsrück Lebenden gut angenommen werden, ergibt sich auch ein Mehrwert für die Reisenden. Ein Beispiel: Nutzt der Gastronom

<sup>16</sup> Die Förderung wird in der EU-Förderperiode 2014 - 2020 im Rahmen des ELER-Entwicklungsprogramms EULLE fortgeführt.

die Streuobstprodukte für seine Angebote, so wird er sie auch einem Touristen empfehlen. Für den Urlauber ergibt sich ein besonderer immaterieller Wert, womöglich eine Erinnerung, die ihn immer wieder kommen lässt. Für die Regionalvermarktung und Tourismusentwicklung wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, das unter anderem großen Handlungsbedarf aber auch Perspektiven aufzeigt. Ansätze, die die regionalen Produkte und Rezepte aufgreifen, erhöhen die regionale Wertschöpfung und sind für eine erfolgreiche, touristische Vermarktung eines naturgebundenen Tourismus entscheidend. Mit den Regionalinitiativen „Ebbes von hei“ und „SooNahe“ gibt es bereits erfolgversprechende regionale Ansätze. Die Gründung der Hunsrück-Nahe Vermarktungs GmbH bringt eine professionelle Struktur mit sich, die nun in Zusammenarbeit mit den touristischen Leistungsträgern auch für eine stärkere Marktdurchdringung in der Gastronomie sorgen kann. Die Landesregierung hat sich darauf in Gesprächen mit dem DEHOGA und der Hunsrück-Nahe Vermarktungs GmbH verständigt. Das Ziel: mehr Wertschöpfung in der Region. Die Folge: bessere Innen- und Außenwirkung regionaler Produkte. Die Vision: Zufriedene, begeisterte Gäste, die immer wieder gerne kommen – sei es wegen der regionalen Produkte, Speisen, besonderen Zubereitung oder einer Erinnerung an den besonderen Geschmack des Hunsrücks.

## **2.) Regionalinitiative Mosel**

Wie wichtig und zukunftsorientiert das Zusammenwirken von Tourismus und Weinbau, von landwirtschaftlichen Erzeugern, Gastronomie und Kultur, Handwerk und Handel ist, dies zeigt sich an der Mosel. Der Dreiklang „Wein – Kultur – Tourismus“ ist der Kern der Marke Mosel. In diesem Sinne tragen die inzwischen 70 zertifizierten Gastgeber der Regionalinitiative dazu bei, das Qualitätsniveau an der Mosel zu halten und nachhaltig auszubauen.

Hochwertige regionaler Produkte und engagierte Dienstleistungen sind weitere Kennzeichen dieser Initiative.

Immer mehr Menschen suchen das Authentische und greifen zu regionalen Produkten, das belegen zahlreiche Umfragen und teils zweistellige Zuwachsraten im Handel. Durch den Ausbau der Direktvermarktung soll die Wertschöpfung in der Region und im Land gehalten, Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen geschaffen und eine Zukunftsperspektive für junge Menschen aufgebaut werden: Garanten für den Erhalt der Kulturlandschaft und deren natürlicher Artenvielfalt und Basis für natur- und qualitätsorientierte Urlauber.

Die Verknüpfung der Regionalinitiative mit der örtlichen LEADER-Gruppe ist ein weiteres Alleinstellungsmerkmal dieser Initiative. Bei der aktuellen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik in Europa hat sich die rheinland-pfälzische Landesregierung – wie in Kapitel 1 erläutert - erfolgreich für eine starke zweite Säule eingesetzt. An Mosel, wo Geld aus Europa in die Regionalvermarktung und in den Steillagenweinbau fließt, zeigt sich, dass die Fördermittel zur Entwicklung der ländlichen Räume zielgerichtet investiert sind.

### Bioenergie als Beitrag zur regionalen landwirtschaftlichen Wertschöpfung

Die Landwirtschaft kann durch die Produktion von Strom, Wärme und Treibstoff aus Biomasse erhebliche Beiträge zur Energiewende leisten. Gleichzeitig stellen die Produktion und Nutzung von Bioenergie eine Möglichkeit dar, gerade in strukturschwachen ländlichen Räumen Einkommen zu diversifizieren und die regionale Wertschöpfung zu stärken. Somit kann die Bioenergie dazu beitragen sowohl die Energiewende weiter zu entwickeln, als auch den ländlichen Raum zu stärken. Die Landesregierung will diese Potentiale heben, die insbesondere in der Nutzung von Abfall- und Reststoffen liegen. Ferner setzt sie sich dafür ein, dass die Energiewende natur- und klimaverträglich gestaltet wird. Dazu muss Bioenergie vorzugsweise bedarfsgerecht genutzt werden (Regel- und Ausgleichsenergie). Dabei sollte die Produktion von Strom mit der Produktion und Nutzung von Wärme gekoppelt werden. Zusätzlich sollte zukünftig die Bioenergieproduktion dezentral und standortangepasst sein.

Neben der Arbeit des Beratungszentrum Nachwachsende Rohstoffe am DLR Eifel und die Energieeffizienzberatung durch die DLR soll eine „Bioenergie-Initiative in der Region Trier“ als Pilotprojekt (bis Ende 2016) zur Stärkung der Bioenergie im Rahmen der Energiewende im ländlichen Raum starten. Dabei soll demonstriert werden, welche Potenziale im ländlichen Raum durch die Vernetzung aller Akteure der Bioenergieproduktion für die Energiewende und zur die Stärkung der regionalen Wertschöpfung gehoben werden können. Im Mittelpunkt stehen kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), welche in konkrete Einzelprojekte investieren. Dabei sollen die Projektnehmer durch das Netzwerk der Akteure Unterstützung und Beratung erfahren, sodass Einzelprojekte schneller und ressourcenschonender umgesetzt werden können. Langfristig könnten in anderen Regionen ähnliche Projekte implementiert werden.



### 3. Anhang

#### 3.1 Tabellen und Übersichten

##### Finanzausstattung mit EU-Mitteln in der alten und neuen Förderperiode:

	2007 - 2013	2014 - 2020
<b>1. Säule</b>		
Deutschland (jährl.)	5,8 Mrd. € DZ	5 Mrd. € DZ
Rheinland-Pfalz	175 Mio. € DZ	180 Mio. € DZ
<b>2. Säule</b>		
Deutschland	1,3 Mrd. € ELER-Mittel	1,2 Mrd. € ELER-Mittel
Rheinland-Pfalz	275,4 Mio. € ELER-Mittel (gesamte Förderperiode)	299,8 Mio. € ELER-Mittel (gesamte Förderperiode)

## Gewinn und Einkommen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Betriebsformen

- 2012/13 -

Betriebs- form	Anteil der Betriebe in %	Gewinn je Unternehmen		Gewinn plus Personal- aufwand je AK	
		€	Veränderung gegen Vorjahr in %	€	Veränderung gegen Vorjahr in %
Ackerbau	15,2	111 766	+58,2	59 703	+45,4
Gartenbau	5,0	52 977	+ 7,1	23 691	+ 2,5
Dauerkulturen <sup>1)</sup>	6,2	68 898	+24,3	29 670	+18,5
Weinbau	4,2	66 872	+ 8,0	29 586	+ 8,7
Obstbau	1,7	80 715	+82,2	30 890	+39,3
Futterbau	46,4	46 987	-10,0	30 155	- 8,5
Milch	37,0	48 561	-12,0	30 680	-10,4
Sonstiger Futterbau	9,4	40 756	+ 1,6	27 899	+ 1,4
Veredlung	11,0	68 550	+14,4	41 975	+15,2
Gemischt (Verbund)	16,3	57 476	+14,6	34 386	+12,9
Pflanzenbauverbund	1,4	64 674	+16,3	26 887	+ 7,6
Viehhaltungsverbund	4,7	45 434	- 7,6	29 180	- 5,2
Pflanzenbau-Viehhaltung	10,1	62 099	+24,4	38 609	+22,4
Insgesamt	100,0	62 535	+12,5	35 548	+10,6

1) Einschließlich sonstige Dauerkulturen.

## Gewinn und Einkommen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Ländern

- 2012/13 -

Land	Anteil der Betriebe in %	Gewinn je Unternehmen		Gewinn plus Personalaufwand je AK	
		€	Veränderung gegen Vorjahr in %	€	Veränderung gegen Vorjahr in %
Schleswig-Holstein	6,2	67 916	+ 25,7	43 369	+ 23,4
Niedersachsen	19,1	74 985	+ 16,4	43 800	+ 15,3
Nordrhein-Westfalen	13,7	63 452	+ 4,1	36 156	+ 2,7
Hessen	4,4	50 178	+ 7,3	29 561	+ 4,4
Rheinland-Pfalz	6,7	65 220	+ 11,5	28 530	+ 9,6
Baden-Württemberg	12,4	47 537	- 0,4	27 938	- 0,5
Bayern	30,8	51 301	+ 3,5	31 785	+ 2,8
Saarland	0,3	48 736	+ 4,4	28 694	+ 6,1
Brandenburg	1,3	83 240	+ 56,3	34 129	+ 38,6
Mecklenburg-Vorpommern	1,3	138 309	+146,7	55 993	+ 81,1
Sachsen	1,4	73 391	+ 17,2	33 511	+ 10,6
Sachsen-Anhalt	1,3	166 526	+ 62,2	64 756	+ 52,6
Thüringen	0,8	71 353	+ 20,5	37 562	+ 17,7
Deutschland	100,0	62 535	+ 12,5	35 548	+ 10,6

**Schlachtungen von Rindern in Rheinland-Pfalz (2000-2013)**

Kategorie	Jahr	Summe
Rinder insgesamt (ohne Kälber)	2000	116.951
	2001	111.973
	2002	116.318
	2003	109.997
	2004	111.502
	2005	104.102
	2006	105.717
	2007	100.446
	2008	101.826
	2009	97.334
	2010	93.349
	2011	91.163
	2012	80.200
2013	74.400	

**Schweineschlachtungen in Rheinland-Pfalz (2000-2012)**

Kategorie	Jahr	Summe
Schweine insgesamt	2000	1.164.873
	2001	1.080.393
	2002	995.822
	2003	1.005.408
	2004	1.048.484
	2005	1.035.223
	2006	1.060.694
	2007	1.081.575
	2008	1.070.652
	2009	1.052.315
	2010	1.065.372
	2011	1.129.366
	2012	1.166.414
2013	1.144.414	

**Vergleich ökologischer Landbau zu konventionellem Landbau in Rheinland-Pfalz**

Jahr	Anzahl landwirtschaftliche Betriebe			landwirtschaftl. genutzte Fläche in 1000 ha		
	insgesamt <sup>1</sup>	ökologisch <sup>2</sup>	konventionell <sup>3</sup>	insgesamt <sup>1</sup>	ökologisch <sup>2</sup>	konventionell <sup>3</sup>
1995	43.694	368	43.326	715,9	7,1	708,8
1996	41.721	388	41.333	711,7	8,4	703,3
1997	40.250	407	39.843	717,4	10,6	706,8
1998	39.229	404	38.825	719,4	10,8	708,6
1999	35.475	407	35.068	715,8	11,2	704,6
2000	33.900	423	33.477	715,8	12,7	703,1
2001	32.678	485	32.193	712,9	15,1	697,8
2002	30.400	518	29.882	707,0	17,0	690,0
2003	29.330	540	28.790	706,5	18,6	687,9
2004	27.900	539	27.361	709,8	19,0	690,8
2005	27.347	565	26.782	718,9	20,5	698,4
2006	25.900	593	25.307	708,4	21,3	687,1
2007	25.529	685	24.844	715,4	24,8	690,6
2008	24.700	798	23.902	719,4	28,7	690,7
2009	23.826	851	22.975	704,8	32,1	672,7
2010	20.600	926	19.674	706,8	37,7	669,1
2011	20.000	973	19.027	703	40,4	662,6
2012	19.200	1076	18.124	698	44,2	653,8
2013	19.200	1149	18.051	698	52,6	645,4

1. gemäß Agrarstrukturerhebung des Statistischen Landesamtes, Betriebe >2 ha

2. Erhebung der ADD, alle A Betriebe (Erzeuger) und alle gemeldeten Flächen gemäß VO (EG) Nr. 834/2007

## Landwirtschaft auf einen Blick 1949-2012

Teil 1

Merkmal	Betriebe <sup>1</sup>							
	Einheit	1949	1960	1971	1979	1991	1999	2012
Landwirtschaftliche Betriebe	Anzahl	#####	#####	#####	74 792	51 506	35 475	19 200 <sup>2</sup>
LF je Betrieb	ha	4,2	5,0	7,7	10,2	13,8	20,2	36,3
Haupterwerbsbetriebe	%	.	.	51,4	44,9	42,1	38,7	46,7 <sup>3</sup>
Nebenerwerbsbetriebe	%	.	.	48,6	55,1	57,9	61,3	53,3 <sup>3</sup>
Betriebe mit 100 ha und mehr LF	Anzahl	65	44	68	102	422	1 235	2 100 <sup>2</sup>
Gepachtete LF	1 000 ha	.	.	314,1	339,7	396,0	464,2	461,2 <sup>3</sup>
Anteil an der LF insgesamt	%	.	.	38,9	44,7	55,6	64,9	65,4 <sup>3</sup>
Pachtentgelt	EUR/ ha	.	.	112	144	181	178	199 <sup>3</sup>

<sup>1</sup> Vergleichbarkeit zwischen den Jahren eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen). – <sup>2</sup> Stichprobenerhebung; Ergebnis der Hochrechnung auf 100 gerundet. – <sup>3</sup> 2010.

Merkmal	Arbeitskräfte <sup>1</sup>							
	Einheit	1949 <sup>2</sup>	1960 <sup>2</sup>	1971	1979	1991	1999	2010
Familiendarbeitskräfte	1 000	436,1	302,5	221,1	151,2	100,1	60,7	37,0
im Betrieb vollbeschäftigt	1 000	.	.	72,6	38,9	26,3	14,3	12,4
	%	.	.	32,8	25,7	26,3	23,6	33,5
Arbeitskräfte, die keine Familienangehörigen des Betriebsinhabers sind	1 000	80,9	43,0	29,9	33,4	24,9	62,5	62,4
ständige Arbeitskräfte	1 000	46,1	15,2	10,4	8,2	5,5	9,7	10,8
Betriebliche Arbeitsleistung insgesamt	1 000 AK	.	.	133,5	86,9	55,1	40,4	37,9
Betriebliche Arbeitsleistung je 100 ha	AK	.	.	16,3	11,7	7,8	5,7	5,4

<sup>1</sup> Vergleichbarkeit zwischen den Jahren eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen). – <sup>2</sup> In landwirtschaftlichen Betrieben ab 2 ha LF.

Merkmal	Bodennutzung und Ernte							
	Einheit	1950	1960	1971	1979	1991	1999	2012
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	1 000 ha	953,1	969,9	910,0	765,7	716,6	715,8	698,0
Dauergrünland	1 000 ha	261,5	268,8	274,8	243,8	224,7	242,8	227,9
Rebfläche	1 000 ha	41,2	52,2	61,9	65,5	67,6	65,9	63,1
Obstanlagen	1 000 ha	8,0	9,3	11,5	6,9	6,2	6,3	5,0
Ackerland	1 000 ha	616,1	617,2	539,6	446,2	415,8	398,9	400,8
Getreide <sup>1</sup>	1 000 ha	321,0	364,8	377,7	352,8	283,7	248,4	238,8
Weizen	1 000 ha	63,7	112,1	134,5	117,5	88,8	82,5	108,3
Triticale	1 000 ha	.	.	.	.	6,8	12,1	17,9
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 ha	100,6	89,6	44,5	36,1	19,4	14,8	12,9
Wintergerste	1 000 ha	2,9	10,4	18,4	48,5	38,3	32,4	31,2
Sommergerste	1 000 ha	51,8	60,8	85,3	87,3	98,2	85,2	50,2
Häfer	1 000 ha	99,7	79,7	69,2	49,3	24,5	13,7	5,6
Raps und Rüben	1 000 ha	5,0	0,4	3,1	2,0	28,7	32,1	46,1
Kartoffeln	1 000 ha	90,2	87,3	47,4	16,2	10,7	10,4	7,8
Zuckerrüben	1 000 ha	12,7	19,1	21,6	22,6	22,6	23,3	19,2
Pflanzen zur Grünenernte	1 000 ha	100,9	70,6	45,2	30,7	24,4	33,0	60,3
Silomais	1 000 ha	3,3	4,1	5,6	15,8	15,4	15,4	33,2
Getreide <sup>1</sup>	1 000 t	852,4	1 182,4	1 399,3	1 540,8	1 460,2	#####	#####
Weizen	1 000 t	187,1	419,2	549,9	567,6	519,0	556,1	703,7
Triticale	1 000 t	.	.	.	.	35,7	72,6	104,3
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	268,0	259,2	153,4	143,8	91,4	86,6	78,7
Wintergerste	1 000 t	6,9	38,8	73,8	221,8	209,1	192,3	171,4
Sommergerste	1 000 t	144,1	207,8	308,0	355,8	460,4	439,9	281,4
Häfer	1 000 t	241,3	222,4	223,3	191,8	108,3	63,9	28,1
Raps und Rüben	1 000 t	6,5	6,1	7,4	4,5	78,2	103,4	143,8
Kartoffeln	1 000 t	2 246,2	1 964,0	1 224,4	440,9	274,2	339,5	303,8
Zuckerrüben	1 000 t	485,8	935,9	1 049,1	1 168,6	1 014,1	#####	#####
Silomais	1 000 t	100,9	129,3	215,7	780,8	657,1	718,9	#####

<sup>1</sup> Einschließlich Körnermais und Corn-Cob-Mix.



## Landwirtschaft auf einen Blick 1949-2012

Teil 2

Merkmal	Weinbau							
	Einheit	1957	1964	1972	1979	1989	1999	2012
Betriebe <sup>1</sup>	Anzahl	41 724	43 297	36 487	28 595	23 229	16 065	8 600 <sup>2</sup>
Rebfläche je Betrieb <sup>1</sup>	ha	1,0	1,0	1,6	2,2	2,9	4,1	7,3
Anteil <sup>3</sup>	%	.	.	.	38,2	40,3	45,3	44,9
Bestockte Rebfläche	ha	47 315	48 091	57 811	63 187	66 812	66 831	63 842
Weißweinsorten	%	88,6	89,9	92,3	94,8	90,1	82,6	69,1
Rotweinsorten	%	11,4	10,1	7,7	5,2	9,9	17,4	30,9
Weinmosternte	1 000 hl	1 783,6	5 386,1	5 533,0	5 395,8	8 664,6	7 954,8	5 986,2
Weißmost	%	87,8	88,3	91,0	94,4	93,1	82,5	64,9
Rotmost	%	12,2	11,7	9,0	5,6	6,9	17,5	35,1

1 Vergleichbarkeit zwischen den Jahren eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen). – 2 Stichprobenerhebung; Ergebnis der Hochrechnung auf 100 gerundet. – 3 Anteil an den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt.

Merkmal	Obstbau							
	Einheit	1950	1960	1972	1982	1992	2002	2012
<b>Baumobst</b>								
Betriebe	Anzahl	.	.	6 734	4 543	3 652	1 734	684
Baumobstfläche	ha	.	.	6 084	5 788	5 455	4 858	3 679
Äpfel	%	.	.	27,9	26,8	36,1	37,5	36,8
Birnen	%	.	.	6,6	3,5	4,2	5,3	5,1
Sauerkirschen	%	.	.	36,5	46,9	33,3	23,3	16,8
Süßkirschen	%	.	.	9,9	7,4	7,1	8,6	13,5
Pflaumen und Zwetschen	%	.	.	11,1	11,4	15,4	20,3	22,7
Erntemenge	t	.	.	.	81 427	112 164	69 997	37 882
Äpfel	t	.	.	.	41 113	70 133	42 383	22 499
Birnen	t	.	.	.	3 119	5 787	4 037	1 964
Sauerkirschen	t	.	.	.	25 079	20 171	8 577	3 535
Süßkirschen	t	.	.	.	2 385	2 306	2 870	1 811
Pflaumen und Zwetschen	t	.	.	.	8 214	11 757	10 265	6 688

Merkmal	Gartenbau							
	Einheit	1950	1960	1970	1981	1992	2000	2012
<b>Gemüse im Freiland</b>								
Betriebe	Anzahl	.	.	.	.	2 357	938	487
Anbaufläche	ha	4 408	5 288	6 055	4 867	8 718	13 922	19 411
Wurzel- und Knollengemüse	%	23,2	21,6	14,7	22,2	39,2	41,0	42,0
Blatt- und Stängelgemüse	%	30,5	30,1	48,1	39,6	31,5	31,3	34,6
Kohl gemüse	%	20,5	20,8	20,3	27,6	23,2	18,4	13,1
Fruchtgemüse	%	10,7	10,0	3,2	1,2	1,9	3,5	6,0
<b>Erdbeeren im Freiland</b>								
Betriebe	Anzahl	.	.	.	.	259	152	130
Anbaufläche <sup>1</sup>	ha	.	485	275	166	285	472	693
Erntemenge	t	.	.	1 778	890	1 378	3 102	4 418
<b>Baumschulen</b>								
Betriebe	Anzahl	.	.	.	199 <sup>2</sup>	168	145	83
Fläche	ha	359	559	648	878 <sup>2</sup>	905	929	578
<b>Zierpflanzen</b>								
Betriebe	Anzahl	.	.	.	.	552	502	201
Anbau auf dem Freiland	ha	174	194	209 <sup>3</sup>	154	211	185	135
Anbau unter Glas	ha	30	44	93 <sup>3</sup>	95	103	111	156

1 Einschließlich nicht im Ertrag. – 2 1980. – 3 1969.

## Landwirtschaft auf einen Blick 1949-2012

Teil 3

Merkmal	Viehhaltung und tierische Erzeugung							
	Ei nhei	1949	1960	1971	1979	1990	1999	2012
Pferdehaltungen <sup>1</sup>	Anzahl	.	37 781	9 656	7 844	5 198	3 848	2 242 <sup>2</sup>
Rinderhaltungen <sup>3</sup>	Anzahl	.	112 310	54 615	31 880	16 087	9 039	5 709
Milchkuhaltungen <sup>3</sup>	Anzahl	.	.	47 189	24 905	10 551	4 291	2 313
Schweinehaltungen	Anzahl	.	149 169	67 948	33 456	13 299	4 253	400 <sup>4</sup>
Zuchtsauenhalter	Anzahl	.	.	.	7 112	2 791	1 161	200 <sup>4</sup>
Schafhaltungen	Anzahl	.	2 024	2 523	4 175	3 942	1 838	500 <sup>4</sup>
Legehennenhaltungen	Anzahl	.	.	.	26 208	11 550	4 328	1 565 <sup>2</sup>
Pferde <sup>1</sup>	1 000	88,1	50,6	16,5	21,8	21,3	22,0	19,6 <sup>2</sup>
Rinder <sup>3</sup>	1 000	665,3	733,9	685,6	678,2	542,3	457,2	355,4
Milchkühe <sup>3</sup>	1 000	351,4	334,6	252,4	235,8	180,4	136,4	116,8
Schweine	1 000	522,0	711,3	741,5	687,3	509,6	379,3	215,8
Zuchtsauen	1 000	38,8	51,9	68,8	78,5	58,6	38,6	15,4
Schafe	1 000	104,5	53,3	61,7	87,6	144,2	144,9	69,1
Legehennen 1/2 Jahr und älter	1 000	1 953,5	3 321,5	4 000,5	1 995,1	1 343,5	916,5	749,8 <sup>2</sup>
Großvieheinheiten je 100 ha <sup>5</sup>	Anzahl	.	.	69,2	77,1	69,1	58,8	47,7 <sup>2</sup>
Milcherzeugung <sup>6</sup>	1 000 t	470,3	906,5	950,7	948,2	831,7	782,6	...
je Kuh und Jahr <sup>7</sup>	kg	1 397	2 780	3 656	3 977	4 470	5 767	...
Schlachtmenge	1 000 t	.	156,4	170,2	169,1	177,3	151,6	132,3
Rinder einschließlich Kalber <sup>1 000 t</sup>	1 000 t	.	56,9	67,8	59,7	57,7	38,8	24,4
Schweine	1 000 t	.	97,4	101,8	108,2	117,5	111,3	107,3
Eierzeugung <sup>8</sup>	1 000	.	431 000	969 000	.	236 456	171 480	173 929

1 Ab 2010 Einhufer. – 2 2010. – 3 Ab 2008 Auswertung aus HI-Tier, daher Vergleichbarkeit zu Vorjahren eingeschränkt. – 4 Stichprobenerhebung: Ergebnis der Hochrechnung auf 100 gerundet. – 5 Bezogen auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche aller landwirtschaftlichen Betriebe. – 6 Ab 2010 Quelle: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung; Gemelk von Kühen, Schafen, Ziegen und Büffeln. – 7 Milcherzeugung dividiert durch Anzahl der Milchkühe (Stand: November 2011) berechnet auf Basis der Produktionsrichtung. – 8 Ab 1987 in Betrieben mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen.

Merkmal	Forstwirtschaft							
	Ei nhei	1950	1960	1971	1979	1991	1999	2012
Forstbetriebe <sup>1</sup>	Anzahl	.	2 872	2 526	2 372	2 386	2 394	2 423 <sup>2,3</sup>
Waldfläche <sup>1</sup>	ha	.	667 641	650 683	660 574	658 760	654 423	662 890 <sup>2,3</sup>
Landwirtschaftliche Betriebe mit Waldfläche	Anzahl	.	.	35 568	25 980	16 622	11 739	6 600 <sup>2,4</sup>
Waldfläche	ha	.	.	51 155	41 024	33 235	27 586	21 400 <sup>2,4</sup>
Waldfläche insgesamt	ha	734 149	747 466	750 780	766 520 <sup>5</sup>	804 553 <sup>6</sup>	809 003	833 946
Anteil an der Bodenfläche insgesamt	%	37,0	37,7	37,9	38,6 <sup>5</sup>	40,5 <sup>6</sup>	40,7	42,0
Holzzeinschlag	000 fr	3 276	2 856	2 427	2 700	4 408	2 945	3 569

1 Ab 10 ha Waldfläche. – 2 Einschl. Kurzumtriebsplantagen. – 3 2010. – 4 Stichprobenerhebung: Ergebnis der Hochrechnung auf 100 gerundet. – 5 1978. – 6 1992.

Merkmal	Fläche und Bevölkerung							
	Ei nhei	1950	1960	1971	1978	1988	1999	2012
Bodenfläche insgesamt	km <sup>2</sup>	19 826	19 831	19 835	19 848	19 849	19 853	19 854
Bevölkerung	Anzahl	3 004 784	3 417 116 <sup>1</sup>	#####	3 630 947	#####	#####	3 990 278
je km <sup>2</sup>	Anzahl	151	172	185	183	184	203	201
Landwirtschaftsfläche <sup>2</sup> je Einwohner	m <sup>2</sup>	3 172	2 821	2 838	2 671	2 421	2 116	2 080
Anteil an der Bodenfläche insgesamt	%	48,1	48,9	48,4	48,9	44,6	43,0	41,8

1 1961. – 2 1950–1971 landwirtschaftliche Nutzfläche.

Merkmal	Wertschöpfung, Kaufwerte							
	Ei nhei	1950	1960	1970	1980	1990	2000	2012
Anteil Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	%	14,4	8,6	5,0	2,7	2,3	1,7	1,6
Kaufwert je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	EUR	.	.	.	11 850	11 978	9 466	11 141

## Landwirtschaftliche Betriebe 1949-2013 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Landwirtschaftlich genutzte Fläche	1949	1960	1971	1979	1991	1999	2010	2013 <sup>1</sup>	Durchschnittliche jährliche Veränderungs
<b>Betriebe (Anzahl)</b>									
Unter 5 <sup>2</sup>	152 478	109 866	57 961	36 841	24 824	15 357	5 494	4 600	-8,2
5-10	42 240	35 355	20 035	13 148	7 638	5 307	3 331	3 100	-3,9
10-20	13 795	19 476	18 596	12 514	7 426	4 949	3 719	3 500	-2,4
20-50	2 194	3 147	9 296	11 021	8 557	5 462	3 411	3 300	-3,5
50-100	245	240	402	1 166	2 639	3 165	2 629	2 500	-1,7
100-200	62	39	60	83	391	1 134	1 624	1 700	2,7
200 und mehr	3	5	8	19	31	101	356	400	10,2
<b>Insgesamt</b>	<b>211 017</b>	<b>168 128</b>	<b>106 358</b>	<b>74 792</b>	<b>51 506</b>	<b>35 475</b>	<b>20 564</b>	<b>19 100</b>	<b>- 4, 3</b>
<b>Landwirtschaftlich genutzte Fläche (ha)</b>									
Unter 5 <sup>2</sup>	328 847	226 599	117 117	71 426	46 867	30 960	11 387	9 900	-7,9
5-10	292 572	253 728	143 469	94 182	54 756	37 804	24 066	22 400	-3,7
10-20	180 633	261 257	265 639	178 856	106 273	71 251	54 235	51 000	-2,4
20-50	60 190	82 666	252 748	326 493	272 091	179 638	112 930	108 400	-3,5
50-100	16 754	16 155	25 544	73 351	175 772	222 583	188 680	178 100	-1,6
100-200	7 987	5 080	7 920	10 453	47 867	148 223	219 409	229 000	3,2
200 und mehr	987	1 165	2 098	5 762	8 226	25 373	94 516	108 200	10,9
<b>Insgesamt</b>	<b>887 970</b>	<b>846 650</b>	<b>814 536</b>	<b>760 527</b>	<b>711 858</b>	<b>715 831</b>	<b>705 223</b>	<b>707 000</b>	<b>- 0, 1</b>

<sup>1</sup> Stichprobenerhebung; Ergebnis der Hochrechnung auf 100 gerundet. – <sup>2</sup> Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund mehrfach geänderter unterer Erhebungsgrenzen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen).

**Landwirtschaftliche Betriebe 2010 nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung  
und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche**

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ...bis unter ...ha	Insgesamt	Davon						Gemischt- betriebe
		spezialisierte Betriebe					Übrige <sup>1</sup>	
		Ackerbau	Dauer- kulturen	darunter Weinbau	Futterbau (Weidevieh)	darunter Milchvieh		
Betriebe (Anzahl)								
Unter 5	5494	6	4 963	4677	197	.	.	.
5–10	3 331	666	1649	1552	804	.	49	164
10–20	3 719	849	1492	1398	1031	.	49	298
20–50	3 411	939	791	721	1057	374	111	58
50–100	2 629	650	224	.	1 108	728	100	547
100–200	1 624	402	67	.	688	518	68	401
200 und mehr	356	19	8	6	113	83	.	.
<b>Insgesamt</b>	<b>20 664</b>	<b>3 639</b>	<b>9 694</b>	<b>8 613</b>	<b>4 996</b>	<b>1 857</b>	<b>672</b>	<b>2 063</b>
Größenklasse der LF von ...bis unter ...ha								
Unter 5	11 387	45	10 306	9 750	579	.	.	.
5–10	24 066	4 844	11 912	11 237	5 720	.	362	1 227
10–20	54 235	12 582	20 761	19 436	15 536	.	716	4 641
20–50	112 930	31 071	24 299	22 065	36 014	14 086	3 868	17 679
50–100	188 680	46 068	15 623	13 989	80 198	53 765	7 384	39 408
100–200	219 409	54 956	8 305	.	92 474	69 724	8 816	54 858
200 und mehr	94 516	32 956	1 989	.	28 849	20 537	.	.
<b>Insgesamt</b>	<b>705 223</b>	<b>182 521</b>	<b>93 665</b>	<b>85 282</b>	<b>259 369</b>	<b>160 504</b>	<b>24 920</b>	<b>145 218</b>
Nachrichtlich: LF je Betrieb	34,3	502	0,1	9,9	519	86,4	37,1	70,4
1 Gartenbau, Veredlung.								

Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen 2010  
nach sozialökonomischen Betriebstypen und ausgewählten Merkmalen

## Teil 1

Größenklasse der LF von ... bis unter ... ha						
Insgesamt	18 539	588 689	8 665	412 753	9 874	173 936
Unter 5	5 177	10 674	1 654	4 331	3 523	6 344
5–10	3 090	22 243	1 238	9 020	1 852	13 223
10–20	3 321	48 471	1 318	18 825	2 003	29 648
20–50	3 052	101 399	1 431	49 245	1 631	52 165
50–100	2 336	166 505	1 653	120 250	683	46 255
100–200	1 324	177 708	1 166	157 902	158	19 806
200 und mehr	229	59 688	205	53 181	24	6 507
Größenklasse des Standardoutputs von ... bis unter ... EUR						
Unter 4 000	683	5 904	37	397	646	5 507
4 000–8 000	1 694	11 482	105	714	1 589	10 768
8 000–15 000	2 711	22 217	294	2 182	2 417	20 085
15 000–25 000	2 281	29 216	422	3 956	1 859	25 280
25 000–50 000	3 088	61 248	1 223	19 801	1 845	41 447
50 000–100 000	3 075	104 299	2 039	64 111	1 036	40 188
100 000–250 000	3 810	227 140	3 401	203 045	409	24 095
250 000–500 000	970	96 413	909	91 604	61	4 809
500 000–750 000	131	15 378	125	14 309	6	1 069
750 000 und mehr	116	13 393	110	12 685	6	709
Betriebswirtschaftliche Ausrichtung						
Ackerbau	3 402	159 321	1 040	92 274	2 362	67 047
Gartenbau	367	9 184	.	.	.	.
Dauerkultur	8 126	70 681	4 289	58 198	3 837	12 483
Weinbau	7 590	64 442	.	.	.	.
Futterbau (Weidevieh)	4 611	214 973	1 911	61 330	2 700	63 644
Milchvieh	1 594	123 926	.	.	.	.
Veredlung	62	9 025	.	.	.	.
Pflanzenbauverbund	519	30 042	358	26 251	161	3 790
Viehhaltungsverbund	112	5 755	57	4 383	55	1 373
Pflanzenbau-Viehhaltung	1 240	87 707	583	63 360	657	24 348
Bodennutzung						
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	18 539	588 689	8 665	412 753	9 874	173 936
Dauergrünland	9 417	202 507	3 868	125 228	5 549	77 280
Rebfläche	8 280	47 916	4 557	39 077	3 703	8 909
Obstanlagen	1 614	4 240	848	3 095	766	1 145
Ackerland	9 031	330 895	4 647	244 708	4 384	86 187
Weizen	5 899	100 552	3 266	74 690	2 633	25 663
Roggen einschließlich Wintermenggetreide	1 235	9 307	727	6 542	508	2 766
Wintergerste	3 386	30 511	1 875	21 613	1 511	8 899
Sommergerste	3 755	34 224	2 072	24 703	1 683	9 521
Hafer	1 931	5 580	895	3 288	1 036	2 292
Gemüse, Erdbeeren und sonstige Gartengewächse	881	9 241	673	8 668	208	573
Raps und Rüben	2 970	39 317	1 514	27 298	1 456	12 019
Kartoffeln	2 040	6 081	1 010	5 363	1 030	718
Zuckerrüben	1 543	13 996	1 233	12 259	310	1 737
Pflanzen zur Grünenernte	3 916	43 424	2 352	34 054	1 564	9 370
Silomais 1 Körnermais und Corn-Cob-Mix	1 824	20 882	1 366	17 477	458	3 406



Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen 2010  
nach sozialökonomischen Betriebstypen und ausgewählten Merkmalen

## Teil 2

Merkmal	Insgesamt		Davon			
	Betriebe	Tiere	Haupterwerbsbetriebe		Nebenerwerbsbetriebe	
			Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere
Anzahl						
Viehhaltung						
Einhufer	2 112	18 003	661	6 759	1451	11244
Rinder	4 846	299 761	2 431	227 756	2 415	72 005
Milchkühe	2 149	91047	1705	81972	444	9 075
Schweine	1 066	196 616	576	167 943	530	28 673
Zuchtsauen	329	16 711	222	14 799	107	1912
Schafe	908	82 011	214	45 636	694	36 375
Ziegen	390	4 554	117	1946	273	2 608
Legehennen 12 Jahr und älter	1452	296 461	494	248 894	958	47 567

Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen 1971–2010<sup>1</sup>  
nach sozialökonomischen Betriebstypen und Verwaltungsbezirken

## Teil 1

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Jahr	Insgesamt		Davon					
		Betriebe		Haupterwerbsbetriebe				Nebenerwerbsbetriebe	
		LF		Betriebe		LF		Betriebe	
		Anzahl	ha	Anzahl	%	ha	%	Anzahl	ha
Frankenthal (Pfalz), St.	1971	160	.	137	85,6	.	.	23	.
	1979	10	2 561	96	87,3	2 481	97,3	14	70
	1991	80	2 692	67	83,8	2 523	93,7	13	169
	1999	54	2 140	.	.	.	.	.	.
	2010	35	1 902	30	85,7	1 836	96,5	5	65
Kaiserslautern, St.	1971	16	.	54	47,0	.	.	61	.
	1979	75	12 6	37	49,3	10 11	83,2	38	204
	1991	48	10 62	19	39,6	6 67	62,8	29	396
	1999	36	1 189	9	25,0	738	62,1	27	450
	2010	.	.	10	50,0	608	67,2	.	.
Koblenz, St.	1971	291	.	182	62,5	.	.	109	.
	1979	195	2 0 4	139	71,3	1 727	85,7	56	287
	1991	132	1 746	91	68,9	1 509	86,5	41	236
	1999	91	1 908	50	54,9	1 338	70,1	41	569
	2010	.	.	37	56,1	1 023	62,0	.	.
Landau i. d. Pfalz, St.	1971	629	.	379	60,3	.	.	250	.
	1979	610	2 736	303	49,7	2 358	86,2	307	378
	1991	471	2 494	209	44,4	2 040	81,8	262	454
	1999	327	2 111	134	41,0	1 723	81,6	193	389
	2010	189	1 818	89	47,1	1 490	82,2	100	322
Ludwigshafen a. Rh., St.	1971	216	.	176	81,9	.	.	39	.
	1979	183	2 322	135	82,8	2 050	88,3	28	272
	1991	111	2 257	98	88,0	2 182	96,7	16	75
	1999	54	1 657	.	.	.	.	.	.
	2010	36	1 560	33	91,7	1 499	96,1	3	61
Mainz, St.	1971	666	.	461	70,4	.	.	194	.
	1979	514	4 528	312	60,7	3 999	88,4	202	527
	1991	353	4 321	218	61,8	3 817	88,3	135	504
	1999	223	4 017	132	59,2	3 710	92,4	91	307
	2010	134	3 911	.	.	.	.	.	.
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1971	998	.	479	48,0	.	.	519	.
	1979	782	3 647	365	46,7	2 984	81,8	417	663
	1991	603	3 460	259	43,0	2 845	82,5	344	605
	1999	399	3 125	166	41,6	2 571	82,3	233	563
	2010	239	2 800	125	52,3	2 414	86,2	114	386
Pirmasens, St.	1971	182	.	83	51,2	.	.	79	.
	1979	107	1 330	46	43,0	914	68,7	61	416
	1991	71	1 102	30	42,3	781	70,9	41	321
	1999	49	903	11	22,4	430	47,6	38	473
	2010	.	.	.	.	.	.	24	573
Speyer, St.	1971	70	.	48	68,6	.	.	22	.
	1979	60	820	37	61,7	723	88,2	23	97
	1991	38	782	27	71,1	688	87,7	11	96
	1999	30	574	17	56,7	472	82,2	13	102
	2010	8	527	7	38,9	219	41,6	11	308

Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen 1971–2010<sup>1</sup>  
nach sozialökonomischen Betriebsarten und Verwaltungsbezirken

## Teil 2

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Jahr	Insgesamt		Davon					
				Haupterwerbsbetriebe				Nebenerwerbsbetriebe	
		Betriebe	LF	Betriebe		LF		Betriebe	LF
		Anzahl	ha	Anzahl	%	ha	%	Anzahl	ha
Trier, St.	1971	323	.	196	60,7	.	.	127	.
	1979	226	1707	105	46,5	1213	71,1	121	494
	1991	138	1600	62	44,9	1068	66,8	76	534
	1999	89	1578	40	44,9	1058	67,0	49	520
	2010	51	1613	23	45,1	1022	63,4	28	591
Worms, St.	1971	550	.	441	80,2	.	.	109	.
	1979	470	6 495	318	67,7	5 927	91,3	152	568
	1991	356	6 677	245	68,8	6 232	93,3	111	445
	1999	257	6 363	196	76,3	6 178	97,1	61	184
	2010	154	5 195	.	.	.	.	.	.
Zweibrücken, St.	1971	229	.	18	49,3	.	.	116	.
	1979	163	3 037	89	58,2	2 702	89,0	64	335
	1991	99	2 873	52	52,5	2 395	83,4	47	478
	1999	74	2 385	37	50,0	2 023	84,8	37	362
	2010	40	2 089	.	.	.	.	.	.
Ahrweiler	1971	3 333	.	1 117	33,5	.	.	2 217	.
	1979	2 253	21 839	637	28,3	12 775	58,5	1616	9 064
	1991	1 547	19 016	434	28,1	12 217	64,2	1 113	6 799
	1999	978	18 708	253	25,9	12 080	64,6	725	6 628
	2010	552	18 773	208	37,7	11 818	63,0	344	6 955
Altenkirchen (Ww.)	1971	2 517	.	893	35,5	.	.	1 624	.
	1979	1 672	18 271	521	31,2	11 132	60,9	1 151	7 139
	1991	1 095	16 523	309	28,2	10 716	64,9	786	5 805
	1999	731	14 947	198	27,1	9 076	60,7	533	5 871
	2010	.	.	127	32,4	8 525	62,8	.	.
Alzey-Worms	1971	5 359	.	3 558	66,4	.	.	1 801	.
	1979	4 836	43 994	2 684	55,5	39 847	90,6	2 152	4 147
	1991	3 464	43 120	1 818	52,5	38 243	88,7	1 646	4 877
	1999	2 318	37 257	1 250	54,0	33 180	89,0	1 063	4 086
	2010	1 264	31 008	.	.	.	.	.	.
Bad Dürkheim	1971	3 394	.	2 174	64,1	.	.	1 220	.
	1979	2 789	19 728	1 589	57,4	17 522	88,8	1 180	2 206
	1991	2 045	18 261	1 092	53,4	15 890	87,0	953	2 371
	1999	1 426	15 440	867	60,8	12 760	82,8	759	2 680
	2010	833	12 855	463	55,6	10 409	81,0	370	2 447
Bad Kreuznach	1971	4 553	.	2 674	58,7	.	.	1 879	.
	1979	3 586	36 203	1 764	49,2	27 168	75,0	1 822	9 045
	1991	2 481	33 754	1 071	43,2	24 078	71,3	1 410	9 676
	1999	1 569	29 592	626	39,9	20 479	69,2	943	9 113
	2010	929	28 240	444	47,8	19 205	68,0	485	9 035
Berncastel-Wittlich	1971	7 429	.	4 343	58,5	.	.	3 086	.
	1979	5 925	37 916	2 909	49,1	24 175	63,8	3 016	13 741
	1991	4 226	35 083	1 996	47,2	24 305	69,3	2 230	10 778
	1999	2 917	32 374	1 197	41,0	22 168	68,4	1 720	10 216
	2010	1 559	29 461	826	53,0	21 019	71,3	733	8 442

Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen 1971–2010<sup>1</sup>  
nach sozialökonomischen Betriebstypen und Verwaltungsbezirken

## Teil 3

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Jahr	Insgesamt		Davon					
				Haupterwerbsbetriebe				Nebenerwerbsbetriebe	
		Betriebe	LF	Betriebe		LF		Betriebe	LF
		Anzahl	ha	Anzahl	%	ha	%	Anzahl	ha
Birkenfeld	1971	2 067	.	109	49,3	.	.	1048	.
	1979	1346	21268	579	43,0	16469	72,8	767	5 789
	1991	810	19338	305	37,7	14283	73,8	505	5 075
	1999	467	18753	167	316	13 142	70,1	340	5611
	2010	299	17796	106	35,5	11369	63,9	198	6 427
Cochern-Zell	1971	4 363	.	2 472	56,8	.	.	1881	.
	1979	3 489	23916	1529	43,8	14081	58,9	1960	9 835
	1991	2 501	22687	962	38,5	13287	58,6	1539	9 400
	1999	1629	20902	573	35,2	11851	56,7	1056	9 051
	2010	879	19944	397	45,2	11679	58,6	482	8 265
Donnersbergkreis	1971	2 539	.	1538	60,6	.	.	1001	.
	1979	1823	33031	1022	56,1	26950	816	801	6 081
	1991	1292	32575	623	48,2	23906	73,4	669	8 669
	1999	809	28996	310	38,3	19367	66,8	499	9 629
	2010	482	26904	204	42,3	18596	69,1	278	8 308
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1971	7 842	.	4 296	54,8	.	.	3 546	.
	1979	5 773	87935	2 829	49,0	67 127	76,3	2 944	20 808
	1991	3 796	81344	1921	50,6	65 091	80,0	1875	16 253
	1999	2 435	71926	1133	46,5	55 479	77,1	1302	16 447
	2010	1342	60843	716	53,4	47356	77,8	626	13 487
Germersheim	1971	2 380	.	1087	45,7	.	.	1293	.
	1979	1676	16690	746	44,5	12545	80,0	930	3 145
	1991	1001	16067	452	45,2	12204	810	549	2 863
	1999	557	14349	266	47,8	11778	82,1	291	2 571
	2010	341	14328	173	50,7	10889	76,0	168	3 439
Kaiserslautern	1971	1574	.	842	53,5	.	.	732	.
	1979	1088	21398	581	53,4	17 018	79,5	507	4 380
	1991	778	19936	310	39,8	13505	713	468	5 431
	1999	525	16 106	175	33,3	10948	68,0	350	5 168
	2010	315	16 145	110	34,9	10313	63,9	205	5 832
Kusel	1971	2 406	.	1134	47,1	.	.	1272	.
	1979	1685	25505	629	37,3	17829	69,9	1056	7 676
	1991	1056	23607	327	310	16720	70,8	729	6 887
	1999	655	21403	181	27,6	14703	68,7	474	6 700
	2010	333	20267	136	40,5	14630	72,2	198	5 637
Mainz-Bingen	1971	6 111	.	3 451	56,5	.	.	2 660	.
	1979	5 377	34424	2 552	47,5	29098	84,5	2 825	5 326
	1991	3 863	33000	1664	43,1	27 128	82,2	2 199	5 872
	1999	2 580	27983	1063	412	23570	84,2	1517	4 413
	2010	1307	23261	664	50,8	19062	819	643	4 200
Mayen-Koblenz	1971	3 308	.	1988	60,4	.	.	1310	.
	1979	2 440	36792	1351	55,4	29824	811	1089	6 968
	1991	1700	35441	858	50,5	27763	78,3	842	7 678
	1999	1051	34850	454	43,2	24754	710	597	10 096
	2010	669	32854	307	46,6	21866	66,6	362	10 988

Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen 1971–2010<sup>1</sup>  
nach sozialökonomischen Betriebstypen und Verwaltungsbezirken

## Teil 4

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Jahr	Insgesamt		Davon					
		Betriebe	LF	Haupterwerbsbetriebe				Nebenerwerbsbetriebe	
				Betriebe		LF		Betriebe	LF
		Anzahl	ha	Anzahl	%	ha	%	Anzahl	ha
Neuwied	1971	2 488	.	974	39,0	.	.	1524	.
	1979	1667	18 898	592	35,7	12 535	66,3	1065	6 363
	1991	1011	16 721	388	38,4	11 957	71,5	623	4 764
	1999	628	16 125	222	35,4	11 258	69,8	406	4 889
	2010	360	15 105	143	39,7	9 750	64,5	217	5 355
Rhein-Hunsrück-Kreis	1971	4 677	.	1 967	42,1	.	.	2 710	.
	1979	3 430	38 681	945	27,6	21 585	55,8	2 485	17 096
	1991	2 194	37 014	494	22,5	20 652	55,8	1 700	16 362
	1999	1 395	32 803	264	18,9	16 969	51,7	1 131	15 834
	2010	759	31 641	195	25,7	16 999	53,7	564	14 641
Rhein-Lahn-Kreis	1971	3 078	.	1 456	47,3	.	.	1 622	.
	1979	2 174	27 006	774	35,6	18 425	68,2	1 400	8 581
	1991	1 412	26 311	462	32,7	18 196	69,2	950	8 115
	1999	831	23 740	266	32,0	16 061	67,7	565	7 678
	2010	508	23 605	185	36,4	14 895	63,1	323	8 710
Rhein-Pfalz-Kreis	1971	1 632	.	1 037	63,5	.	.	595	.
	1979	1 184	15 296	742	62,9	13 700	89,6	442	15 966
	1991	781	14 590	530	67,9	13 444	92,1	251	11 496
	1999	463	12 955	295	63,7	11 492	88,7	168	14 633
	2010	259	11 713	190	73,4	10 407	88,8	69	13 077
Südliche Weinstraße	1971	5 722	.	3 216	56,2	.	.	2 506	.
	1979	4 609	23 764	2 281	49,5	19 776	83,2	2 328	3 988
	1991	3 460	23 390	1 525	44,1	19 207	82,1	1 935	4 183
	1999	2 476	19 972	914	36,9	15 798	79,1	1 562	4 174
	2010	1 366	17 924	612	44,8	14 710	82,1	754	32 114
Südwestpfalz	1971	2 101	.	926	44,1	.	.	1 175	.
	1979	1 343	21 711	643	47,9	17 052	78,5	700	4 659
	1991	968	19 849	395	40,8	14 756	74,3	573	5 093
	1999	624	17 526	218	34,9	12 256	69,9	406	5 271
	2010	404	14 894	147	36,4	9 126	61,3	257	5 769
Trier-Saarburg	1971	6 908	.	3 548	51,4	.	.	3 360	.
	1979	5 379	38 072	2 401	44,6	26 504	69,6	2 978	11 568
	1991	3 778	34 648	1 512	40,0	25 191	72,7	2 266	9 457
	1999	2 529	32 572	925	36,6	23 885	73,3	1 604	8 687
	2010	1 239	29 514	563	45,4	21 811	73,9	676	7 703
Vulkaneifel	1971	4 216	.	1 531	36,3	.	.	2 685	.
	1979	2 933	35 838	761	25,9	19 810	55,3	2 172	16 028
	1991	1 813	31 366	476	26,3	20 483	65,3	1 337	10 883
	1999	1 160	29 516	300	25,9	18 742	63,5	860	10 774
	2010	621	27 487	204	32,9	17 204	62,6	417	10 283
Westertal-Kreis	1971	4 497	.	856	19,0	.	.	3 641	.
	1979	2 678	25 090	448	16,7	12 601	50,2	2 230	12 489
	1991	1 755	24 101	297	16,9	14 472	60,0	1 458	9 629
	1999	1 110	25 497	208	18,7	15 596	61,2	902	9 901
	2010	524	23 585	137	26,1	13 112	55,6	387	10 473



Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen 1971–2010<sup>1</sup>  
nach sozialökonomischen Betriebstypen und Verwaltungsbezirken

## Teil 5

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Jahr	Insgesamt		Davon					
				Haupterwerbsbetriebe				Nebenerwerbsbetriebe	
		Betriebe	LF	Betriebe		LF		Betriebe	LF
		Anzahl	ha	Anzahl	%	ha	%	Anzahl	ha
Rheinland-Pfalz	1971	98 891	.	50 856	51,4	.	.	48 036	.
	1979	74 550	754 653	33 491	44,9	552 627	73,2	41 059	202 026
	1991	51 330	706 797	21 598	42,1	524 419	74,2	29 732	182 378
	1999	33 571	642 253	13 002	38,7	461 301	71,8	20 569	180 952
	2010	18 539	586 689	8 666	46,7	412 753	70,4	9 874	173 936
kreisfreie Städte	1971	4 397	.	2 749	62,5	.	.	1 648	.
	1979	3 465	32 400	1 982	57,2	28 089	86,7	1 483	4 311
	1991	2 503	31 055	1 377	55,0	26 743	86,1	1 126	4 312
	1999	1 683	27 950	887	52,7	23 920	85,6	796	4 029
	2010	1 013	24 963	574	56,7	20 114	80,6	439	4 848
Landkreise	1971	94 494	.	48 107	50,9	.	.	46 388	.
	1979	71 085	722 253	31 509	44,3	524 538	72,6	39 576	197 716
	1991	48 827	675 742	20 221	41,4	497 676	73,6	28 606	178 066
	1999	31 888	614 303	12 116	38,0	437 381	71,2	19 773	176 923
	2010	17 526	561 723	8 091	46,2	392 640	69,9	9 435	169 085

**Landwirtschaftliche Betriebe 2010 nach Art der Bewirtschaftung  
und betriebswirtschaftlicher Ausrichtung**

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung	Insgesamt		Konventionell wirtschaftende Betriebe			Ökologisch wirtschaftende Betriebe		
	Betriebe		Betriebe		LF	Betriebe		LF
	Anzahl	ha	Anzahl	%	ha	Anzahl	%	ha
Ackerbau	3 639	182 521	3 565	98,0	179 157	74	2,0	3 364
Gartenbau	465	13 027	424	91,2	11 450	41	8,8	1 577
Dauerkultur	9 194	93 195	8 848	96,2	88 043	346	3,8	5 152
darunter								
Weinbau	8 613	85 282	8 301	96,4	80 780	312	3,6	4 502
Futterbau (Weidevieh)	4 996	259 369	4 655	94,0	236 623	301	6,0	22 746
darunter								
Milchvieh	1 857	160 504	1 821	98,1	156 440	36	1,9	4 064
Veredlung	207	11 893	204	98,6	11 868	3	14	25
Pflanzenbauverbund	600	38 502	588	97,7	38 036	14	2,3	466
Viehhaltungsverbund	131	8 275	122	93,1	7 315	9	6,9	960
Pflanzenbau-Viehhaltung	1 332	98 441	1 290	96,8	94 779	42	3,2	3 662
Insgesamt	20 564	705 223	19 734	96,0	667 272	830	4,0	37 950

### Viehhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe 1999–2010 nach Art der Bewirtschaftung und ausgewählten Tierarten

Tierart	1999		2003		2007		2010	
	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere
<b>Ökologisch wirtschaftende Betriebe</b>								
Rinder	133	6 312	176	10 043	218	13 843	314	21 431
darunter								
Milchkühe	42	1026	42	1 185	40	1 211	58	2 029
Schweine	71	2 593	63	3 409	60	3 465	49	2 685
darunter								
Zuchtsauen	21	174	20	327	22	445	18	377
Schafe	50	5 953	55	5 618	56	5 530	67	7 059
<b>Konventionell wirtschaftende Betriebe</b>								
Rinder	8 906	450 916	7 020	400 412	5 878	368 958	5 000	347 449
darunter								
Milchkühe	4 249	185 366	3 218	125 402	2 687	160 733	2 411	16 472
Schweine	4 182	376 681	2 591	337 400	1 735	294 124	1 194	255 481
darunter								
Zuchtsauen	1 140	38 400	693	30 621	483	26 144	355	20 851
Schafe	1 788	138 990	1 543	124 538	1 288	109 116	899	82 170

**Bodennutzung der landwirtschaftlichen Betriebe 1999–2010 nach Art der Bewirtschaftung, Kultur- und Fruchtarten**

Kultur-, Fruchtart	1999		2003		2007		2010	
	ha	%anLF	ha	%anLF	ha	%anLF	ha	%anLF
<b>Ökologisch wirtschaftende Betriebe</b>								
Ackerland	5 764	48,9	6 761	40,1	9 937	38,5	12 057	31,8
darunter								
Getreideeinschließlich Mais <sup>1</sup>	2 588	22,0	3 434	20,4	4 132	16,0	5 555	14,6
Weizen	891	7,8	1 306	7,7	1 807	7,0	2 438	6,4
Wintergerste	72	0,6	210	1,2	233	0,9	320	0,8
Sommergerste	483	4,1	419	2,5	508	2,0	488	1,3
Hülsenfrüchte	306	2,6	469	2,8	298	1,2	459	1,2
Hackfrüchte	387	3,3	410	2,4	722	2,8	744	2,0
Kartoffeln	324	2,8	338	2,0	571	2,2	524	1,4
Ölfrüchte	249	2,1	89	0,5	180	0,7	177	0,5
Pflanzen zur Grünerrnte	1 342	11,4	1 359	8,1	2 333	9,0	3 526	9,3
Silomais	24	0,2	27	0,2	84	0,3	72	0,2
sonstige Gartengewächse			364	2,2	1 581	6,1	1 074	2,8
Dauergrünland	4 811	40,9	8 591	50,9	8 540	32,5	21 896	57,7
Rebfläche	952	8,1	1 222	7,2	2 028	7,9	3 508	9,2
Obstanlagen	220	1,9	273	1,6	283	1,0	448	1,2
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	11 777	100	16 874	100	25 782	100	37 950	100
<b>Konventionell wirtschaftende Betriebe</b>								
Ackerland	393 174	55,8	383 831	55,7	386 162	56,0	389 731	58,4
darunter								
Getreideeinschließlich Mais <sup>1</sup>	245 768	34,9	242 139	35,1	231 352	33,5	235 661	35,3
Weizen	81 571	11,6	85 800	12,4	100 974	14,6	117 479	17,6
Wintergerste	32 339	4,6	32 873	4,8	37 396	5,4	35 262	5,3
Sommergerste	84 710	12,0	78 535	11,4	53 495	7,8	40 575	6,1
Hülsenfrüchte	4 221	0,6	3 715	0,5	1 362	0,2	1 266	0,2
Hackfrüchte	34 160	4,9	30 535	4,4	28 000	4,1	25 046	3,8
Kartoffeln	10 110	1,4	8 433	1,2	7 901	1,1	7 057	1,1
Ölfrüchte	36 084	5,1	33 118	4,8	43 297	6,3	46 753	7,0
Pflanzen zur Grünerrnte	31 689	4,5	28 080	4,1	40 395	5,9	52 854	7,9
Silomais	15 339	2,2	16 286	2,4	22 882	3,3	28 832	4,3
sonstige Gartengewächse			11 136	1,6	10 784	1,6	12 997	1,9
Dauergrünland	237 961	33,8	235 316	34,1	235 389	34,1	211 431	31,7
Rebfläche	64 968	9,2	63 286	9,2	61 385	8,9	59 841	9,0
Obstanlagen	6 115	0,9	5 723	0,8	5 126	0,7	4 829	0,7
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	704 054	100	689 663	100	689 574	100	667 273	100
1 Körnermais und Corn-Cob-Mix								

## Ökologisch wirtschaftende Betriebe 1999–2010 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	1999		2003		2007		2010			
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe		LF	
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	%	ha	%
Frankenthal (Pfalz), St.	5	398	4	318	8	657	9	11	656	17
Kaiserslautern, St.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Koblenz, St.	3	20	3	20	3	19	5	0,6	35	0,1
Landau i. d. Pfalz, St.	.	.	5	31	6	46	10	1,2	82	0,2
Ludwigshafen a. Rh., St.	.	.	.	.	.	.	4	0,5	143	0,4
Mainz, St.	.	.	.	.	.	.	4	0,5	125	0,3
Neustadt a. d. Weinstr., St.	3	72	.	.	4	104	8	1,0	172	0,5
Pirmasens, St.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Speyer, St.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Trier, St.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Worms, St.	4	26	6	164	8	196	12	1,4	281	0,7
Zweibrücken, St.	.	.	.	.	.	.	3	0,4	263	0,7
Ahrweiler	5	87	9	423	8	317	13	1,6	674	1,8
Altenkirchen (Ww.)	9	571	16	971	17	1179	27	3,3	1770	4,7
Alzey-Worms	23	324	32	455	43	862	73	8,8	1506	4,0
Bad Dürkheim	13	273	15	380	22	737	35	4	8940	2
Bad Kreuznach	31	1290	32	1451	31	1531	37	4,5	1827	4,8
Berncastel-Wittlich	20	412	35	947	45	1520	62	8	19240	5
Birkenfeld	20	900	18	889	17	1349	19	2,3	1580	4,2
Cochem-Zell	16	271	23	672	21	767	22	3	8550	2
Donnersbergkreis	19	555	22	724	19	652	24	2,9	1330	3,5
Eifelkreis Bitburg-Prüm	15	594	23	1064	36	2219	51	6	31650	8
Germersheim	7	250	5	268	11	544	12	1,4	670	1,8
Kaiserslautern	9	482	11	654	11	790	14	2	10070	3
Kusel	14	689	13	1120	16	1325	25	3,0	2362	6,2
Mainz-Bingen	26	216	39	396	43	546	61	7	10760	3
Mayen-Koblenz	12	289	11	331	17	560	23	2,8	943	2,5
Neuwied	4	161	9	290	17	657	24	3	13980	4
Rhein-Hunsrück-Kreis	14	289	16	436	14	549	23	2,8	1289	3,4
Rhein-Lahn-Kreis	14	695	20	1098	21	1671	21	2,5	1452	3,8
Rhein-Pfalz-Kreis	7	166	9	298	16	1422	16	1,9	788	2,1
Südliche Weinstraße	28	235	31	337	42	791	63	7,6	1064	2,8
Südwestpfalz	9	674	6	597	7	751	15	1,8	1185	3,1
Trier-Saarburg	15	786	19	763	28	1352	37	4,5	1335	3,5
Vulkaneifel	11	261	13	385	16	469	25	3,0	1473	3,9
Westerwaldkreis	8	524	16	970	22	1632	50	6,0	4324	11,4
Rheinland-Pfalz	372	11777	469	16874	580	25782	830	100	37950	100
kreisfreie Städte	23	764	26	965	40	1590	58	7,0	2059	5,4
Landkreise	349	11014	443	15919	540	24192	772	93,0	35891	94,6



Landwirtschaftliche Betriebe mit gepachteter landwirtschaftlich genutzter Fläche 1971–2010

Jahr	Insgesamt		Darunter Betriebe mit selbstbewirtschafteter gepachteter LF			
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	gepachtete LF	%
	1000	1000 ha	1000	1000 ha		
1971	99,5	806,5	62,8	676,7	314,1	38,9
1979	74,8	760,5	45,4	659,1	339,7	44,7
1983	66,3	735,8	38,4	622,2	338,0	45,9
1987	58,3	710,1	35,6	622,4	350,3	49,3
1991	51,5	711,8	32,6	639,6	396,0	55,6
1995	41,8	715,3	27,3	656,0	443,1	61,9
1999	35,5	715,8	24,8	674,8	464,2	64,9
2003	28,6	707,7	20,8	674,7	475,0	67,1
2007	24,8	716,9	18,3	684,6	472,7	65,9
2010	20,6	705,2	16,3	676,1	461,2	65,4

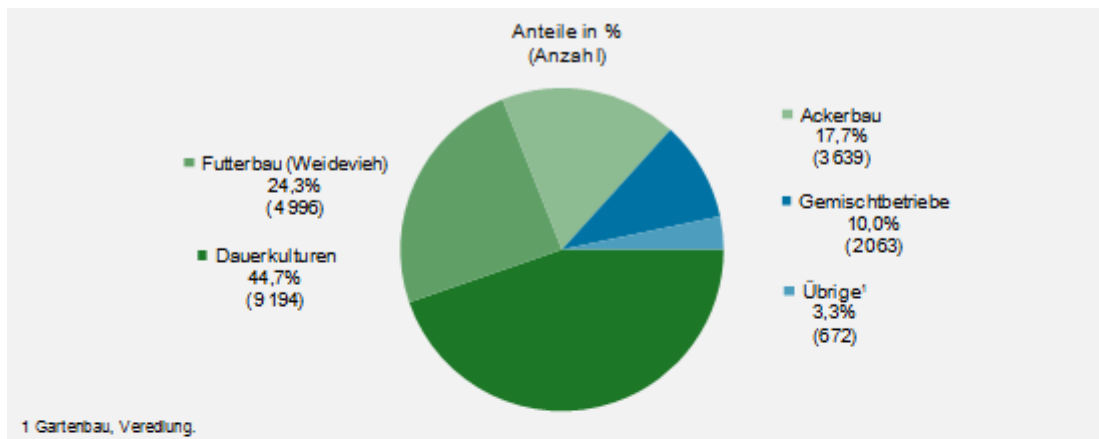
Landwirtschaftliche Betriebe und ihre Hofnachfolge 1999–2010 nach  
Größenklassen der LF, betriebswirtschaftlicher Ausrichtung  
und sozialökonomischen Betriebstypen

Merkmal	Betriebe, deren Inhaber 45 Jahre und älter sind		Davon		Hofnachfolger 16 Jahre und älter				
			mit Hofnach- folge	keiner oder unge- wisser Hofnach- folge	zu- sam- men	darunter		Berufs- bildung (vorhanden oder vorgesehen)	
	Mitarbeit im Betrieb								
	Betriebe	LF	Betriebe		stän- dig	gelegent- lich	landwirt- schaftlich	nicht landwirt- schaftlich	
Anzahl	ha	Anzahl		Personen					
1991	33 902	40 128	7 210	26 692	6 536	3 981	2 555	4 407	2 586
1999	20 094	337 804	3 720	16 374	3 541	1 573	1 672	1 961	1 586
2010	13 798	421 188	2 406	11 392	2 230	976	978	1 388	988
Größenklasse der LF von ... bis unter ... ha									
Unter 5	4 119	8 341	352	3 767	331	120	160	173	169
5–10	2 324	16 695	352	19 72	331	127	148	168	137
10–20	2 300	38 524	407	18 98	375	164	164	237	148
20–50	2 255	74 816	447	18 08	418	160	191	208	220
50–100	1 688	19 942	416	12 72	381	173	169	236	179
100–200	955	127 288	359	5 96	331	196	120	278	73
200 und mehr	157	40 582	73	84	68	36	26	58	12
Betriebswirtschaftliche Ausrichtung									
Ackerbau	2 518	16 407	390	2 128	352	116	178	166	203
Gartenbau	280	6 798	46	234	45	31	11	36	10
Dauerkultur	6 302	52 973	1 000	5 302	946	414	414	716	273
darunter									
Weinbau	5 879	47 883	946	4 933	898	399	391	689	250
Futterbau (Weidevieh)	3 249	61 453	646	2 604	584	284	236	288	312
darunter									
Milchvieh	114	89 207	322	842	295	179	101	210	100
Veredlung	116	5 912	36	78	32	20	11	24	11
Gemischtbetriebe	1 336	87 649	290	10 46	271	111	128	168	129
Sozialökonomische Betriebstypen									
Haupterwerbsbetriebe	6 657	303 417	1 552	5 105	1 453	712	589	1 166	374
Nebenerwerbsbetriebe	7 141	117 771	854	6 287	777	264	389	232	614

1 Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen.

Landwirtschaftliche Betriebe 2010 nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung

Grafik zur Tabelle



Landwirtschaftliche Betriebe 2010 nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung	Anteil (%)	Anzahl
Dauerkulturen	44,7	9194
Futterbau (Weidevieh)	24,3	4996
Ackerbau	17,7	3639
Gemischtbetriebe	10	2063
Übrige 1	3,3	672

Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben 1971–2010<sup>1</sup> nach Beschäftigtengruppen

Jahr	Arbeitskräfte insgesamt	Familienarbeitskräfte einschließlich Betriebsinhaber			Familienfremde Arbeitskräfte				Betriebliche Arbeitsleistung (AK-Einheiten)	
		zusammen	vollzeitbeschäftigt	teilzeitbeschäftigt	ständige Arbeitskräfte			nicht ständige Arbeitskräfte	insgesamt	je 100 ha LF
					zusammen	vollzeitbeschäftigt	teilzeitbeschäftigt			
1000										Anzahl
1971	251,0	221,1	72,8	148,5	10,4	5,9	4,5	19,5	133,5	16,3
1979	34,5	151,2	38,9	112,3	8,2	6,1	2,1	25,1	88,8	11,7
1991	25,0	100,1	26,3	73,8	5,5	3,9	1,5	19,4	55,1	7,8
1995	10,5	80,3	9,1	61,1	4,2	2,8	1,3	16,1	43,2	6,0
1999	23,2	60,7	14,3	46,3	9,7	6,2	3,5	52,9	40,4	5,7
2003	111,2	54,0	13,2	40,7	8,7	5,3	3,4	48,5	39,9	5,6
2007	105,2	48,1	2,1	36,0	10,4	5,3	5,2	46,7	36,6	5,1
2010	100,7	37,2	12,5	24,7	10,6	5,7	4,9	53,0	37,9	5,4

<sup>1</sup> Repräsentative Ergebnisse. Vergleichbarkeit aufgrund mehrfacher methodischer Änderungen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen).

## Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben 2010 nach Altersklassen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Ständige Arbeitskräfte				Familiendarbeitskräfte <sup>1</sup>				Betriebsinhaber <sup>1</sup>			
	insgesamt	vollzeitbeschäftigt	Frauen	Männer	zusammen	vollzeitbeschäftigt	Frauen	Männer	zusammen	vollzeitbeschäftigt	Frauen	Männer
Anzahl												
15-25	1046	588	262	784	1738	266	450	1288	74	19	9	65
25-35	1829	1187	519	1310	2598	756	795	1798	886	308	160	708
35-45	2407	1322	849	1558	6670	2297	2678	3994	3801	1668	478	3323
45-55	2693	1353	1108	1585	11318	4627	4463	6855	6889	3423	675	6214
55-65	2105	1211	847	1258	8852	3568	3192	5660	5563	2798	638	4925
65 und älter	700	181	226	474	5851	871	1894	3957	1346	301	214	1132
Insgesamt	10780	5840	3811	6989	37022	12410	13470	23562	18539	8510	2174	16365

<sup>1</sup>In Betrieben, die in der Rechtsform eines Einzelunternehmens geführt werden.

## Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben 2013 nach Beschäftigtengruppen, Geschlecht und Altersklassen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Arbeitskräfte insgesamt <sup>1</sup>				Davon			
	Insgesamt	Vollzeit- beschäftigt	Frauen	Männer	Ständige Arbeitskräfte			
					zusammen	Vollzeit- beschäftigt	Frauen	Männer
1 000 Personen								
15-25	2,3	0,8	0,5	1,8	0,9	0,6	0,2	0,7
25-35	4,1	2,1	1,1	3,0	2,0	1,4	0,5	1,5
35-45	6,9	3,0	2,6	4,3	2,3	1,4	0,7	1,6
45-55	13,2	6,0	5,1	8,1	2,9	1,6	1,1	1,8
55-65	11,3	5,2	4,2	7,1	2,6	1,5	1,0	1,6
65 und älter	6,3	1,0	2,0	4,3	0,8	0,2	0,2	0,5
Insgesamt	44,1	18,0	15,5	28,7	11,5	6,7	3,8	7,7
Alter von ... bis unter ... Jahren	noch: davon							
	Familienarbeitskräfte <sup>2</sup>				darunter			
	zusammen	Vollzeit- beschäftigt	Frauen	Männer	Betriebsinhaber/-innen			
zusammen					Vollzeit- beschäftigt	Frauen	Männer	
1 000 Personen								
15-25	1,4	0,2	0,3	1,1	/	/	/	/
25-35	2,1	0,7	0,6	1,5	0,7	0,3	/	0,6
35-45	4,6	1,6	1,9	2,7	2,5	1,1	0,3	2,2
45-55	10,3	4,4	4,0	6,3	6,5	3,3	0,7	5,8
55-65	8,7	3,7	3,1	5,6	5,5	2,9	0,7	4,9
65 und älter	5,5	0,8	1,7	3,8	1,6	0,4	0,2	1,4
Insgesamt	32,6	11,3	11,6	21,0	16,9	8,0	2,0	14,8
1 ohne Saisonarbeitskräfte. - 2 in Betrieben, die in der Rechtsform eines Einzelunternehmens geführt werden.								



## Landwirtschaftlich genutzte Fläche 1950-2013 nach Kultur- und Fruchtarten

Kulturart Fruchtart	1950	1960	1979	1991	1999	2010	2013
	ha						
Ackerland	616 126	617 211	446 209	415 811	398 938	401 788	410 500
Getreide ohne Mais <sup>2</sup>	320 510	364 356	350 205	280 347	243 917	232 393	235 100
Getreide einschließlich Mais <sup>3</sup>	321 003	364 753	352 779	283 720	248 356	241 216	245 600
Weizen	63 736	112 149	117 514	88 765	82 462	119 917	120 500
Winterweizen <sup>3</sup>	62 259	107 709	113 195	82 814	77 023	115 585	116 600
Sommerweizen	1 477	4 440	4 319	1 777	3 641	1 353	2 500
Hartweizen (Durum)	.	.	.	4 174	1 797	2 979	1 400
Triticale	.	.	.	6 825	12 128	17 114	20 100
Roggen und Wintermenggetr	100 607	89 622	36 085	19 400	14 845	11 235	15 300
Gerste	54 684	71 190	135 737	136 484	117 604	76 645	71 500
Wintergerste	2 851	10 438	48 474	38 253	32 411	35 582	32 300
Sommergerste	51 833	60 752	87 263	98 231	85 193	41 063	39 200
Hafer	99 728	79 717	49 280	24 462	13 726	6 180	5 900
Sommermenggetreide	1 755	11 678	11 589	4 411	3 152	997	1 600
Körnermais <sup>2</sup>	493	397	2 574	3 373	4 440	8 824	10 500
Hackfrüchte	165 909	154 159	53 314	36 357	34 537	25 790	25 800
Kartoffeln	90 226	87 314	16 176	10 699	10 434	7 581	7 900
Frühkartoffeln	5 852	6 129	4 049	3 580	3 964	3 132	2 900
Spätkartoffeln	84 374	81 185	12 127	7 119	6 470	4 449	5 000
Zuckerrüben	12 739	19 096	22 557	22 624	23 300	18 033	17 500
Hülserfrüchte	2 990	799	740	2 432	4 527	1 725	1 500
Futtererbsen	.	.	.	1 733	4 229	1 338	1 000
Ackerbohnen	55	259	166	446	156	256	300
Gemüse, Erdbeeren und sonstige	6 218	7 852	4 237	6 182	10 023	14 071	14 500
Handelsgewächse	7 986	3 125	3 423	40 443	39 147	48 145	47 600
Ölrüchte	5 041	443	2 034	38 784	36 313	46 930	46 700
Raps und Rübsen	4 944	443	2 034	28 719	32 117	46 045	45 900
Winterraps	4 199	223	1 693	27 986	29 769	45 712	45 600
Flachs (Lein) zur Körner- und Körneronnenblumen	15	.	.	178	2 712	83	/
Tabak	2 708	2 106	1 182	917	1 134	559	/
Pflanzen zur Grünernte	100 943	70 624	30 708	24 376	33 031	56 380	63 400
Getreide zur Ganzpflanzen	.	.	.	.	.	3 426	/
Leguminosen	76 462	49 420	10 517	4 954	8 486	8 493	9 700
Feldgras/Grasanbau auf dem Ackerland	11 821	12 562	3 767	3 353	8 485	14 579	18 000
Silomais	3 278	4 149	15 793	15 438	15 363	28 904	33 400
Flächen, für die eine Stilllegungsprämie gezahlt wird, einschließlich	.	.	.	22 301	29 317	11 785	8 800
Obstanlagen	8 038	9 273	6 944	6 234	6 335	5 278	5 200
Rebfläche	41 232	52 228	65 473	67 558	65 910	63 350	63 900
Baumschulen	359	559	834	895	733	682	800
Dauergrünland	261 537	268 816	243 751	224 678	242 762	233 327	225 800
Wesen	.	.	114 756	97 821	74 898	72 604	72 500
Mähweiden und Weiden	.	.	121 066	121 026	163 468	153 106	145 000
Hutungen	.	.	7 929	5 831	4 395	6 195	7 100
Aus der landwirtschaftlichen	.	.	.	.	.	1 423	/
Sonstige LF <sup>6</sup>	25 762	21 846	2 473	1 412	1 153	797	800
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	953 054	969 933	765 684	716 588	715 831	705 223	707 000

1 Stichprobenerhebung; Ergebnis der Hochrechnung auf 100 gerundet. – 2 Körnermais und Corn-Cob-Mix. – 3 Einschließlich Dinkel. – 4 Ohne den Anbau nachwachsender Rohstoffe auf stillgelegten Flächen; dieser ist der jeweiligen Fruchtart zugeordnet. – 5 Ab 2006: einschließlich aus der landwirtschaftlichen Erzeugung gewonnenes Ackerland. – 6 Haus- und Nutzgarten, Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes. – 7 In den Jahren 1950 und 1960 landwirtschaftliche Nutzfläche.

Betriebe mit Weinbau<sup>1</sup> 1979–2010 nach Anbaubereichen und Bereichen

Anbaubereich Bereich	1979	1989	1999	2007	2010	Durchschnittliche jährliche Abnahme der Betriebe	
						1989–1999	1999–2010
						%	
<b>Betriebe</b>							
Ahr	357	336	273	245	175	-2,1	-4,0
Mittelrhein	635	490	303	172	149	-4,7	-6,2
Mosel	8 598	7 302	5 09	3 379	2 673	-3,5	-5,7
Bernkastel	5 015	4 387	3 88	2 159	1 741	-3,1	-5,4
Obermosel	755	613	435	231	178	-3,4	-7,8
Burg Cochem	1 771	1 437	1 019	737	581	-3,4	-5,3
Ruwertal	.	.	70	52	40	.	-5,0
Saar	.	.	397	200	153	.	-8,3
Nahe	1 858	1 359	922	656	579	-3,8	-4,1
Rheinhesen	8 969	7 014	4 705	3 219	2 865	-3,9	-4,4
Bingen	3 249	2 566	1 75	1 166	1 020	-3,9	-4,6
Nierstein	3 590	2 822	1 870	1 250	1 122	-4,0	-4,5
Wonnegau	2 130	1 626	1 120	803	723	-3,7	-3,9
Pfalz	8 178	6 728	4 753	3 366	2 941	-3,4	-4,3
Südliche Weinstraße	4 856	4 056	2 870	1 970	1 733	-3,4	-4,5
Mittelhardt-Deutsche Weinstraße	3 322	2 672	1 883	1 396	1 208	-3,4	-4,0
Rheinland-Pfalz	28 595	23 229	16 065	11 037	9 382	-3,6	-4,8
<b>Rebfläche</b>							
Ahr	401	474	424	440	424	-1,1	0,0
Mittelrhein	772	737	618	475	451	-1,7	-2,8
Mosel	12 215	12 629	10 979	8 682	8 385	-1,4	-2,4
Bernkastel	7 393	7 823	7 149	5 506	5 383	-0,9	-2,5
Obermosel	1 007	1 090	994	698	675	-0,9	-3,5
Burg Cochem	2 105	2 067	1 710	1 483	1 335	-1,9	-2,2
Ruwertal	.	.	223	389	382	.	5,0
Saar	.	.	904	626	611	.	-3,5
Nahe	5 006	5 113	4 771	4 318	4 212	-0,7	-1,1
Rheinhesen	24 584	26 381	26 058	26 339	26 529	-0,1	0,2
Bingen	8 327	8 968	8 732	8 743	8 785	-0,3	0,1
Nierstein	9 719	10 207	10 031	9 859	9 981	-0,2	0,0
Wonnegau	6 535	7 204	7 295	7 737	7 763	0,1	0,6
Pfalz	21 961	23 177	23 040	23 146	23 349	-0,1	0,1
Südliche Weinstraße	11 773	12 518	12 368	12 425	12 565	-0,1	0,1
Mittelhardt-Deutsche Weinstraße	10 188	10 658	10 672	10 721	10 784	0,0	0,1
Rheinland-Pfalz	64 939	68 511	65 890	63 401	63 350	-0,4	-0,4

<sup>1</sup>Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund geänderter unterer Erhebungsgrenzen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen).

Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen mit Weinbau<sup>1</sup> 1979–2010  
nach sozialökonomischen Betriebstypen und Anbaugebieten

Anbaugebiet	1979 <sup>2</sup>		1989 <sup>2</sup>		1999		2010	
	Betriebe	Rebfläche	Betriebe	Rebfläche	Betriebe	Rebfläche	Betriebe	Rebfläche
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
Haupterwerbsbetriebe								
Ahr	16	186	105	260	50	184	69	203
Mittelrhein	214	417	167	431	86	316	66	281
Mosel	5 219	9 167	3 790	8 793	2 100	7 009	1 357	5 441
Nahe	1 041	3 859	714	3 858	429	3 046	307	2 622
Rheinhes sen	5 275	20 703	3 791	21 344	2 320	18 667	1 509	18 924
Pfalz	4 447	17 993	3 238	18 271	1 811	14 955	1 249	13 537
Rheinland-Pfalz	16 312	52 325	11 805	52 957	6 796	44 207	4 557	39 007
Nebenerwerbsbetriebe								
Ahr	238	191	228	191	209	155	88	98
Mittelrhein	421	358	323	307	193	178	71	95
Mosel	3 355	2 699	3 489	3 480	2 798	3 077	1 128	1 851
Nahe	813	1 033	639	1 135	410	784	193	558
Rheinhes sen	3 676	3 675	3 209	4 869	2 051	3 528	947	3 054
Pfalz	3 716	3 840	3 476	4 750	2 561	4 120	1 276	3 252
Rheinland-Pfalz	12 219	11 796	11 364	14 732	8 222	11 842	3 703	8 909

<sup>1</sup>Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund geänderter unterer Erhebungsgrenzen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen). – 2 Betriebe deren Inhaber natürliche Person sind.

Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben mit Weinbau 2010<sup>1</sup>

Rebfläche von ... bis unter ...ha  Sozialökonomische Betriebs typen	Arbeits- kräfte insgesamt	Familienarbeitskräfte einschließlich Betriebsinhaber			Familienfremde Arbeitskräfte				Betriebliche Arbeitsleistung (AK-Einheiten)	
		zusammen	vollzeit- beschäftigt	teilleit- beschäftigt	ständige Arbeitskräfte			nicht ständige Arbeits- kräfte	insgesamt	je 100 ha LF
					zusammen	vollzeitbe- schäftigt	teilleitbe- schäftigt			
Anzahl									1000	Anzahl
Unter 0,5	384	191	49	142	29	13	6	64	0,1	3,9
0,5-1	4 384	2 491	126	2 365	142	17	125	1 751	10	25,5
1-2	4 462	2 768	441	2 327	225	51	174	1 469	13	23,7
2-3	3 803	1 970	533	1 437	196	64	132	1 637	13	21,1
3-5	5 862	2 653	1 135	1 518	399	176	223	2 810	2,3	19,5
5-10	9 738	3 698	1 982	1 716	1 050	551	499	4 980	4,1	13,9
10-20	12 060	3 054	1 878	1 176	2 045	1 333	712	6 961	5,1	11,9
20 und mehr	6 667	803	526	277	1 574	1 084	510	4 280	2,9	10,4
<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>47 360</b>	<b>17 628</b>	<b>6 670</b>	<b>10 958</b>	<b>5 660</b>	<b>3 269</b>	<b>2 391</b>	<b>24 072</b>	<b>18,2</b>	<b>13,8</b>
davon										
Einzelunternehmen	36 910	17 628	6 670	10 958	1 621	780	841	17 661	14,0	13,8
Haupterwerbsbetriebe	25 248	10 059	6 047	4 012	1 408	712	696	13 779	10,8	12,5
Nebenerwerbsbetriebe	11 664	7 569	623	6 946	213	68	145	3 882	3,1	20,9
Personengesellschaften <sup>2</sup>	1 450	X	X	X	4 039	2 489	1 560	6 411	4,2	14,0

<sup>1</sup>Betriebe ab 0,5 ha Rebfläche sowie Betriebe unter 0,5 ha Rebfläche, die festgelegte Schwellenwerte überschreiten (s. siehe Grundlagen der Erhebungen).  
<sup>2</sup>Einschließlich juristische Betriebe

## Betriebe mit Weinbau 1979 - 2010 nach Grössenklassen der Rebfläche und Anbaugebieten

## Teil 1

Rebfläche von ... bis unter ...ha	1979		1989		1999		2010	
	Betriebe	Rebfläche	Betriebe	Rebfläche	Betriebe	Rebfläche	Betriebe	Rebfläche
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
<b>Ahr</b>								
Unter 1 <sup>1</sup>	258	164	217	131	175	98	70	49
1-2	65	99	63	94	43	61	39	58
2-3	21	56	21	52	21	52	31	77
3-5	9	40	26	112	20	79	17	66
5 und mehr	4	42	9	85	14	135	18	173
Zusammen	357	401	336	474	273	424	175	424
darunter mit ökologischem Weinbau	.	.	.	.	.	.	4	19
Nachrichtlich: Anteil an RLP in %	12	0,6	14	0,7	1,7	0,6	1,9	0,7
<b>Mittelrhein</b>								
Unter 1 <sup>1</sup>	429	270	295	190	149	84	52	32
1-2	18	173	103	155	63	85	28	39
2-3	45	109	43	124	31	77	18	46
3-5	32	138	32	140	24	89	21	77
5 und mehr	11	82	17	128	36	283	30	257
Zusammen	635	772	490	737	303	618	149	451
darunter mit ökologischem Weinbau	.	.	.	.	.	.	5	6
Nachrichtlich: Anteil an RLP in %	2,2	12	2,1	1,1	1,9	0,9	1,6	0,7
<b>Mosel</b>								
Unter 1 <sup>1</sup>	4233	2547	3 122	1936	1903	1183	599	415
1-2	2672	3881	2 082	3 080	1243	1784	647	932
2-3	1 126	2706	1 187	2 818	747	1 821	444	1 096
3-5	434	1 609	737	2 756	820	3 111	540	2 062
5-10	95	639	69	1 232	341	2 111	363	2 422
10-20	24	315	21	287	41	500	62	818
20 und mehr	14	536	14	520	14	489	18	641
Zusammen	8598	12 215	7 302	12 629	5 109	10 979	2 673	8 385
darunter mit ökologischem Weinbau	.	.	.	.	30	119	61	306
Nachrichtlich: Anteil an RLP in %	30,1	18,8	31,4	18,4	31,8	16,7	28,5	13,2
1) Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund geänderter unterer Erhebungsgrenzen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen).								

## Betriebe mit Weinbau 1979–2010 nach Größenklassen der Rebfläche und Anbaugebieten

## Teil 2

Rebfläche von ... bis unter ... ha	1979		1989		1999		2010	
	Betriebe	Rebfläche	Betriebe	Rebfläche	Betriebe	Rebfläche	Betriebe	Rebfläche
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
<b>Nahe</b>								
Unter 1	719	487	381	274	82	09	50	32
1-2	423	877	272	449	141	205	83	93
2-3	237	653	162	441	95	238	64	69
3-5	279	1200	226	988	145	667	100	396
5-10	170	1243	262	1922	240	1699	163	1166
10-20	18	237	45	68	99	1268	113	1529
20 und mehr	12	509	11	447	20	684	26	836
<b>Zusammen</b>	<b>1858</b>	<b>5 006</b>	<b>1359</b>	<b>5 113</b>	<b>922</b>	<b>4 771</b>	<b>579</b>	<b>4 212</b>
darunter mit ökologischem Weinbau	.	.	.	.	16	178	16	62
Nachrichtlich: Anteil an RLP in %	6,5	7,7	5,9	7,5	5,7	7,2	6,2	6,6
<b>Rheinhessen</b>								
Unter 1	3 259	1931	2 036	1224	999	566	239	62
1-2	1716	2 802	1 186	1783	659	963	297	422
2-3	186	3 10	755	1960	439	1092	235	586
3-5	1542	6 309	1 162	4 756	634	2 542	376	1493
5-10	1072	7 489	1481	10 699	1 167	8 333	700	5 183
10-20	167	2 211	364	4 755	706	9 382	742	10 299
20 und mehr	27	932	40	1204	111	3 179	276	8 385
<b>Zusammen</b>	<b>8 969</b>	<b>24 584</b>	<b>7 014</b>	<b>26 381</b>	<b>4 705</b>	<b>26 058</b>	<b>2865</b>	<b>26 529</b>
darunter mit ökologischem Weinbau	.	.	.	.	43	352	136	1724
Nachrichtlich: Anteil an RLP in %	31,4	37,9	30,2	38,5	29,3	39,5	30,5	41,9
<b>Pfalz</b>								
Unter 1	3 098	1828	2 243	1359	1427	873	508	360
1-2	1525	2 189	1 163	1672	718	1027	419	591
2-3	881	2 221	653	1632	414	1016	214	528
3-5	1313	5 237	933	3 726	477	1872	298	1 171
5-10	1207	8 143	1376	9 769	980	7 170	604	4 534
10-20	139	1806	338	4 293	651	8 464	691	9 582
20 und mehr	16	536	22	725	86	2 618	207	6 581
<b>Zusammen</b>	<b>8 178</b>	<b>21961</b>	<b>6 726</b>	<b>23 177</b>	<b>4 753</b>	<b>23 040</b>	<b>2 941</b>	<b>23 349</b>
darunter mit ökologischem Weinbau	.	.	.	.	44	276	103	1291
Nachrichtlich: Anteil an RLP in %	28,6	33,8	29,0	33,8	29,6	35,0	31,3	36,9
<b>Rheinland-Pfalz</b>								
Unter 1	11996	7 227	8 294	5 114	4 835	2 864	1516	1051
1-2	6 519	9 601	4 889	7 233	2 867	4 125	1493	2 185
2-3	3 496	8 855	2 771	7 027	1747	4 296	1006	2 492
3-5	3 609	11 533	3 106	12 458	2 120	8 258	1352	5 265
5-10	2 558	17 619	3 330	23 773	2 759	19 639	1865	13 547
10-20	349	4 589	772	10 009	1506	19 738	1619	22 375
20 und mehr	68	2 516	87	2 897	231	6 970	529	16 484
<b>Insgesamt</b>	<b>28 595</b>	<b>64 939</b>	<b>23 229</b>	<b>68 511</b>	<b>16 065</b>	<b>65 890</b>	<b>9382</b>	<b>63 350</b>
darunter mit ökologischem Weinbau	.	.	.	.	88	951	325	3 508

1/Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund geänderter unterer Erhebungsgrenzen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen).



Viehbestände<sup>1</sup> 1950–2011 nach Nutzungskategorien

Jahr <sup>1,2</sup>	Rinder		Schweine		Schafe Tiere	Ziegen	Hühner		Eirhufer
	insgesamt	darunter	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter	
		Milchkühe		Zuchtsauen				Legehennen	
1950	678 204	366 000	628 053	44 082	79 253	166 072	2 827 748	1 785 977	87 783
1951	697 982	372 126	732 859	40 138	82 190	168 856	3 166 683	2 073 128	85 657
1952	702 684	371 401	645 624	34 645	78 580	135 504	3 282 130	2 204 166	81 941
1953	689 285	367 484	607 774	38 151	64 982	114 133	3 543 480	2 327 055	77 826
1954	665 557	357 593	732 876	47 224	52 490	93 626	3 568 653	2 344 258	72 775
1955	672 135	345 574	732 492	43 031	48 253	75 561	3 401 016	2 307 034	68 875
1956	696 322	344 355	727 287	46 351	47 780	61 181	3 434 870	2 057 248	65 676
1957	697 196	336 244	738 955	48 676	50 315	48 812	3 582 697	2 082 382	62 156
1958	693 804	326 828	659 284	41 768	54 466	38 327	3 561 082	2 203 390	59 711
1959	704 281	326 025	668 201	46 379	54 673	29 340	3 580 953	2 015 998	55 093
1960	733 861	334 569	711 296	51 875	53 300	22 758	3 505 913	2 041 002	50 570
1961	762 585	336 943	766 690	58 408	52 871	17 415	3 574 840	3 294 504	45 293
1962	737 215	326 679	705 504	50 503	49 950	12 575	3 587 583	3 251 938	40 108
1963	718 312	311 980	711 679	55 958	50 003	8 879	3 789 759	3 404 778	35 462
1964	704 559	302 324	747 276	55 337	47 323	6 400	3 986 618	3 513 347	30 926
1965	739 233	298 432	721 814	55 643	41 312	4 582	4 289 860	3 638 838	27 142
1966	759 748	298 190	738 908	61 577	44 529	3 439	4 716 995	3 956 837	23 643
1967	760 705	296 936	821 951	68 109	46 571	2 810	4 946 713	4 165 708	21 330
1968	755 331	293 783	786 885	64 559	47 269	2 136	5 018 379	4 309 837	19 508
1969	753 702	288 452	757 932	70 238	49 401	1 735	5 161 643	4 330 057	17 581
1970	725 734	265 755	827 395	76 533	55 198	1 432	5 075 975	4 011 888	16 642
1971	685 616	252 398	741 454	68 849	61 744	1 312	5 095 953	4 000 511	16 547
1972	678 039	250 933	743 565	69 548	62 822	1 112	4 937 964	3 837 334	16 829
1973	693 164	250 365	737 213	70 833	75 278	1 238	4 555 194	3 615 639	17 981
1974	685 706	242 132	712 597	69 588	75 226	.	4 509 457	3 383 951	19 368
1975	674 790	238 689	677 019	72 904	77 649	.	4 295 803	3 169 664	20 239
1976	653 996	232 831	683 137	74 676	82 997	.	4 312 502	2 990 531	20 990
1977	672 289	237 281	699 199	79 112	89 083	1 499	4 242 525	2 347 252	21 608
1978	682 292	238 423	729 319	80 747	85 578	.	3 755 677	2 083 670	21 525
1979	678 215	235 806	687 333	78 509	87 614	.	3 626 645	1 995 057	21 836
1980	672 930	234 610	695 202	77 934	99 706	.	3 520 323	2 008 802	21 290
1981	654 784	228 359	646 433	74 616	88 748	.	3 319 078	1 944 431	21 818
1982	638 387	227 983	658 352	75 203	95 007	.	3 290 640	1 918 178	20 946
1983	638 156	230 306	676 994	76 079	92 279	.	3 298 731	1 802 085	19 465
1984	637 259	227 428	639 542	75 097	99 719	.	3 297 145	1 812 095	19 135
1985	631 833	219 960	666 891	79 626	101 207	.	2 888 082	1 793 022	.
1986	604 321	216 081	639 312	76 075	113 124	.	2 870 106	1 687 914	19 927
1987	578 993	201 649	592 034	68 135	117 879	.	.	.	.
1988	564 311	198 871	544 654	60 296	125 254	.	3 106 631	1 441 550	20 946
1989	551 655	191 809	533 277	59 989	132 427	.	.	.	.

<sup>1</sup> Erhebungsstichtag 1950–1997: Dezember; Erhebungsstichtag 1998: November; Erhebungsstichtag 1999–2009: Mai; Erhebungsstichtag 2010: März; Erhebungsstichtag 2011: November. – <sup>2</sup> Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund geänderter unterer Erfassungsgrenzen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen).

## Viehbestände 1950-2013 nach Tierarten

Jahr <sup>1, 2</sup>	Rinder		Schweine		Schaf e	Zi egen	Hühner		Ei nhuf er <sup>3</sup>
	i nsgesam t	dar un t er	i nsgesam t	dar un t er			i nsgesam t	dar un t er	
		M I lchkühe		Zucht sau en				Legehenn en 1/ 2 Jahr und	
1950	678 204	366 000	628 053	44 082	79 253	166 072	2 827 746	2 574 623	87 783
1951	697 982	372 126	732 859	40 138	82 190	156 856	3 166 683	2 904 127	85 657
1952	702 684	371 401	645 624	34 645	78 580	135 504	3 282 130	3 040 544	81 941
1953	689 265	367 484	607 774	38 151	64 932	114 133	3 543 480	3 301 195	77 826
1954	665 557	357 593	732 876	47 224	52 490	93 626	3 568 653	3 340 463	72 775
1955	672 135	345 574	732 492	43 031	48 263	75 561	3 401 016	3 189 076	68 875
1956	696 322	344 355	727 287	46 351	47 780	61 181	3 434 870	3 228 345	65 676
1957	697 196	336 244	738 955	48 676	50 315	48 812	3 582 697	3 380 729	62 156
1958	693 804	326 828	659 284	41 768	54 456	38 327	3 561 082	3 363 734	59 711
1959	704 261	326 025	668 201	46 379	54 673	29 340	3 580 953	3 390 102	55 093
1960	733 861	334 569	711 296	51 875	53 300	22 758	3 505 913	3 321 479	50 570
1961	762 585	336 943	768 690	58 408	52 871	17 415	3 574 840	3 234 504	45 293
1962	737 215	326 679	705 504	50 503	49 950	12 575	3 587 583	3 251 938	40 108
1963	718 312	311 980	711 679	55 958	50 003	8 879	3 789 759	3 404 778	35 482
1964	704 559	302 324	747 276	55 337	47 323	6 400	3 986 618	3 513 347	30 926
1965	739 233	298 432	721 814	55 643	41 312	4 582	4 289 860	3 638 838	27 142
1966	759 748	298 190	738 908	61 577	44 529	3 439	4 716 995	3 956 837	23 643
1967	760 705	296 936	821 951	68 109	46 571	2 810	4 946 713	4 165 706	21 330
1968	755 331	293 783	786 885	64 559	47 269	2 136	5 018 379	4 309 837	19 508
1969	753 702	288 452	757 932	70 238	49 401	1 735	5 161 643	4 330 057	17 581
1970	725 734	265 755	827 395	76 533	55 198	1 432	5 075 975	4 011 888	16 642
1971	685 616	252 398	741 454	68 849	61 744	1 312	5 095 953	4 000 511	16 547
1972	678 039	250 933	743 565	69 548	62 822	1 112	4 937 964	3 837 334	16 829
1973	693 164	250 365	737 213	70 833	75 278	1 238	4 595 194	3 615 639	17 981
1974	685 706	242 132	712 597	69 588	75 226	.	4 509 457	3 383 951	19 368
1975	674 790	238 689	677 019	72 904	77 649	.	4 295 803	3 169 664	20 239
1976	653 996	232 831	683 137	74 676	82 997	.	4 312 502	2 930 531	20 990
1977	672 289	237 281	699 199	79 112	89 083	1 499	4 242 525	2 347 252	21 608
1978	682 292	238 423	729 319	80 747	85 578	.	3 755 677	2 083 670	21 525
1979	678 215	235 806	687 333	78 509	87 614	.	3 626 645	1 995 057	21 836
1980	672 930	234 610	695 202	77 934	99 706	.	3 520 323	2 006 802	21 290
1981	654 784	228 359	646 433	74 616	88 748	.	3 319 078	1 944 431	21 818
1982	638 387	227 983	658 352	75 203	95 007	.	3 290 640	1 918 178	20 946
1983	638 156	230 306	676 994	76 079	92 279	.	3 298 731	1 802 085	19 455
1984	637 259	227 428	639 542	75 097	99 719	.	3 297 145	1 812 095	19 135
1985	631 833	219 960	666 891	79 626	101 207	.	2 858 082	1 793 022	.
1986	604 321	216 081	639 312	76 075	113 124	.	2 870 106	1 687 914	19 927
1987	578 933	201 649	592 034	68 135	117 879	.	.	.	.
1988	564 311	198 871	544 654	60 296	125 254	.	3 106 631	1 441 550	20 946
1989	551 655	191 809	533 277	59 989	132 427	.	.	.	.

1 Erhebungsstichtag 1950–1997: Dezember; Erhebungsstichtag 1998: November; Erhebungsstichtag 1999–2009: Mai; Erhebungsstichtag 2010: März; Erhebungsstichtag ab 2011: November. – 2 Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund geänderter unterer Erfassungsgrenzen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen). – 3 Bis 1999 nur Pferde.

Viehhalter und -bestände<sup>1</sup> 1970–2010

Viehhalter Viehart	1970	1980	1990	1999	2007	2010
<b>Einhufer<sup>2</sup></b>						
Haltungen Einhufer	10 679	6 852	5 198	3 848	3 598	2 242
Einhufer insgesamt	16 642	21 290	21 264	22 011	25 179	19 639
Einhufer je Halter	16	3,1	4,1	5,7	7,0	8,8
<b>Rinder<sup>2</sup></b>						
Haltungen Rinder insgesamt	60 882	29 658	16 087	9 039	6 096	6 282
Haltungen Milchkuhe	52 382	22 805	10 551	4 291	2 727	2 562
Rinder insgesamt	725 734	672 930	542 268	457 228	382 801	377 142
Rinder je Halter	119	22,7	33,7	50,6	62,8	60,0
unter 1 Jahr	249 096	227 030	165 632	126 771	106 163	100 291
1–2 Jahre						
männlich	70 487	64 674	45 423	28 122	21 755	21 260
weiblich zum Schlachten		19 201	13 387	10 872	8 298	3 768
weibliche Nutz- und Zuchttiere	90 929	74 710	65 654	59 467	51 509	55 762
2 Jahre und älter						
männlich	12 832	6 012	5 073	7 063	4 885	6 068
Färsen zum Schlachten		4 898	5 494	1 906	1 281	916
Färsen als Nutz- und Zuchttiere	29 801	29 880	33 018	31 887	24 250	26 774
Milchkuhe	265 755	234 610	180 420	136 392	117 284	118 230
Sons tige Kühe <sup>4</sup>	6 834	11915	28 167	54 748	47 376	44 075
<b>Schweine</b>						
Schweinehalter	76 745	30 346	13 299	4 253	1 795	X
Mastschweinehalter	.	21 277	9 575	2 785	1 279	X
Zuchtsauenhalter	.	6 552	2 791	1 161	505	X
Schweine insgesamt	827 395	695 202	509 562	379 274	297 589	243 435
Schweine je Halter	10,8	22,9	38,3	89,2	165,8	X
Ferkel	213 948	195 741	162 891	123 934	76 127	66 379
Jungschweine bis unter 50 kg Lebendgewicht	413 208	174 612	106 609	76 535	74 463	52 970
Mastschweine zum Ammen <sup>3</sup>	121 198	243 156	188 607	136 662	119 784	104 415
Zuchtsauen zum Ammen (50 kg und mehr Lebendgewicht)	76 533	77 934	58 607	38 574	26 589	19 275
Eber	2 508	3 759	2 848	1 569	626	397
<b>Schafe</b>						
Schafhalter	2 390	4 140	3 942	1 838	1 344	966
Schafe insgesamt	55 198	99 708	144 180	144 943	114 646	89 229
Schafe je Halter	23	24	37	79	85	92
weiblich zur Zucht 1 Jahr und älter	31 306	69 675	104 680	95 494	70 472	59 303
<b>Geflügel</b>						
Hühnerhalter	97 020	24 920	12 000	4 476	2 509	1 599
Legehennenhalter	.	23 753	11 550	4 328	2 405	1 565
Hühner insgesamt	5 075 975	3 520 323	2 861 573	1 798 739	1 648 446	1 519 812
Hühner je Halter	52,3	141,3	238,5	401,9	657,0	950,5
Legehennen 12 Jahr und älter	4 011 898	2 006 802	1 343 471	916 455	656 450	749 804
Gänse	8 495	8 015	13 884	5 652	3 198	2 480
Enten	28 785	13 882	11 933	3 071	1 619	1 282
Truthühner	6 566	7 709	11 082	17 887	21 491	19 620

<sup>1</sup>Vergleichbarkeit aufgrund unterschiedlicher Erhebungsgrenzen und Erhebungstichtage eingeschränkt; bis 1996 Viehzählung im Dezember, ab 1999 Viehzählung im Mai, 2010 Viehzählung im März – 2 Bis 2007 Pferde. – 3 Ab 2008 Auswertung aus HI-Tier. – 4 Ammen- und Mutterkuhe, Schlacht- und Mastkuhe. –

**Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2013 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und Ländern**

Land	Insgesamt	Davon mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von						
		unter 5	5–10	10–20	20–50	50–100	100–200	200 und mehr
<b>Betriebe (1 000)</b>								
Baden-Württemberg	42,4	6,9	7,7	8,8	9,7	6,3	2,6	0,4
Bayern	93,3	3,6	16,3	25,7	29,1	14,2	3,7	0,6
Brandenburg	5,4	0,4	0,7	0,7	0,9	0,6	0,6	1,5
Hessen	17,0	0,8	3,0	3,7	4,5	3,0	1,6	0,4
Mecklenburg-Vorpommern	4,7	0,3	0,5	0,6	0,7	0,4	0,5	1,7
Niedersachsen	39,5	2,3	4,6	5,4	8,5	10,7	6,1	1,7
Nordrhein-Westfalen	34,3	3,0	4,6	6,2	9,8	7,6	2,7	0,4
Rheinland-Pfalz	19,1	4,6	3,1	3,5	3,3	2,5	1,7	0,4
Saarland	1,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Sachsen	6,3	0,7	1,2	1,2	1,0	0,6	0,6	0,9
Sachsen-Anhalt	4,2	0,3	0,4	0,5	0,6	0,4	0,5	1,6
Schleswig-Holstein	13,3	0,8	1,8	1,7	2,4	3,4	2,5	0,8
Thüringen	3,4	0,3	0,5	0,7	0,5	0,3	0,3	0,8
Stadtstaaten	1,0	0,3	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	
Deutschland <sup>1</sup>	285,0	24,6	44,6	59,0	71,5	50,2	23,7	11,5
<b>Landwirtschaftlich genutzte Fläche (1 000 ha)</b>								
Baden-Württemberg	1 422,5	11,8	55,8	130,3	321,2	442,5	348,5	112,4
Bayern	3 136,2	7,5	120,0	392,6	962,3	977,7	491,1	185,2
Brandenburg	1 313,8	0,6	5,0	10,4	28,2	40,5	81,9	1 147,2
Hessen	771,9	1,8	22,2	55,7	148,4	210,2	220,3	113,3
Mecklenburg-Vorpommern	1 341,0	0,5	3,3	8,3	22,1	28,3	78,2	1 200,3
Niedersachsen	2 590,9	3,8	33,3	82,6	290,4	771,4	835,1	574,4
Nordrhein-Westfalen	1 463,0	4,2	34,3	91,6	335,1	533,0	346,9	118,0
Rheinland-Pfalz	707,0	9,9	22,4	51,0	108,4	178,1	229,0	108,2
Saarland	77,9	0,2	1,2	3,1	7,9	16,1	33,0	16,5
Sachsen	906,6	1,2	8,7	17,1	32,8	42,6	83,8	720,4
Sachsen-Anhalt	1 172,8	0,5	2,8	6,7	19,4	31,3	72,1	1 039,9
Schleswig-Holstein	990,5	1,9	12,3	25,5	82,3	251,4	333,6	283,6
Thüringen	780,7	0,5	3,8	9,6	15,3	20,7	47,3	683,6
Stadtstaaten	24,9	0,5	0,8	1,8	4,7	6,3	6,9	
Deutschland <sup>1</sup>	16 699,6	44,7	325,8	886,2	2 378,6	3 550,0	3 207,7	6 306,6

<sup>1</sup> Einschließlich Berlin, Bremen und Hamburg.

## Landwirtschaftliche Betriebe 2010 nach sozialökonomischen Betriebstypen und Ländern

Land	Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen		Davon					
			Haupterwerbsbetriebe			Nebenerwerbsbetriebe		
	Betriebe	LF	Betriebe		LF	Betriebe		LF
	Anzahl	ha	Anzahl	%	ha	Anzahl	%	ha
Baden-Württemberg	40 469	1 863 360	6 189	37,5	760 101	25 280	62,5	426 259
Bayern	93 337	2 808 988	47 852	51,3	2 000 060	45 486	48,7	808 928
Brandenburg	3 982	323 765	1 590	40,4	247 970	2 342	59,6	75 795
Hessen	16 514	650 962	5 227	31,7	384 872	11 287	68,3	286 090
Mecklenburg-Vorpommern	3 091	397 891	1 419	45,9	323 797	1 672	54,1	74 094
Niedersachsen	37 607	2 192 777	23 435	62,3	1 852 010	14 172	37,7	267 267
Nordrhein-Westfalen	33 752	1 323 444	8 133	53,7	986 699	15 619	46,3	336 745
Rheinland-Pfalz	18 539	586 689	8 665	46,7	412 753	9 874	53,3	173 936
Saarland	1 227	70 867	435	35,5	44 755	792	64,5	26 113
Sachsen	5 162	267 897	1 972	38,2	1 99 005	3 190	61,8	68 892
Sachsen-Anhalt	2 800	324 997	1 418	50,5	267 825	1 387	49,5	57 172
Schleswig-Holstein	13 020	855 181	8 408	64,6	717 202	4 614	35,4	137 979
Thüringen	2 738	149 189	1 139	41,6	126 389	1 599	58,4	228 10
Stadtkassen	842	19 197	537	64	13 726	305	36	5 471
Deutschland	273 030	11 084 714	135 412	49,6	8 337 162	137 618	50,4	2 747 552

## Landwirtschaftliche Betriebe 2010 nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung und Ländern

Land	Insgesamt	Davon							
		Ackerbau	Gartenbau	Dauerkulturen	Futterbau (Weidevieh)	Veredlung	Pflanzenbauverbund	Viehhaltungsverbund	Pflanzenbau/Viehhaltung
Land	Anzahl								
Baden-Württemberg	44 512	8 894	120	9 257	18 114	1 997	1 357	1 412	4 271
Bayern	97 873	28 089	1 141	2 228	52 177	4 023	807	2 391	9 047
Brandenburg	5 566	1 893	217	137	2 219	88	66	152	898
Hessen	17 805	5 101	427	679	6 955	531	201	905	3 006
Mecklenburg-Vorpommern	4 725	1 923	81	58	1 693	206	26	77	661
Niedersachsen	41 730	10 145	1 095	786	17 403	5 400	212	2 458	4 231
Nordrhein-Westfalen	35 750	7 917	1 947	404	13 455	5 611	313	2 389	3 734
Rheinland-Pfalz	20 584	3 639	465	914	4 996	207	600	131	1 332
Saarland	1319	280	66	39	720	8	17	31	173
Sachsen	6 287	1 777	395	151	2 668	10	59	180	937
Sachsen-Anhalt	4 219	1 994	111	140	1 034	88	38	84	630
Schleswig-Holstein	14 123	2 746	507	149	8 482	712	86	255	1 186
Thüringen	3 658	1 049	151	57	1 629	91	28	142	501
Stadtkommunen	1 003	98	435	128	283	-	20	2	42
Deutschland	299 184	73 300	8 258	23 397	129 828	19 285	3 830	10 589	30 647



## Ökologisch wirtschaftende Betriebe 2010 nach ausgewählten Merkmalen und Ländern

Land	Betriebe	Anteil an Betrieben insgesamt	LF	Durchschnittliche Betriebsgröße	Anteil an den Flächen insgesamt			Vieh haltende Betriebe	Anteil an Vieh haltenden Betrieben insgesamt
					LF	Ackerland	Dauergrünland		
	Anzahl	%	ha	%			Anzahl	%	
Baden-Württemberg	3 042	6,8	12 65	36,9	8,0	5,3	12,5	1970	7,0
Bayern	5 732	5,9	64 065	33,9	6,2	4,4	9,5	4 343	5,7
Brandenburg	690	12,4	10 795	204,1	10,6	8,7	16,8	505	12,7
Hessen	1527	8,6	72 697	47,6	9,5	4,9	16,6	1326	9,8
Mecklenburg-Vorpommern	72	6,1	17 826	65,5	8,7	4,2	27,4	597	19,4
Niedersachsen	1183	2,8	78 495	66,4	3,0	18	5,4	893	2,7
Nordrhein-Westfalen	1304	3,6	54 500	41,8	3,7	17	8,8	111	4,1
Rheinland-Pfalz	830	4,0	37 960	45,7	5,4	3,0	9,4	391	4,9
Saarland	17	8,9	8 495	72,6	10,9	6,5	14,6	96	9,5
Sachsen	389	6,2	37 973	97,6	4,2	3,4	7,0	283	6,0
Sachsen-Anhalt	302	7,2	49 625	64,3	4,2	3,2	9,7	184	7,5
Schleswig-Holstein	442	3,1	35 179	79,6	3,5	3,0	4,6	365	3,2
Thüringen	27	5,9	39 023	179,8	5,0	3,2	10,8	162	5,9
Stadtstaaten	45	4,5	2 061	45,8	8,3	5,5	9,6	24	6,3
Deutschland	6 532	5,5	980 851	59,3	5,9	3,9	10,7	12 282	5,7

## Bodennutzung 2011 nach ausgewählten Kulturarten und Ländern

Land	LF ins-gesamt	Darunter									
		Ackerland		Dauergrünland		Rebfläche		Obstanlagen		Baumschulen	
		1000 ha	%	1000 ha	%	1000 ha	%	1000 ha	%	1000 ha	%
Baden-Württemberg	147,6	831,6	58,7	535,7	37,8	24,0	1,7	21,7	1,5	17	0,1
Bayern	3 143,3	2 083,3	65,6	1 065,5	33,9	5,4	0,2	5,3	0,2	16	0,1
Brandenburg	139,4	1 029,3	78,0	285,2	21,6	0,0	0,0	3,0	0,2	14	0,1
Hessen	768,1	479,3	62,4	282,3	36,8	3,5	0,5	1,8	0,2	0,4	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	1342,7	1 078,4	80,3	261,2	19,5	0,0	0,0	2,4	0,2	0,3	0,0
Niedersachsen	2 599,5	1 877,7	72,2	702,2	27,0	-	-	11,4	0,4	5,2	0,2
Nordrhein-Westfalen	1 458,7	1 060,6	72,7	385,2	26,4	0,0	0,0	3,9	0,3	3,9	0,3
Rheinland-Pfalz	703,0	401,6	57,1	230,7	32,8	63,3	9,0	5,2	0,7	0,8	0,1
Saarland	77,7	37,1	47,7	40,2	51,7	0,1	0,1	0,2	0,3	0,1	0,1
Sachsen	909,3	719,5	79,1	194,5	20,3	0,3	0,0	3,9	0,4	0,6	0,1
Sachsen-Anhalt	1 173,7	1 002,0	85,4	168,7	14,4	0,6	0,1	2,0	0,2	0,2	0,0
Schleswig-Holstein	999,1	673,4	67,4	318,8	31,9	/	/	1,0	0,1	3,9	0,4
Thüringen	784,1	611,6	78,0	169,6	21,6	0,1	0,0	2,3	0,3	0,2	0,0
Städtestaaten	24,8	8,7	35,1	11,0	56,6	.	.	1,5	6,0	0,4	16
Deutschland	16 721,3	11 874,1	71,0	4 644,0	27,8	97,4	0,6	65,6	0,4	20,7	0,1

### 3.2 Literatur- und Quellenverzeichnis

Verband der Landwirtschaftskammern,  
Raimar, Assmann

„Prognosen für das laufende Wirtschaftsjahr 2013/2014“

AGRA-EUROPE Nr.4/14, 20. Januar 2014

BMEL, Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe 2012/2013.

VLK, Prognosen für das laufende Wirtschaftsjahr 2013/14, Berlin 2013

Gemeinsame sozioökonomische Analyse und SWOT-Analysen zur Vorbereitung der Ex-ante Evaluierung zur Programmierung der Operationellen Programme des EFRE und ELER in Rheinland-Pfalz in der Förderperiode 2014 bis 2020 für das Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung und das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau u. Forsten Trier, den 25.04.2013 Universität Trier, Am Wissenschaftspark 25-27

D-54286 Trier <http://www.taurus-eco.de> Ansprechpartner: Dr. Klaus Sauerborn TAURUS ECO Consulting GmbH

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Agrarstrukturerhebungen bzw. Landwirtschaftszählungen / Befragungen landwirtschaftl. Betriebe ab 2010 ab fünf Hektar landw. genutzter Fläche

Agrarstrukturerhebungen 1999 und 2010 – Bericht des Deutschen Weinbauverbandes; Intervitis / Interfructa, 61. Deutscher Weinbaukongress 2013

GJAE 62 (2013) Die landwirtschaftlichen Märkte an der Jahreswende 2012/13

Studie des Leibnitz-Instituts für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO)

Studie der Ernährungs-und Landwirtschaftsorganisation FAO

Direktzahlungsverordnung VO (EU) Nr. 1307/2013 vom 17. Dezember 2013

Beate Fader – DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück nach Daten der ADD Trier

Internetseite [www.regionalmarkt.rlp.de](http://www.regionalmarkt.rlp.de)

Auszüge aus dem Bericht „Lebensmittel mehr wertschätzen – Lebensmittelverluste verringern“. Erzeugung, Transport, Lagerung und Verarbeitung wird voraussichtlich im Mai 2014 veröffentlicht.

Modellanalysen Thünen-Institut

Statistische Berichte 2014 „Bestockte Rebflächen 2013“, „Weinbau 2013“, „Landwirtschaft und Weinbau“, Statist. Landesamt



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR  
UMWELT, LANDWIRTSCHAFT,  
ERNÄHRUNG, WEINBAU  
UND FORSTEN

Kaiser-Friedrich-Str. 1  
55116 Mainz

[Poststelle@mulewf.rlp.de](mailto:Poststelle@mulewf.rlp.de)  
[www.mulewf.rlp.de](http://www.mulewf.rlp.de)